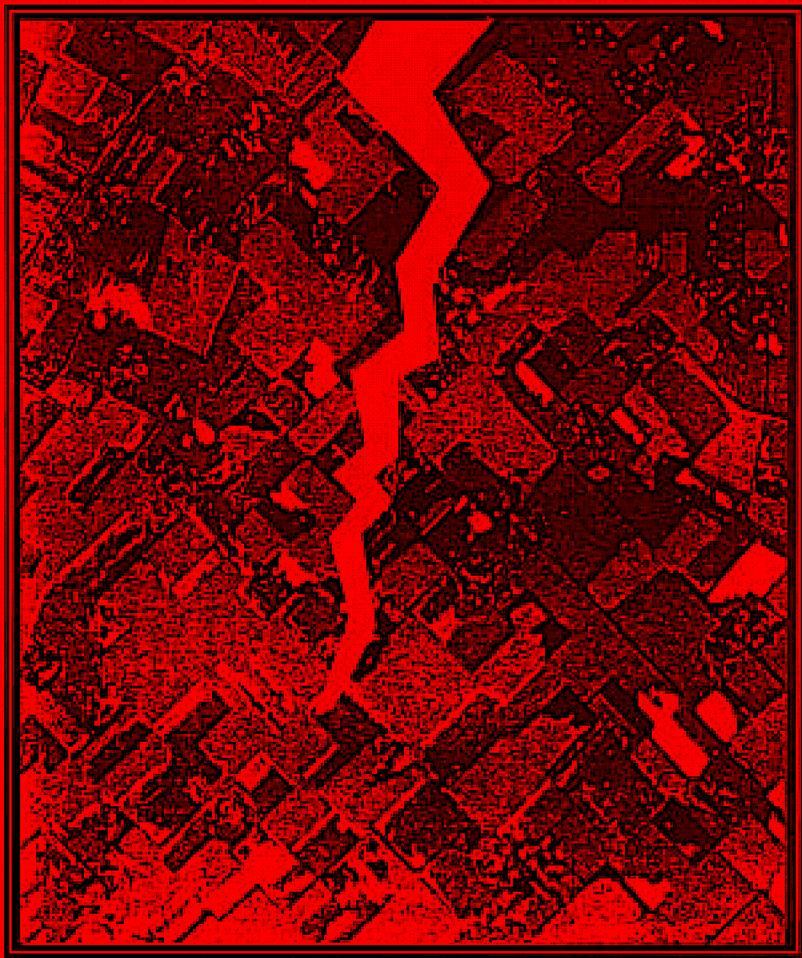


DISKURS  
STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 22



Das Krisenjahr 1956

DISKURS · STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE  
UND POLITIK DES SOZIALISMUS · HEFT 22

## Das Krisenjahr 1956

VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz

24./25. März 2006

Band II

*Herausgegeben*

*von*

*Klaus Kinner und Ernst Wurl*

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
LEIPZIG 2006

ISBN 5-89819-245-8

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2006  
Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig  
Telefon (0341) 9 60 85 31 · Fax (0341) 2 12 58 77  
[www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de](http://www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de)  
[RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de](mailto:RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de)

Umschlaggestaltung: Hans Rossmann

Redaktion: Lutz Höll · Klaus Kinner · Ernst Wurl

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH, Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

# Inhalt

|   |     |
|---|-----|
| Vorbemerkung .....  | 5   |
| <i>Siegfried Prokop</i> : Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost –<br>die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU ....                                      | 7   |
| <i>Gerhard Zwerenz</i> : Bloch in Leipzig oder die Front zwischen<br>Stalin und Heidegger<br>(Die Mutter der Freiheit heißt Revolution) .....                           | 33  |
| <i>Jörn Schütrumpf</i> : 1956 oder:<br>Die Reformfähigkeit des Stalinismus .....  | 43  |
| <i>Ingrid Zwerenz</i> : Blochs letzte Vorlesung in Leipzig .....  | 53  |
| <i>Karl-Heinz Gräfe</i> : Die Krise des Stalinismus in Osteuropa<br>und Chancen linkssozialistischer Entwicklung 1956 .....   | 58  |
| <i>Joachim Biener</i> : Der 4. Schriftstellerkongress vom<br>9. bis 14. Januar 1956 als hoffnungsvoller Jahresauftakt .....   | 97  |
| Anhang<br>Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag<br>der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim<br>Parteivorstand der Linkspartei.PDS ..... | 105 |
| Autorenverzeichnis .....  | 119 |



## Vorbemerkung

Dieser Band dokumentiert einen Teil der VI. Rosa-Luxemburg-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, die am 24./25. März dieses Jahres in Leipzig unter dem Thema »Linke Utopien – die Zukunft denken. Das Krisenjahr 1956« stattgefunden hat. Die konzeptionelle Sicht der Veranstalter auf dieses Thema ist in Band I der Dokumentation dieser Konferenz in »Diskurs«, Heft 21, zu finden.

Die Herausgeber



SIEGFRIED PROKOP

## Zwischen Tauwetter, Frühling und Frost – die DDR in den Monaten nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Die Reihenfolge »Tauwetter, Frühling und Frost« in der Überschrift wurde nicht zufällig so gewählt. In der Literatur finden wir bisher auch andere Reihungen. Jürgen Kuczynski titelte seinen Historikerstreit im Jahre 1956 mit »Frost nach dem Tauwetter«<sup>1</sup> und Horst Schützler gab zu Beginn dieses Jahres einer Veranstaltung den Titel »Tauwetter ohne Frühling«<sup>2</sup>. Also Frost gleich nach dem Tauwetter und ohne einen Frühling, oder erst Frost nach dem Frühling? Mit anderen Worten: Gab es nach dem XX. Parteitag, einen Reformkurs und Reformansätze nicht nur in theoretischen Erörterungen, sondern auch in der gesellschaftlichen Praxis oder gab es diese nicht. Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass es diese Ansätze sehr wohl gab, so bescheiden sie im einzelnen auch immer gewesen sein mögen. Diese Ansätze sind in der nachfolgenden Zeit im Geschichtsbild der DDR zu einem weißen Fleck gemacht worden. Sie finden auch in den Deutungen der Gegenwart keine hinreichende Würdigung, wenn sie unter dem Schlagwort »Entstalinisierungskrise« subsummiert werden.<sup>3</sup> Dass es ein alternatives Denken im Jahre 1956 gab, passt nicht so recht in vorhandene Klischees. Was 1956 wirklich geschah, muss erst noch durch Forschungen freigelegt werden.<sup>4</sup>

1 Vgl. Jürgen Kuczynski: Frost nach dem Tauwetter. Mein Historikerstreit. Berlin 1995.

2 Vgl. Troika. Informationsblatt der Berliner Freunde der Völker Russlands e.V. vom Dezember 2005. S. 8. – Vgl. auch: Inge Kircheisen (Hrsg.): Tauwetter ohne Frühling. Das Jahr 1956 im Spiegel blockinterner Wandlungen und internationaler Krisen. Berlin 1995.

3 Vgl. Jan Foitzik (Hrsg.): Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen Volksaufstand. Paderborn / München / Wien / Zürich 2001.

4 Ausführlich dazu vgl. Siegfried Prokop: 1956 – DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin 2006.

## Parteireform und Reform des politischen Systems

Die Zeit zwischen der 28. und 29. Tagung des ZK der SED, also die Zeit zwischen Juli und November 1956, sah Karl Schirdewan als eine Zeit an, in der die »Reformidee im Zentralkomitee Fuß gefasst«<sup>5</sup> hatte. Auf der 28. Tagung des ZK lag allen Teilnehmern eine Analyse der in der SED nach der 3. Parteikonferenz stattfindenden Diskussionen vor.

In diesem Papier finden sich Belege dafür, dass in der Parteimitgliedschaft auch die Reform der SED gefordert wurde und dass Gedanken, die Rudolf Herrnstadt<sup>6</sup> schon 1953 geäußert hatte, wieder massiv geäußert wurden.

Dem Papier zufolge wurde an der Universität Halle die Ansicht vertreten, dass »die Partei von unten nach oben reorganisiert werden müsse, wobei für die Wahl des Politbüros eine Art Urabstimmung in der Partei«<sup>7</sup> erforderlich sei. Weiter hieß es in dieser Analyse, dass an der Fachschule in Görlitz gefordert wurde, vom demokratischen Zentralismus abzukommen und alle Beschlüsse erst immer auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Auf der 29. Tagung des ZK verteidigte Kurt Hager im November 1956 das 8. (Reform-) Plenum der PVAP. Das Bild Polens dürfe nicht nur negativ gezeichnet werden. In Polen sei es gelungen, »durch die Beschlüsse des 8. Plenums die Gefahr der Isolierung vom Volk zu überwinden.«<sup>8</sup> Zugleich kritisierte er den Bürokratismus des ZK-Apparates der SED. Ein Hindernis für die Arbeit des Apparates sei seine Größe und Verbürokratisierung: »Was den Apparat der Partei anbetrifft, so scheint es mir an der Zeit zu sein, dass wir wirklich ernsthaft überprüfen, zumindest, was das ZK anbetrifft, ob es richtig ist, dass es eine Kopie des Regierungsapparates darstellt. Schließlich besteht die Aufgabe des Parteiapparates nicht darin, zu regieren, sondern anzuleiten und zu kontrollieren.«<sup>9</sup>

5 Karl Schirdewan: *Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik.* Berlin 1994. S. 112.

6 Vgl. Rudolf Herrnstadt: *Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953.* Herausgegeben, eingeleitet und bearbeitet von Nadja Stulz-Herrnstadt. Reinbek bei Hamburg 1990.

7 SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/1/160. Bl. 25.

8 Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums des ZK der SED vom 12. bis 14. November 1956. Als parteiinternes Material gedruckt Nr. 00843. S. 67.

9 Ebenda. S. 70.

Kurt Hagers Reformintentionen wurden von Alfred Neumann scharf attackiert. Hager möge etwas zu seiner persönlichen Verantwortung sagen, »wie du es verstehst, an deinem Frontabschnitt die Ordnung herzustellen.«<sup>10</sup> Die Studenten seien »an allen Kanten angeknabbert von der bürgerlichen Ideologie.«<sup>11</sup>

Karl Schirdewan hatte in seinem Bericht an die 29. ZK-Tagung zur Auswertung der Ereignisse in Ungarn aufgefordert. Zugleich hatte er für demokratische Verhältnisse in Partei und Gesellschaft plädiert. Zur Begründung erklärte er: »Ich will nicht, dass Walter Ulbricht den Weg von Rákosi<sup>12</sup> geht.«<sup>13</sup> Schirdewan forderte die Massenorganisationen auf, die Parteiarbeit nicht länger schablonenhaft nachzuahmen. Den kleinbürgerlichen Parteien wollte er mehr Spielraum für ihre Mitwirkung im antifaschistisch-demokratischen Block einräumen.

Zu den Reformbefürwortern im Politbüro zählte auch Otto Grotewohl. Karl Schirdewan berichtet: »Später hoffte er auf Reformbewegungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Er setzte große Hoffnung auf Veränderung und eine neue Parteiführung.«<sup>14</sup> Otto Grotewohl ging davon aus, wie einer handschriftlichen Notiz in seinem Nachlass zu entnehmen ist, dass nach dem XX. Parteitag der KPdSU die DDR einen »westlichen Sozialismus«<sup>15</sup> anstreben sollte.

Die Politbürositzung vom 12. Juni 1956 beschloss, am 18. und 19. November 1956 Wahlen zu den Kreistagen und Gemeindevertretungen<sup>16</sup> durchzuführen. Otto Grotewohl hatte einen Entwurf für ein Wahlgesetz vorgelegt, der darauf zielte, die Rolle und die Autorität der Volksvertretungen, insbesondere der örtlichen Volksvertretungen in den Städten und Gemeinden, zu heben und ihre Aktivität zu stärken. Er wies darauf hin, dass seit den Wahlen im Jahre 1950 in einigen Kreisen Veränderungen in der Richtung eingetreten waren, dass Kreistage

10 Ebenda. S. 112.

11 Ebenda. S. 113.

12 Rákosi, Mátyás ungarischer Politiker (1909–1971). Ab 1945 an der Spitze von kommunistischer Partei und Staat. 1953 auf Druck Chruschtschows Abdankung als Ministerpräsident und auch als Generalsekretär. Flucht in die UdSSR. Darf sich nicht in Moskau niederlassen. 1971 Überführung seines Leichnams nach Ungarn.

13 Zit. nach: Karl Schirdewan: *Aufstand gegen Ulbricht*. S. 109.

14 Ebenda. S. 100.

15 SAPMO-BArch. NY 40 90/501. Bl.44.

16 Vgl. SAPMO-BArch. DY 30/J IV 2/2A/501. Bl. 5.

die Bevölkerung nicht mehr vertreten. Das bringe deutlich die Zusammensetzung des Kreistages Hagenow im Bezirk Schwerin zum Ausdruck. Der Kreistag Hagenow umfasse 55 Mandate, davon seien z. Z. 45 besetzt. Seit den letzten Wahlen der Gemeindevertretungen und Kreistage im Jahre 1950 seien 49 Abgeordnete, d. h. nahezu alle ursprünglich gewählten Abgeordneten, ausgeschieden.<sup>17</sup> Im Ergebnis von Kooptierungen setze sich der Kreistag gegenwärtig wie folgt zusammen:

- 30 Angestellte,
- 9 Arbeiter,
- 3 Angehörige der Intelligenz,
- 1 Mittelbauer,
- 1 Vertreter der MTS,
- 2 Sonstige.

Obwohl der Kreis Hagenow einer der größten rein landwirtschaftlichen Kreise der DDR wäre und mit 125 Gemeinden insgesamt über 113 LPG verfüge, sei kein einziger Genossenschaftsbauer im Kreistag vertreten. 55 Prozent der Kreistagsabgeordnete, das seien 25 Abgeordnete, wohnten in der Kreisstadt.<sup>18</sup> In vielen Gemeindevertretungen seien Mandate unbesetzt, im Bezirk Erfurt allein 444 Mandate, in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen 100 Mandate. Dass Grotewohl sich für einschneidende Veränderungen einsetzte, zeigt auch der von ihm eingebrachte Entwurf eines neuen Wahlgesetzes.

Zur Wahlkabine und zum Stimmzettel wurde im § 29 und § 39 festgestellt:

»(1) Der Wahlvorstand ist dafür verantwortlich, dass in dem Wahlraum ein oder mehrere Tische mit Schutzvorrichtungen (Wahlkabinen) vorhanden sind, die so beschaffen sein müssen, dass jeder Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet behandeln kann.

(2) In der Wahlkabine darf sich, von den Fällen des § 43, Abs. 3<sup>19</sup> abgesehen, stets nur ein Wähler befinden. Dieser soll nur solange darin verweilen, als dies unbedingt notwendig ist.«<sup>20</sup>

<sup>17</sup> Vgl. ebenda. Bl. 17.

<sup>18</sup> Vgl. ebenda. Bl. 18.

<sup>19</sup> Dort heißt es: »Wahlberechtigte, die des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen behindert sind, dürfen sich der Hilfe einer Vertrauensperson bedienen.« Ebenda. Bl.53.

<sup>20</sup> Ebenda. Bl. 46.

»(4) Auf dem Stimmzettel muss hinter jedem Wahlvorschlag eine besondere Spalte für die Anbringung des Abstimmungszeichens durch den Wähler vorgesehen sein.

(5) Für den Fall, dass in einem Wahlkreis nur ein Wahlvorschlag zur Abstimmung gestellt wird, ist auf dem Stimmzettel eine besondere Spalte vorzusehen, in die die Wähler ihr Abstimmungszeichen setzen, die gegen den aufgestellten Wahlvorschlag stimmen wollen.«<sup>21</sup>

Wären diese Bestimmungen bei Wahlen in der DDR ab 1956 angewandt worden, dann wären das nach heutigen Kriterien noch keine freien und geheimen Wahlen gewesen, aber doch ein Schritt hin zu geheimen Wahlen mit der Möglichkeit der Abwahl von Kandidaten. Grotewohls Vorschlag war also noch inkonsequent, wies aber doch in die richtige Richtung.

Vorschläge für eine Parteireform der SED unterbreitete auch Wolfgang Harich in seinem später »Plattform« genannten Papier von Ende November, das auf Anregung von Gustav Just und Walter Janka in der theoretischen Zeitschrift der SED, »Einheit« zur Diskussion gestellt werden sollte.<sup>22</sup>

Er forderte eine Überprüfung des Statuts der SED, das in der Stalinischen Periode angenommen worden war. Es sei auf die Frage hin zu überprüfen, ob es Bestimmungen enthalte, die die Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie Fall begünstigen: »Sollte sich herausstellen, dass das der Fall ist – und das zu beweisen fällt nicht schwer –, so wäre auf dem in absehbarer Zeit einzuberufenden V. Parteitag der SED eine Neufassung des Parteistatuts zu beschließen.«<sup>23</sup> Harich forderte den Ausschluss aus der SED und die strafrechtliche Bestrafung jener Funktionäre der SED, des MfS und der Justiz, die sich in der Stalinischen Periode an Verbrechen beteiligt hatten. Die Genossen aber, die in dieser Zeit Verfolgungen unterworfen und öffentlich verleumdet wurden, sollten vollständig rehabilitiert werden: »Ihre Rehabilita-

21 Ebenda. Bl. 51.

22 Ausführliche Analyse der »Plattform« vgl. Thomas Fetzer: Bewertung der Plattform. In: Siegfried Prokop: Ein Streiter für Deutschland. Das Wolfgang-Harich-Gedenkkolloquium am 21. März 1996 im Ribbeck-Haus zu Berlin. Berlin 1996. S. 181–204.

23 Wolfgang Harich: Plattform für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (Entwurf. In: Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR. Berlin 1993. S. 113f.

tion muss zusammen mit einer individuellen Begründung für jeden einzelnen Fall im Zentralorgan der Partei öffentlich bekannt gegeben werden.«<sup>24</sup>

Der Parteiapparat sei zu reduzieren. Verantwortliche Mitarbeiter des Parteiapparates müssten künftig auf den Plenarsitzungen der gewählten Parteiorgane gewählt werden. Die Parteiorganisationen an der Basis sollten über alle Fragen ihrer täglichen Arbeit selbst entscheiden. Der Parteiapparat dürfe die Aktivität an der Basis künftig nicht mehr durch Interventionen hemmen. Bei Zugrundelegung der von Harich entwickelten Kriterien für eine Parteireform in der SED hätte Ulbricht keine Chance gehabt, 1. Sekretär der Partei zu bleiben.

### Die Wirtschaftsreform

Politbüromitglied Fred Oelßner empörte sich auf der 29. Tagung des ZK der SED über die Dogmen in der Wirtschaftspolitik: »Wir können noch ein Jahr so weiter machen, vielleicht zwei Jahre, die Frage wird uns wieder auf den Leib rücken, denn die Ökonomie ist stärker.«<sup>25</sup>

In der DDR sei es häufig vorgekommen, dass Fragen, die unangenehm sind, eigentlich gar nicht gestellt werden können. Selbstverständlich könne einmal ein Fehler gemacht werden, aber sobald eine solche Frage gestellt werde, werde einem sofort der Mund so gestopft, dass einem die Lust vergehe, solche Fragen zu stellen, statt dass eine sachliche und gründliche Prüfung vorgenommen werde. Oelßner benannte den Dogmatismus in der ökonomischen Politik als die eigentliche Ursache für dieses Herangehen: »Es wurde hier sehr viel von Dogmatismus gesprochen, besonders in bezug auf die ideologische Arbeit. Viele Genossen meinen auch, die Überwindung des Dogmatismus sei vorwiegend eine ideologische Aufgabe. Das ist nicht richtig. Die Überwindung des Dogmatismus und bestimmter Dogmen ist genauso wichtig in unserer ökonomischen Politik.«<sup>26</sup>

Als Beleg für seine These wies Oelßner auf zwei Beispiele hin:

<sup>24</sup> Ebenda. S. 115.

<sup>25</sup> Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums des ZK der SED vom 12. bis 14. November 1956. S. 100.

<sup>26</sup> Ebenda. S. 101.

Am 1. Oktober 1956 sei das Teilzahlungsgeschäft im Handel eingeführt worden. Dieser Maßnahme sei ein halbjährlicher erbitterter Kampf voraus gegangen, weil einige Mitglieder der SED-Führung meinten, dass der Teilzahlungsverkauf den sozialistischen Prinzipien der Wirtschaftsführung widerspreche. Ein Theoretiker der Notenbank habe nachzuweisen versucht, dass es prinzipiell falsch sei, so etwas zu machen. Die Anhänger des Teilzahlungsverkaufs mussten nun nachweisen, dass dieser im Vergleich zur Praxis im Westen anders geplant sei. Es würden nur langlebige Konsumgüter verkauft, Wucherzinsen würden nicht genommen und die Höhe des Kredits werde beschränkt. Das aber habe nichts geholfen. Es wurde weiter behauptet, Teilzahlungsgeschäfte seien prinzipiell falsch. Dann entschied die Realität der Überplanbestände und der überfüllten Möbellager. Unter diesem Druck sei das Dogma gefallen. Das Teilzahlungsgeschäft wurde eingeführt, einige Fehler dabei waren unvermeidlich, aber insgesamt sei es eine Erfolgsgeschichte geworden.

Auch bei der Einführung des Prämiensystems im Handel ab 1. Oktober 1956 habe es enorme Widerstände gegeben. Das Ministerium für Handel und Versorgung sei dagegen gewesen, die Gewerkschaft für Handel ebenfalls. Das Prämiensystem dürfe nicht von der Erfüllung des Planes gelöst werden. Der Druck der Fluktuation der Verkaufskräfte und die schlechte Verkaufskultur trugen dazu bei, dass auch dieses Dogma fiel.<sup>27</sup>

Gegen Ende des Jahres 1956 sollte ein weiteres Dogma fallen. Die DDR eröffnete den ersten Selbstbedienungsladen in Berlin-Weißensee, Klement-Gottwald-Allee 100. Eine Zeitung bestätigte dem Laden weltstädtisches Format: »Die Berlinerinnen griffen zu den leichten Metallkörben, um von dem reichhaltigen Angebot auszuwählen. In den blinkenden Verkaufsgondeln, den Kühlregalen und offenen Tiefkühltruhen präsentierten sich den Kunden in Zellophan oder Perfol verpackte Lebens- und Genussmittel. Auf jeder dieser Packung sind der Preis und das Gewicht vermerkt und der Kunde hat auch die Möglichkeit, an aufgestellten Waagen noch einmal die Richtigkeit der Angaben nachzuprüfen.«<sup>28</sup>

27 Vgl. ebenda, S. 102.

28 »Neues Deutschland« vom 14.12.1956, S. 8.

Gerhart Ziller<sup>29</sup> legte eine Analyse über die Ökonomik des Fahrzeugbaus vor. Nach den darin angestellten Berechnungen begann die wirtschaftliche Anwendung automatischer Anlagen bei einer Jahresproduktion von 67 000 Wagen. Es wurde darin auch ausdrücklich festgestellt, dass eine Automatisierung ohne hohe Stückzahl in der Produktion kostenerhöhend wirkt. Die PKW-Produktion der DDR widersprach in mehrfacher Hinsicht den Kriterien ökonomischer Rationalität. Die DDR produzierte 1956 30 510 Autos in vier Typen. Welchen ökonomischen Unsinn sich die DDR leistete, das verdeutlichte Ziller vor allem am Beispiel des neuen Renommierwagens »Sachsenring«, von dem im Jahre 1956 nur 500 Stück hergestellt wurden. Die Produktion eines Wagens kostete 39.050,00 DM. Verkauft wurde der »Sachsenring« im Inland für 28.000,00 DM. Der Staat subventionierte jedes Auto dieses Typs mit 11.000 DM. Das zuständige Ministerium plante von vornherein 5,5 Millionen DM Verluste ein. Ziller plädierte für mehr Bescheidenheit und Sparsamkeit.<sup>30</sup>

Fritz Behrens legte zusammen mit Arne Benary die Broschüre »Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode« vor, die wegen ihrer Kritik an gängigen Dogmen der Politischen Ökonomie des Sozialismus vom SED-Politbüro für die Auslieferung in den Buchhandel gestoppt wurde. In der Broschüre wurden bestimmte Themen der Stalin-Periode enttabuisiert. Dazu zählten die Frage der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes.

Behrens stritt gegen die staatliche Überzentralisierung und Bürokratisierung in der Wirtschaftslenkung. Er trat für eine Dezentralisierung ökonomischer Abläufe und Entscheidungen ein. Behrens schrieb: »Aber ebenso, wie die Zentralisierung keine obligatorische Form der Leitung des sozialistischen Staates ist, so ist auch die zentrale Weisung keine obligatorische Form der Leitung der sozialistischen Wirtschaft. In dem Maße, wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d. h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, muss die Leitung der

<sup>29</sup> Ziller, Gerhart (1912–1957). Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED. 1950–1953 Minister für Maschinenbau. 1953/54 Minister für Schwermaschinenbau. Seit Juli 1953 Mitglied und Sekretär für Wirtschaft des ZK der SED. 1957 Selbstmord nach Auseinandersetzungen über die Wirtschaftspolitik.

<sup>30</sup> SAPMO-BArch. DY 30/ IV 2/1/162. Bl. 61.

Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung.«<sup>31</sup>

Für Behrens war die Vorstellung, dass der Staat alles leiten müsse, nicht sozialistisch. Er hielt diese Vorstellung für »preußisch«, also »junckerlich-monopolistisch«. Behrens trat für den Übergang von der administrativ-bürokratischen zur ökonomischen Wirtschaftslenkung ein. In der überkommenen Wirtschaftslenkung sah er die Ursache für die permanente Verletzung der Interessen der Wirtschaftssubjekte. Diese Verletzung führte zu einem in Qualität und Menge unbefriedigenden Warenangebot. Agitatoreneinsätze, Betriebskonferenzen und Parteaufträge konnten nicht wettmachen, was durch das Unterlassen ökonomischer Lenkung, Nichtberücksichtigung des Marktes und monetärer Kategorien (Geld, Preis, Kosten Lohn, Kredit, Zins) versäumt wurde. Schließlich wünschte sich Behrens die eigentlichen Produzenten in einer qualitativ veränderten Rolle, was er mit dem Begriff »Selbstverwaltung der Wirtschaft durch die Werktätigen« zu erfassen bemüht war. Die ökonomische Selbständigkeit der Betriebe zählte er zu den Voraussetzungen jeglicher Veränderung.

Der Reform-Vorstoß von Behrens um 1956 bedeutete noch keine Alternative zum Wirtschaftstypus Planökonomie.<sup>32</sup> Jedoch richtete Behrens mit seinen Analysen in den 70er Jahren, die hier nicht zur Diskussion stehen, den Blick auf die Notwendigkeit systemtranszender Reformen.<sup>33</sup>

31 Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. In: Wirtschaftswissenschaft. 3. Sonderheft. 1957. S. 117f.

32 Günter Krause unterstreicht diese Wertung: »Dabei handelte es sich um eine Reformökonomie, die sich nicht als Beitrag zur Beseitigung, sondern zur Verbesserung des Sozialismus- und zwar im Hinblick auf mehr ökonomische Stabilität und Rationalität, Demokratie und Humanismus-verstand. Der Wirtschaftstypus Planökonomie selbst als casus diagnostizierter Konflikte und Dysfunktionen stand nicht zur Debatte, wohl aber Formen und Mechanismen seiner Ausgestaltung.« Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998. S. 150.

33 Vgl. Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992.

### Die Agrarreform

Auf der 29. Tagung des ZK der SED sprach Fred Oelßner die Frage der schwachen und unrentablen LPG an. Die Versorgungslage sei wieder sehr angespannt. Oelßner ging auf die Ursachen ein: »Zum Teil deshalb, weil bestimmte Importe ausgeblieben sind, und zum Teil deshalb, weil wir nicht genügend Reserven haben. Vor allem deshalb, weil die Landwirtschaft nicht genug Warenproduktion liefert.«<sup>54</sup>

Die Landwirtschaft habe seit Jahren ihren Plan nicht verwirklicht. Sie produzierte z. B. 300 000 Tonnen Milch weniger als geplant, das seien 12 000 Tonnen Butter, das sei Quark und Käse. Die Rationierung solle aufgehoben werden. Dies gehe aber nur, wenn genug Fonds zur Verfügung stünden. Das Problem der LPG bestehe darin, dass zwar Milliarden reingesteckt würden, aber ein ständiger Rückgang der Warenproduktion zu verzeichnen sei: »Es ist ein Gegensatz zwischen den Genossenschaften und der übrigen Bauernschaft entstanden. Die Bauern sagen uns: gebt uns wenigstens einen Teil der Vergünstigungen, die ihr den Genossenschaften gebt, dann wollen wir sehen, wer besser arbeitet. – Wir haben noch andere negative Erscheinungen in den Genossenschaften. So haben wir einen garantierten Mindestlohn, von Staats wegen garantiert, das haben wir bei der Arbeiterklasse nicht. Ich weiß nicht, ob es das in irgend einem anderen Lande gibt.«<sup>55</sup>

Heinrich Rau fragte Oelßner, was er vorschlage. Oelßner antwortete, dass starke LPG unterstützt werden müssten. Die Bauern seien allmählich auf den sozialistischen Weg zu führen, ohne einen Rückgang der Warenproduktion zu riskieren. Oelßner ging auf die Widerstände durch die orthodoxen Kräfte der SED-Führung seit der 28. Tagung ein: »Wir haben erreicht, dass jetzt niemand mehr dieses heiße Eisen anfassen kann und anfassen wird. Das heißt eine Frage, die uns das Leben aufdrängt, ist mit Autorität und Dogma erschlagen worden.«<sup>56</sup> Das Leben werde der SED diese Frage wieder stellen.

<sup>54</sup> Überarbeitetes Protokoll des 29. Plenums des ZK der SED vom 12. bis 14. November 1956. S. 100.

<sup>55</sup> Ebenda. S. 101.

<sup>56</sup> Ebenda.

Zu ähnlichen Bewertungen des Agrarproblems wie Oelßner kamen auch Wissenschaftler. Kurt Vieweg<sup>37</sup>, Direktor des Instituts für Agrarökonomie an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften und ehemaliger ZK-Sekretär der SED für Landwirtschaft, leitete aus einer kritischen Analyse Vorschläge für eine Veränderung der Agrarpolitik der SED ab. Im November 1956 legte er den gemeinsam mit seiner Mitstreiterin Gudrun Langendorf erarbeiteten Entwurf des »Neuen Agrarprogramms für die Entwicklung der Landwirtschaft beim Aufbau des Sozialismus in der DDR«<sup>38</sup> vor. Vieweg richtete das Augenmerk auf theoretische Fragen der Standortverteilung landwirtschaftlicher Produktion, der genossenschaftlichen Produktion und auf die Rezeption der von Johann Heinrich von Thünen<sup>39</sup> begründeten klassischen landwirtschaftlichen Betriebslehre. Vieweg plädierte für die Neustrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe und die konsequente Führung der LPG nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen. Künftig sollte es in der Landwirtschaft der DDR sowohl den hochmechanisierten Familienbetrieb als auch den Lohnarbeiterbetrieb geben. Wie im Nachbarland Polen wären wirtschaftsschwache LPG aufzulösen und die MTS umzubilden. Für zwei bis drei Generationen sollte der bäuerliche Familienbetrieb das Rückgrat der Agrarproduktion sein. In diesem Sinne empfahl Vieweg: »Die Einzelbauernwirtschaften erhalten die Möglichkeit, alle für die Entwicklung ihrer Produktion notwendigen Produktionsmittel zu kaufen, um ihre Betriebe

37 Vieweg, Kurt (1911–1976), SED-Agrarpolitiker, Professor. Wie in andern Vergleichsfällen ließ der sowjetische Berater Vieweg, als dieser sich mit harten Revisionismus-Vorwürfen konfrontiert sah, fallen wie eine heiße Kartoffel. Vieweg floh am 27.5.1957 in die Bundesrepublik. Im Oktober 1957 kehrte er in die DDR zurück und wurde 1959 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Zur Biographie von Vieweg vgl. Michael F. Scholz: Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste. Berlin 1997.

38 Zuerst publiziert von Michael F. Scholz in: BzG. Berlin (1994)3. S. 80–87.

39 Der zuständige ZK-Sekretär Erich Mückenberger verteilte Viewegs Agrarkonzept sofort als »revisionistisch« und schlug dem Politbüro die Entlassung Viewegs aus seiner Funktion als Institutsdirektor vor. Bemerkenswert ist, wie sich Mückenberger die weitere Tätigkeit Viewegs vorstellte: »Es wird vorgeschlagen, V. mit der Verwaltung des Thünen-Arbeitskreises zu betrauen, mit dem Auftrag, die unmarxistische Lehre Thünens zu widerlegen.« SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/2/A543 (unpag.).

mit moderner Technik auszustatten ... Unverzüglich wird mit der Großproduktion eines Bauerntraktors mit den dazugehörigen Anbaugeräten begonnen. Den Bauern wird Gelegenheit gegeben, sich durch Vorbestellung und Einzahlung der ersten Raten an dem schnellen Aufbau dieser Werke zu beteiligen.«<sup>40</sup> Vieweg war bemüht, den Bauern in der DDR eine Perspektive zu geben und sie von allen die Agrarproduktion beeinträchtigenden Hemmnissen zu befreien. Vieweg wandte sich nicht gegen eine sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft. Er ging von einem wesentlich länger gefassten Zeitplan für die Schaffung einer sozialistischen Landwirtschaft aus als die geltende Agrarpolitik der SED. Auch ließ er sich von ökonomischen Kriterien leiten.

Viewegs Agrarplan war mit Fritz Behrens abgestimmt worden. Er bewegte sich in diesem Reform-Rahmen. Mit den »Gleichgesinnten« im Aufbau-Verlag hatte Vieweg keine Abstimmung angestrebt. Erst bei den Gesprächen während der Freigänge im Zuchthaus von Bautzen erkannten er und Harich, dass Viewegs Agrarplan sich in die »Plattform« Harichs hätte integrieren lassen. Die Reformkonzepte Oelßners und Viewegs wirkten sich auf das praktische Geschehen aus.

Im Kreis Zittau hatten leitende Landwirtschaftsfunktionäre die Kollektivierung wegen der Spezifik der geographischen Verhältnisse für undurchführbar erklärt. Das Mähdrescherwerk Weimar nahm eine Planänderung vor, die darauf hinauslief, die Produktion von Mähdreschern und Kartoffelvollerntemaschinen einzustellen. Statt Großkombines sollten Geräte für den Gespannzug wie Grasmäher und Pferde-rechen produziert werden. Die Statistik weist einen steilen Anstieg bei den landwirtschaftlichen Maschinen von 27 880 im August 1956 auf 42 874 im Dezember aus, während die Produktion der Mähdrescher von 247 im Juni auf 92 im Dezember zurückging.<sup>41</sup> Im Bezirk Neubrandenburg wurde das ländliche Bauprogramm zurückgefahren.

Die Zahlen deuten darauf hin, dass die Agrarreform für eine kurze Zeit schon in das Stadium der praktischen Verwirklichung getreten war.

40 Zit. nach: BzG, Berlin (1994) 5. S. 82.

41 Graphische Übersichten über die Produktion und Planerfüllung wichtiger Industrieerzeugnisse 1955–1957. BArch Berlin. DE – 1-St/249. Bl. 11.

## Die Justizreform

Der Umbau des Rechtswesens, später als »Ausbau des sozialistischen Rechts« beschrieben, spielte im Jahre 1956 eine herausragende Rolle. Ministerpräsident Otto Grotewohl hatte dazu auf der 3. Parteikonferenz der SED ausgeführt: »Unser Recht wird immer mehr zu einem mächtigen Mittel zur Erziehung der werktätigen Massen, die in unserer Gesellschaft die Herren ihres Landes und die unmittelbaren Erbauer des Sozialismus sind ... In unserer täglichen Praxis gibt es manche Beispiele der Verletzung der Gesetzlichkeit. So wurde vor einiger Zeit der technische Direktor eines Berliner Betriebes ungerechtfertigt festgenommen, drei Wochen in Haft gehalten und während dieser Zeit nur einmal verhört. Erst nach einer gründlichen Untersuchung der Angelegenheit wurde der technische Direktor in deren Ergebnis rehabilitiert, und die für seine ungerechtfertigte Inhaftnahme Verantwortlichen wurden streng zur Verantwortung gezogen.«<sup>42</sup>

Grotewohl holte aus zu einer Kritik am Generalstaatsanwalt und am Justizministerium: »Auch der Generalstaatsanwalt muss sich in höherem Maße als bisher bewusst sein, dass er die Verantwortung für die strikte Durchführung der Gesetze trägt und dass nicht, wie in Neubrandenburg, die Rechte der Bürger verletzt und ungerechtfertigte Festnahmen vorgenommen werden, die nach eingehender Prüfung sofort rückgängig gemacht werden müssen. Das Justizministerium muss der Kontrolle der Rechtsprechung größere Aufmerksamkeit zuwenden, insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung der Rechte der Staatsbürger.«<sup>43</sup>

Auf der Ersten Sitzung der Kommission des Zentralkomitees der SED zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern vom 19. April 1956 wurden Festlegungen zu einer umfassenden Überprüfung von Gerichtsurteilen getroffen. Alle im Zusammenhang mit den Kriegseignissen Verurteilten sollten freigelassen werden. Die Liste der Personen, bei denen wegen der Schwere der Verbrechen Bedenken bestehen, sollte dem Politbüro vorgelegt werden. Zur Freilassung von inhaftierten SED-, Staats-, und Wirtschaftsfunktionären wurden

<sup>42</sup> Otto Grotewohl: Die Rolle der Arbeiter- und Bauernmacht in der DDR. In: Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED. Berlin 1956. S. 674.

<sup>43</sup> Ebenda.

Untergruppen der Kommission zur Überprüfung der Listen A, B und C gebildet. Für den ehemaligen Justizminister der DDR Max Fechner, der nach dem 17. Juni 1953 verhaftet worden war, wurde die Freilassung verfügt.

Auf ihrer Beratung vom 14. Juni 1956 zog die Kommission ein erstes Resümee. Zahlreiche Gerichtsurteile, die in der Vergangenheit in der DDR gefällt worden waren, erschienen aus aktueller Sicht in ihrem Strafmaß zu hoch. Ein kleiner Betrug oder ein kleiner Diebstahl dürfe kein Anlass für eine Verhaftung sein. Dem Recht auf Verteidigung durch Anwälte müsse künftig erheblich mehr Gewicht zugemessen werden. In der Vergangenheit hätten Staatsanwälte die marxistische Erkenntnis, dass Verbrechen ein Ausdruck des Klassenkampfes sind, schematisch und starr in der Praxis angewandt. Von lebensfremden Theoretikern hätten sie sich einreden lassen, dass »selbst ein fahrlässiger Verstoß eines Rad- oder Autofahrers oder Fußgängers im Großstadtverkehr gegen die Straßenverkehrsordnung [...] ein Ausdruck des verschärften Klassenkampfes« sei.<sup>44</sup> Die Staatsanwälte sollten künftig stärker als Wahrer und Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit wirksam werden. Zu diesem Zweck sei eine staatsanwaltliche Ordnung zu schaffen, die die Rechte und Pflichten der Staatsanwälte bei der Ausführung ihrer Aufsichtstätigkeit eindeutig festlegt. Größeres Gewicht solle künftig auch auf die Schöffen, die ein »gewähltes Organ der Werktätigen« bei den Gerichten seien, als gleichberechtigten Richtern gelegt werden. Ihre Mitwirkung im erstinstanzlichen Straf- und Zivilverfahren soll künftig eine größere Rolle spielen.

Eine deutliche Kritik übte die Kommission am Ministerium für Staatssicherheit<sup>45</sup>, das zu schnell mit dem Attribut »Sabotage- und Schädlingstätigkeit« aufwarte: »Bei der Behandlung der Intelligenz und der leitenden und verantwortlichen Mitarbeiter der Wirtschaft bedürfen die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit aber einer gründlichen Veränderung. In der Vergangenheit wurden Fehler,

44 Alles für die Festigung der demokratischen Gesetzlichkeit. In: Zur Entlassung werden vorgeschlagen ... Wirken und Arbeitsergebnisse der Kommission des Zentralkomitees zur Überprüfung von Angelegenheiten von Parteimitgliedern 1956. Dokumente. Mit einem Vorwort von Josef Gabert. Berlin 1991. S. 95.

45 In seinem Referat auf der Parteiaktivtagung des MfS am 11. Mai 1956 übte Walter Ulbricht eine harsche Kritik an den Praktiken der Untersuchungsabteilungen. Vgl. SAPMO-BArch. NY 4182/502. Bl. 47/48.

die diesem Personenkreis in der Arbeit unterliefen, oft als Sabotage und Schädlingstätigkeit eingeschätzt, obwohl sie bei der gründlichen Prüfung aller Umstände und der Personen in dieser Weise nicht zu qualifizieren gewesen wären. Durch diese Überspitzungen und der objektiven Wahrheit entgegenstehenden Unterstellungen ist manch einem Techniker und Wissenschaftler die Lust am Experimentieren vergangen.«<sup>46</sup>

Auf der 28. Tagung des ZK der SED im Juli 1956 berichtete Walter Ulbricht, dass 691 ehemalige SPD-Mitglieder, die wegen »Agententätigkeit« verurteilt worden waren, freigelassen wurden. Der Entlassung folgte im Regelfall jedoch nicht die notwendige politische und moralische Rehabilitierung.<sup>47</sup>

Im Bericht des Politbüros erklärte Ulbricht: »Da die Beschlüsse des ZK, die im Ergebnis der Entschließung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien über die Lage in der KP Jugoslawiens gefasst wurden, aufgehoben worden sind, ergibt sich daraus die Rehabilitierung aller persönlichen Fälle, die damit im Zusammenhang standen.

Auf Vorschlag der ZPKK wurde vom Sekretariat beschlossen, die kadermäßigen Beschränkungen für Genossen, die in westlicher Emigration waren, aufzuheben.«<sup>48</sup>

Auf der 29. Tagung am 14. November 1956 erklärte Walter Ulbricht zu Paul Merker: »Weiter möchte ich folgendes mitteilen: Das Politbüro hat sich mit einem Beschluss und einem Vorschlag der Zentralen Parteikontrollkommission über die Wiederaufnahme von Paul Merker in die Partei beschäftigt. Aber durch ein Versehen ist das Dokument, das hier vorgelegt werden sollte, nicht exakt formuliert worden. Deshalb bitten wir die Genossen des Zentralkomitees darum, dass das Politbüro bevollmächtigt wird, die Wiederaufnahme von Paul Merker in die Partei zu formulieren und dann zu veröffentlichen.«<sup>49</sup>

46 Zur Entlassung werden vorgeschlagen ... S. 97.

47 Erst am 30. April 1990 beschloss die Zentrale Schiedskommission der PDS die politische Rehabilitierung all jener, die Ende der 40er bzw. Anfang der 50er Jahre wegen ihrer früheren Zugehörigkeit zur SPD als sogenannte Schumacher-Agenten aus der SED ausgeschlossen und zum Teil von der Justiz verfolgt worden waren. Dazu zählten u. a. Hermann Kreuzer, Dorothea Kreuzer, geborene Fischer, Bruno Böttge, Paul Verdieck und Stanislaus Trabalski.

48 SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/1/161, Bl. 50/51.

49 SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/1/167, Bl. 116/117.

Auf Beschluss des Ministerrates wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1956 21 187 Häftlinge vorzeitig aus den Strafvollzugsanstalten entlassen. Um 18,2 Prozent zurück ging 1956 die Zahl der rechtskräftig verurteilten Personen im Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeit der im Jahre 1955 gewählten Schöffen erfuhr auch durch die Neuherausgabe der Zeitschrift »Der Schöffe« im Jahre 1956 eine Aufwertung.<sup>50</sup>

Der von der SPD kommende Otto Buchwitz, der ansonsten sehr kritische Worte zu finden wusste, äußerte auf der 29. Tagung im November 1956 anerkennende Worte über »die Reformen auf dem Gebiet der Justiz.«<sup>51</sup> Er ergänzte: »Das wird draußen Eindruck machen, davon bin ich überzeugt, auch das, was die Volkskammer am kommenden Freitag annimmt, die beiden Gesetze zur weiteren Demokratisierung unseres Lebens.« Zugleich kritisierte Buchwitz die noch immer zu verzeichnende »Allmacht des Apparats«: »Aber ich für meinen Teil möchte, dass wir da einmal zusammengerufen werden (Ungarn, Ägypten) ... Aber wir wurden nicht unterrichtet. Ich habe das in den letzten Wochen so als die Allmacht des Apparats empfunden.«<sup>52</sup>

Rechtswissenschaftler der DDR, die sich Gedanken um Theorie und Praxis einer sozialismugerechten Rechtsordnung machten, kamen indes nicht zum Zuge. Hermann Klenner bot 1956 der Zeitschrift »Staat und Recht«<sup>53</sup> einen Artikel zum Thema »Gesetzgebung und Gesetzlichkeit« an, der von Redaktion abgewiesen wurde. Klenner bestand auf der relativen Selbstständigkeit des Rechts im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsmechanismen und wandte sich gegen die herrschende Meinung, es bestehe eine Rechtspflicht des Bürgers, sich den einheitlichen Gesetzen des Staates unterzuordnen. Er forderte, staatlichen Zugriff auf die Individualsphäre der Bürger zuvor auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und Streitfälle lediglich von weisungsungebundenen Gerichten entscheiden zu lassen. Auf diese Vorstellungen reagierte der Parteiapparat allergisch.<sup>54</sup>

<sup>50</sup> Vgl. Jahrbuch der DDR 1957. Berlin 1957. S. 56f.

<sup>51</sup> SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/1/167. Bl. 69.

<sup>52</sup> Ebenda. Bl. 70.

<sup>53</sup> Der Artikel erschien erst nach 33 Jahren in »Staat und Recht«. Berlin 39(1990). S. 372–381.

<sup>54</sup> Vgl. Protokollauszug einer Sektorenberatung der Abt. Staatliche Organe des ZK der SED (17. Dezember 1956). In: Ralf Dreier (Hrsg.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949–1971. Baden-Baden 1996. S. 115–118.

## Reformansätze im kulturell-sozialen Bereich

Die Polemik vieler Intellektueller gegen den Stalinismus in der Kulturpolitik der SED blieb gerade im Verlaufe des Jahres 1956 nicht ohne Folgen. Am 1. Juli 1956 erfolgte die Auflösung des Amtes für Literatur. Alexander Abusch erklärte in der Präsidialratssitzung des Kulturbundes am 23. November 1956, dass sich eine neue Verordnung über die Aufhebung der Zensur von Juli bis Oktober 1956 verzögert habe, weil angesichts der Vorgänge in Polen und Ungarn »einige« hätten abwarten wollen, was weiter geschehen würde. Das in Vorbereitung befindliche neue Gesetz werde das bisherige Verfahren über die Druckgenehmigung für jedes Buch und jedes Manuskript aufheben. Die Verantwortung für die Publikation von Büchern werde auf die Verlage selbst übertragen werden: »Das bedeutet, dass ein ganzer Wust von bürokratischen Dingen, die bisher vorhanden waren, beseitigt werden.«<sup>55</sup>

Auch in der Filmproduktion würde die Verantwortung auf die Leitung der Studios übergehen. Für die Ausbildung der Studenten an den Kunsthochschulen habe sein Ministerium Grundsätze für eine Reform beschlossen, die eine Überbeanspruchung durch Nebendisziplinen künftig ausschließen. Weltanschauliche Fragen sollten vor allem unter dem Aspekt behandelt werden, dass sie den jungen Künstlern helfen, das Wesen des Künstlerischen zu erfassen. Mehr Zeit sei der künstlerisch-praktischen Arbeit zu widmen, während die Stundenzahl im theoretischen Unterricht zu verringern sei. Der ansonsten sich so orthodox gebende Alexander Abusch trat im November 1956 als Reformler auf. Nichts in seiner Rede deutete darauf hin, dass es ihm dabei nur um taktische Winkelzüge ging.

Gerhard Fischer, Mitglied der zentralen Parteileitung des Hauptvorstandes der CDU, wies auf dieser Präsidialratstagung auf die Veränderungen im Gesundheitswesen hin, die auf die Schaffung einer Ärztekammer in der DDR hinausliefen. Unter Berufung auf Artikel im »Sonntag« hätten Ärzte in Strausberg bei Berlin die Gründung einer eigenen beruflichen Standesvertretung gefordert. Der FDGB habe Probleme, die Interessen der Ärzte zu vertreten, denn die Ärzte seien in

55 SAPMO-BArch. DY 27/921. Bl. 310.

drei verschiedenen Gewerkschaften organisiert.<sup>56</sup> Fischer appellierte an den Präsidialrat, auf die Wünsche der Mediziner feinfühlig zu reagieren, jedoch unkontrollierbaren Aktionen keinen Vorschub zu leisten.

Parallel zu dieser Erörterung entstand im Parteiapparat der SED das Konzept für eine Gesundheitsreform. Im Sekretariat des ZK der SED war eine Vorlage der Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen diskutiert worden, die eine Aussprache mit der medizinischen Intelligenz vorsah.

Das Sekretariat des ZK machte das SED-Politbüro in einer Vorlage vom 9. Oktober 1956 darauf aufmerksam, dass von den zu diskutierenden Problemen die Frage der Einrichtung von Staatlichen Arztpraxen umstritten sei und dass zur Gründung einer Ärztevereinigung von der Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen der Hinweis gegeben wurde, dass vorläufig noch keine Garantien bestünden, dass in den Kreisen die Leitung dieser Vereinigung für die SED zuverlässig sei.

In der Vorlage wurde auf die unbefriedigende Lage im Gesundheitswesen hingewiesen. Obwohl der staatliche Sektor des Gesundheitswesens in den letzten Jahren weiter vergrößert worden sei und zahlreiche neue Einrichtungen des Gesundheitswesens geschaffen wurden, entspreche die ärztliche und pflegerische Behandlung der Bevölkerung bei weitem nicht den Möglichkeiten. Der Krankenstand war im Jahre 1955 um ein Prozent höher als im Jahre 1953. Das stehe in keinem Verhältnis zu den großen materiellen Leistungen der DDR für den Gesundheitsschutz.

Unter den Ärzten habe sich eine Resignation breit gemacht. Das Ministerium für Gesundheitswesen arbeite praxisfremd und praxisfern. Eine Reihe von Problemen harre einer Lösung. Die Unterbringung Psychiatrisch-Kranker und Chronisch-Kranker sei nicht gelöst. Die Versorgung mit Instrumenten und Geräten liege im Argen, weil Importe nicht getätigt wurden und die eigene Produktion noch Qualitätsmängel hatte. Die medizinische Intelligenz habe persönliche Sorgen hinsichtlich des Studiums ihrer Kinder, der unzureichenden Ur-

<sup>56</sup> Es wurde nicht ausgeführt, welche Gewerkschaften damit gemeint waren. Offenbar wurde darauf angespielt, dass die Mehrheit der angestellten Ärzte in der Gewerkschaft Gesundheitswesen, die im Hochschulwesen tätigen Ärzte in der Gewerkschaft Wissenschaft und die in privaten Einzelpraxen tätigen Ärzte in der Gewerkschaft örtliche Wirtschaft organisiert waren.

laubsplätze, der ungelösten Wohnungsfrage und des Besuchs deutscher und internationaler Kongresse. Aus alledem ergebe sich der Wunsch nach einer eigenen Ärzteorganisation. In der Begründung der Vorlage schrieben Jenny Matern, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheitswesen, Robert Ganse, ZV der Gewerkschaft Gesundheitswesen, Fritz Schellhorn / Rudolf Weber, Abteilung Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen, Hannes Hörnig, Abteilung Wissenschaft und Propaganda: »In den zur Zeit gegebenen Möglichkeiten zur Ausübung der ärztlichen Tätigkeit in der Republik sehen sie (die Ärzte – d. Vf.) nur eine ungenügende Perspektive für ihre persönliche und berufliche Entwicklung. Unser jetziges Organisationssystem gibt dem erfahrenen Arzt zu wenig Möglichkeiten, den Wunsch nach selbstverantwortlicher Tätigkeit zu verwirklichen, wie es früher in Deutschland und heute in Westdeutschland die Ärzte in eigener Praxis können.

Die Ärzte haben den Wunsch, sich zu organisieren. In den beratenden Kommissionen bei der Gewerkschaft Gesundheitswesen und in den Fachausschüssen beim Ministerium sahen sie eine ungenügende Möglichkeit, auf die Gestaltung des Gesundheitsschutzes und ihrer eigenen beruflichen Entwicklung Einfluss zu nehmen.«<sup>57</sup>

In einer Anlage wurden die Prinzipien einer »Vereinigung der medizinischen Intelligenz« in Anlehnung an das Statut der Kammer der Technik fixiert.<sup>58</sup> Auch das Entlohnungssystem sollte reformiert werden.

Laut Arbeitsprotokoll des Sekretariats des ZK Nr. 35 vom 31. Oktober 1956 wurde dem Politbüro empfohlen, diesen Vorschlägen zuzustimmen, wozu es aber nicht mehr kam. In den folgenden Jahren kam es zur Republikflucht einer Vielzahl von Ärzten.

Auf Präsidialratstagungen des Kulturbunds waren Victor Klemperer, Heinrich Deiters und Otto Schwarz wiederholt auf Fragen der Jugend und Erziehung, des Fremdsprachenunterrichts, vor allem auch wegen der Vernachlässigung der alten Sprachen, eingegangen. Sie hatten damit zunächst Wirkung bei Politikern erzielen können.

Am 1. November äußerte sich der Minister für Volksbildung, Fritz Lange (SED), in einem Interview mit dem »Neuen Deutschland« zur Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts in den Schulen der DDR.

57 SAPMO-BArch. DY 30 J IV 2/3A. Bl. 23.

58 Ebenda.

Er erklärte: »Zur Zeit ist die erste Fremdsprache allgemein noch Russisch. Bei der Neueinrichtung von Mittelschulen wird jedoch das Ministerium für Volksbildung bestrebt sein, gemeinsam mit den Räten der Bezirke und Kreise darauf zu achten, dass in einer Anzahl dieser neu zu errichtenden Mittelschulen Englisch und Französisch als erste Fremdsprache eingeführt wird.« Es handelte sich hier um den weitest gehenden Vorstoß, mit dem Dogma zu brechen, Russisch als erste Fremdsprache anzusehen.

Schon am 24. Januar 1956 hatte das Politbüro der SED den Beschluss »Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe« gefasst. Der SED ging es darum, die Jugend an die bewusste Teilnahme am Aufbau des Sozialismus heranzuführen. Da die FDJ schon nicht mehr die Mehrheit der Jugend in ihren Reihen vereinte, schlug die SED die Bildung von Jugendausschüssen vor. Jugendausschüsse waren auch schon nach Kriegsende im Jahre 1945 gebildet worden. Die Aufgabe laute, hieß es in dem Politbürobeschluss, »überall, wo es keine arbeitenden FDJ-Gruppen in Wohngebieten und Dörfern gibt, mit fortschrittlichen und befähigten Jugendlichen Jugendausschüsse zu bilden, die ein interessantes und vielseitiges Leben der Jugend im Sinne unserer Politik« gestalten.<sup>59</sup>

FDJ-Sekretär Karl Namokel berichtete auf der 28. Tagung des ZK der SED, dass die Veränderung der Jugendpolitik zu einer Belebung der Aktivitäten des Zentralrats der FDJ geführt habe. Der XX. Parteitag der KPdSU habe die Richtigkeit der eingeschlagenen Veränderungen noch unterstrichen: »Falsch ist die Meinung einiger FDJ-Funktionäre und Genossen, dass diese Beschlüsse nicht mehr aktuell sind, weil sie vor dem XX. Parteitag bzw. der 3. Parteikonferenz gefasst wurden. Sie sind sogar sehr aktuell, weil sie Inhalt, Form und Methode der Arbeit mit der Jugend festigen.«<sup>60</sup>

Die FDJ habe Jugendforen und Streitgespräche organisiert. Über 500 Jugendausschüsse seien in der DDR gebildet worden. Noch nie sei die Bewegung des Wanderns und der Touristik, die Beteiligung der FDJ am Sportgeschehen so groß wie jetzt gewesen. Dass in 35–40

59 Der Jugend unser Herz und unsere Hilfe. Über die Verantwortung und die Aufgaben der Partei bei der sozialistischen Erziehung und Förderung der gesamten Jugend der DDR. In: Dokumente der SED. Band VI. Berlin 1958. S. 33.

60 SAPMO-BArch. DY 30 IV 2/1/161. Bl. 1.

Prozent der Grundeinheiten monatlich Mitgliederversammlungen durchgeführt würden, wertete Namokel bereits als Erfolg.<sup>61</sup>

Studenten an der Humboldt-Universität schlossen sich in einem Kreis zusammen, der ein Reformpapier »Vorschläge für eine Neubelebung der FDJ 1956« ausarbeitete.<sup>62</sup> Ein »Jakobiner-Club« unterbreitete Vorschläge für die Reformierung von Staat und Gesellschaft der DDR.<sup>63</sup>

SED und Zentralrat der FDJ sahen sich genötigt, auf studentische Vorschläge zu reagieren. Sie sahen Veränderungen im Rahmen ihrer Studentenpolitik vor. Im Herbst 1956 wurden die Forderungen von Studenten nach Bildung eines eigenen Studentenverbandes ernsthaft erörtert.<sup>64</sup> Am 30. Oktober 1956 fasste das Politbüro den Beschluss, einen Studentenrat zu bilden, der jedoch unter dem unmittelbaren Eindruck der ungarischen Tragödie<sup>65</sup> schon am 2. November wieder aufgehoben wurde.<sup>66</sup>

### Schrittweiser Reformabbruch

Diese Entscheidung markierte eine wichtige Zäsur. Von nun an fiel unter Ulbrichts Druck und mit dem Segen Moskaus das SED-Politbüro in die traditionelle Machtpolitik zurück. Was zuvor noch Reform zur Stärkung der DDR genannt wurde, sollte bald mit dem Attribut »revisionistisch« bzw. »konterrevolutionär« abgestempelt werden.

61 Vgl. ebenda. Bl. 7.

62 Vgl. Manfred Behrend / Helmut Meier: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation. Berlin 1991. S. 22–25.

63 Vgl. Ulrike Schuster: Ein Ostberliner Jakobiner-Club. Reformversuche von Studierenden der Humboldt-Universität zu Berlin im Jahre 1956. In: Ulrich Herrmann (Hrsg.): Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Weinheim und München 2002. S. 151–176.

64 Peter Skyba berichtet auch über Vorschläge, die gesamte FDJ aufzulösen und an ihrer Stelle einen christlich-demokratischen Jugendverband, eine sozialistische Jugendorganisation, einen Pionier- und Studentenverband zu schaffen. Vgl. Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961. Köln / Weimar / Wien 2000. S. 365.

65 Ausführlich vgl. Géza Alföldy: Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf. 2. Aufl. Heidelberg 1998.

66 Vgl. SAPMO-BArch. DY 30 J IV2/2/514. Bl. 3.

Die Arbeiterunruhen in Poznan Ende Juni / Anfang Juli 1956 hatten im Nachbarland den Weg zu einer Reformphase hin geöffnet, in deren Ergebnis im Oktober 1956 wieder W<sup>3</sup>adis<sup>3</sup>aw Gomu<sup>3</sup>ka<sup>67</sup> an die Macht kam. Die Reformer im Nachbarland brachen mit dem Stalinismus in der Kulturpolitik und verzichteten auf einen Kurs forcierter Kollektivierung der Landwirtschaft. In der DDR begann vor allem im »Kreis der Gleichgesinnten« die Suche nach einem »deutschen Gomulka«, den Walter Janka, Gustav Just und Wolfgang Harich in Paul Merker bzw. Franz Dahlem<sup>68</sup> gefunden zu haben glaubten. Der »Kreis der Gleichgesinnten« hoffte darauf, durch Diskussion der Alternativvorstellungen in der SED den Weg zu einer polnischen Lösung in der DDR öffnen zu können. Sie hielten an dieser Vorstellung auch noch fest, nachdem infolge der Zuspitzung der Ereignisse in Budapest in Ost-Berlin der Reformkurs abgebrochen worden war. Für sie war die blutige Zuspitzung in Ungarn vor allem daraus zu erklären, dass dort nicht wie in Polen reformerische Veränderungen stattfanden. Für Ulbricht aber war die Entscheidung gefallen. Aus seiner Sicht war jetzt ein Notstand entstanden, in dem entschlossen gehandelt werden musste. Die Zuspitzung im Nahen Osten dürfte ihn in seinem Entschluss weiter bestärkt haben. Mit Moskauer Rückendeckung konnte nun Ulbricht ohnehin wieder rechnen.

Am 8. November 1956 hatte das SED-Politbüro »Maßnahmen zur Unterdrückung konterrevolutionärer Aktionen«<sup>69</sup> beschlossen. In der ersten Phase der Störung der öffentlichen Ordnung seien einfache polizeiliche Mittel (Absperungen und der Einsatz von Wasserwerfern) vorgesehen. Im Falle einer Eskalation ist der Einsatz bewaffne-

67 Gomu<sup>3</sup>ka, W<sup>3</sup>adis<sup>3</sup>aw (1905–1982), Polnischer Politiker. Ab 1945 Generalsekretär der Polnischen Arbeiterpartei (PPR); ab 1945 zugleich stellv. Ministerpräsident und Minister für die Westgebiete; G. lehnte die dominierende Rolle der Sowjetunion unter Stalin für sein Land ab. Wurde 1948/49 zur Aufgabe aller Ämter gezwungen und 1951–54/55 als »Nationalist« und »Titoist« inhaftiert; nach seiner Rehabilitierung (1956) erneut Parteiführer (1. Sekretär des ZK, Mitglied des Politbüros); musste Ende 1970 die Parteiführung Gierek überlassen..

68 Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Reinbek bei Hamburg 1989. S. 98–104. – Gustav Just: Zeuge in eigener Sache. Die fünfziger Jahre. Mit einem Geleitwort von Christoph Hein. Berlin 1990. S. 106–109. – Wolfgang Harich: Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition in der DDR. Berlin 1995. S. 55–63.

69 Vgl. SAPMO-BArch. DY 30 JIV 2/2/511.

ter Kräfte der Polizei, der Staatssicherheit und der Kampfgruppen vorgesehen. Die Entscheidung über den Einsatz von Schusswaffen bleibt einem besonderen Beschluss einer Kommission vorbehalten, der Walter Ulbricht (Vorsitzender), Otto Grotewohl, Hermann Matern, Karl Schirdewan, Willi Stoph, Erich Honecker, Ernst Wollweber und Karl Maron angehören.

Die Parteigruppe des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin wandte sich nach ausführlicher Diskussion der Ereignisse in Polen und Ungarn in einem Schreiben vom 8. November an das ZK der SED. Nach einer Bewertung dieser Ereignisse wird festgestellt, dass auch in der DDR sich ernsthafte Widersprüche zwischen dem Willen der Massen und der Politik der Partei herausgebildet hätten. Dabei würden wichtige und tiefgreifende Unterschiede in den Entwicklungsbedingungen Polens und Ungarns einerseits und der DDR andererseits keineswegs übersehen. So sei der Lebensstandard in der DDR wesentlich höher als in diesen Ländern, in denen es teilweise um die Sicherung des Existenzminimums ginge. Diese Fragen stünden bei den DDR-Bürgern nicht in dieser Schärfe und nicht derart im Vordergrund. Auch hinsichtlich der Mittelschichten bestünden in der DDR günstigere Bedingungen. Schließlich habe die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit in der DDR nicht ein solches Ausmaß und solche Formen angenommen wie in Polen und Ungarn. Und trotzdem gäbe es zwei Fragenkomplexe in der DDR, denen die ganze Sorge gelten müsse: »den Fragen der Demokratisierung [...] und den Methoden der Wirtschaftsführung.«<sup>70</sup>

Ein echter Meinungsstreit und eine echte Aussprache seien überhaupt erst noch zu entfalten. Nach dem XX. Parteitag sei die Aussprache oft unterbunden worden. Beispielhaft dafür seien die Artikel im »Neuen Deutschland« vom 24. und 26. Mai von Robert Naumann und Alfred Lemnitz gewesen. Information und Diskussion über die tief bewegenden Probleme der internationalen Arbeiterbewegung seien völlig unzureichend. Dies gelte für die Reden und Interviews von Palmiro Togliatti ebenso wie für die Entwicklung der Partei in Polen. Aus

<sup>70</sup> Brief der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu den Ereignissen in Polen und Ungarn. In: SAPMO-BArch DY 30/J IV 2/2J/285 (unpaginiert).

der Rede von W<sup>3</sup>adis<sup>3</sup>aw Gomu<sup>3</sup>ka seien nur Auszüge<sup>71</sup> veröffentlicht worden, so dass die Wendung in der Politik in Polen nicht zum Ausdruck kommen konnte.<sup>72</sup>

Dieser Brief an das Zentralkomitee der SED zeigte an, dass nicht alle bereit waren, den Kurs des Reformabbruchs mitzugehen. Ulbricht sah sich genötigt zu taktieren. Nicht von ungefähr rückte die 29. ZK-Tagung vom 12.–14. November 1956 die Erweiterung der Arbeiterrechte, die Vorbereitung der 45-Stundenwoche und die Erhöhung der Altersrenten in den Mittelpunkt. Beschlossen wurde ferner die Bildung einer Kommission zu Fragen der Jugend. So entstand fürs erste der Eindruck, dass es in der DDR weiter um Reformen ging. Die Debatte um die Erweiterung der Arbeiterrechte gestaltete sich kontrovers. Hans Kiefert und Willy Kuhn sprachen sich für die Schaffung von Betriebsräten aus. Fritz Selbmann erinnerte gar daran, dass die Betriebsräte 1948 gegen den Willen der Arbeiter abgeschafft worden waren. Otto Lehmann wandte ein, dass Betriebsräte die Rolle des FDGB in den Betrieben schmälern könnten. Walter Ulbricht trat für die Schaffung von Arbeiterkomitees ein, die eng mit der Betriebsparteiorganisation der SED verbunden sein sollten: »Es wird hier also vorgeschlagen, in jedem sozialistischen Betrieb ein Organ zu schaffen – wie man es nennt, lassen wir vorläufig offen – ein Organ, das fest auf dem Boden der Arbeiter- und Bauernmacht steht, dass man also Arbeiterkomitee oder so ähnlich nennen kann und das die hier im Vorschlag enthaltenen Aufgaben übernehmen soll. Es wird vorgeschlagen, dieses Komitee oder wie es heißt, in demokratischer Urabstimmung zu wählen, wobei der gewerkschaftliche Vertrauensmännerkörper die Kandidatenliste so aufstellen soll, dass mehr Kandidaten aufgestellt werden, als Mitglieder des Komitees gewählt werden sollen.«<sup>73</sup>

Das klang noch immer nach Reformwillen. Wo wurde sonst in der DDR ein Gremium einer Urabstimmung unterworfen? Wo wurden mehr Kandidaten aufgestellt, als gewählt werden konnten? Es ging hier zweifellos nur um marginale »Reformen«. Der Gesamtvorgang

71 Vgl. Aus der Rede W. Gomu<sup>3</sup>kas auf dem 8. Plenum des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. In: »Neues Deutschland« vom 25.10.1956.

72 In einer Anmerkung zum Brief wird festgestellt, dass dem Brief am 7. November 1956 in der Versammlung der Grundorganisation von den Teilnehmern einstimmig zugestimmt worden sei.

73 SAPMO-BArch. DY 30/IV 2/1/167. Bl. 6.

wurde immerhin einer weiteren öffentlichen Diskussion anheim gegeben. Im Jahre 1957 kam es zwar zur Bildung von Arbeiterkomitees, denen allerdings nur eine kurze Existenz beschert sein sollte.<sup>74</sup>

Auch die anderen Schwerpunkte fielen angesichts der ökonomischen Krise eher bescheiden aus. Die Einführung der 45-Stundenwoche wurde zunächst auf einige Bereiche der Industrie und des Verkehrswesens beschränkt. Aus der auf der 28. ZK-Tagung von FDGB-Chef Herbert Warnke lauthals verkündeten »sozialistischen Rentenreform« wurde eine bescheidene Rentenerhöhung.<sup>75</sup> Auch in der Bundesrepublik war eine Rentenreform angekündigt worden. Diese führte 1957 immerhin zur Dynamisierung der Renten, d. h. die Rentenhöhe wurde an die damals rasch steigenden Löhne angekoppelt.

Ende November / Anfang Dezember ließ Walter Ulbricht gegen den »Kreis der Gleichgesinnten« zuschlagen. Erstes Opfer wurde Wolfgang Harich, der am 29. November, dem Tag seiner Rückkehr aus Hamburg, verhaftet wurde. Eine Woche später folgte die Verhaftung von Walter Janka. Gustav Just wurde aus dem Zeugenstand heraus während des Prozesses gegen Wolfgang Harich verhaftet.<sup>76</sup>

In der DDR begann eine Periode der geistigen Knechtung, der Repression und neuer dogmatischer Enge. Aus eigener Erfahrung beschrieb Werner Mittenzwei die entstehende Situation Ende 1956/Anfang 1957 treffend: »Den sozialistischen Intellektuellen wurde bei ihren ersten Reformversuchen eine Niederlage zugefügt, von der sie sich auch in den Jahren nicht erholten, in denen sich Reformen als machbar erwiesen. Geprägt von diesen Erlebnissen, blieb für mich Walter Ulbricht, der auch ein kluger Politiker sein konnte, der Stalinist, der Unbeliebte unter den Funktionären der deutschen Arbeiterbewegung.

74 Über die Arbeiterkomitees ausführlich vgl. Jochen Czerny: Die 29. ZK-Tagung, die Arbeiterkomitees und das Dilemma der Mitbestimmung; – Siegfried Prokop: Die internationale Beratung über Veränderungen in der Gewerkschaftsarbeit sozialistischer Länder in Sofia. In: Gewerkschaften und Betriebsräte im Kampf um Mitbestimmung und Demokratie 1919–1994. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung. H. 25. Bonn 1994.

75 Die Durchschnittrente von 1955 95,60 DM monatlich erhöhte sich im Dezember 1956 auf 126,20 DM. Vgl. Jahrbuch der DDR 1957. Berlin 1957. S. 168.

76 Dazu ausführlicher vgl. Der Prozess gegen Walter Janka und andere. Eine Dokumentation. Auswahl und Einleitung von Birgit Hoeft. Berlin 1990.

Durch seine Politik wurden viele junge Menschen gefördert, aber auch in ihrer Entwicklung gebrochen.«<sup>77</sup>

Je enger Ulbricht die Daumenschrauben für die Geisteswissenschaften anzog, umso großzügiger gab er sich den Naturwissenschaftlern gegenüber. Sie durften schon 1957 den Forschungsrat etablieren, immerhin ein Jahr, bevor in der Bundesrepublik ein Wissenschaftsrat konstituiert wurde. Es kam auch nicht einfach zu einen Rückgriff auf ausschließlich sowjetisch-stalinistische Muster der Gesellschaftsgestaltung. Für etwa ein Jahrfüntf orientierte sich die SED-Führung am Doppelvorbild VR China und Sowjetunion, was begrenzte Spielräume eröffnete. Im Jahr 1956 schuf die DDR nach chinesischem Vorbild Betriebe mit staatlicher Beteiligung, womit sie privaten Unternehmen einerseits den Übergang zu sozialistischen Produktionsformen erleichtern und andererseits private Unternehmerinitiative für die Stärkung der Wirtschaft nutzen wollte.

<sup>77</sup> Werner Mittenzwei: *Zwielicht. Auf der Suche nach dem Sinn einer vergangenen Zeit. Eine kulturkritische Autobiographie.* Leipzig 2004. S. 149.

GERHARD ZWERENZ

## Bloch in Leipzig oder die Front zwischen Stalin und Heidegger (Die Mutter der Freiheit heißt Revolution)

Ein Stück Volksfront

Stellen wir uns vor, wir sitzen im gespenstisch vergangenen Leipziger Hörsaal 40 und erleben den Auftritt von Ernst Bloch, Martin Heidegger, Papst Benedikt, Georg Lukács, Hannah Arendt, Rosa Luxemburg. Sie sind die Hauptdarsteller eines Sechspersonen-Stücks, das Anfang 1957 mit der Entfernung Blochs von der Universität beginnt.

Bisher wurde übersehen, dass das Ende Blochs in Leipzig das endgültige Aus jener internationalen Volksfrontpolitik bedeutet, die mit dem Pariser Kongress 1936 begann. Bloch war einer der intellektuellen Gründungsväter. Sein Buch *Erbschaft dieser Zeit*, 1935 in Zürich erschienen, enthält seine Volksfrontphilosophie. Er lehnte die Diktatur des Proletariats als misslungen ab, hielt die 11. Feuerbach-These für mindestens unzureichend interpretiert, favorisierte seit 1935 eine Gramsci-nahe kulturelle Hegemonie mit antidiktatorischen Akzenten, verwarf das Dogma vom »wissenschaftlichen Sozialismus« und entwickelte seine eigene Existenz- und Subjektphilosophie. Alle diese Abweichungen sind im Erbschaftsbuch enthalten, das folgerichtig in der DDR nie erscheinen konnte.

Zwei Frontstellungen

In der DDR wirkte Bloch dennoch als oppositionelles Kraftwerk, dessen Energien Mitte der fünfziger Jahre ausstrahlten auf Harich, Jan-ka, Kantorowicz, Huchel, auf Gustav Just, Heinz Zöger sowie Fritz Behrens mit seiner oppositionellen Theorie einer fehlenden sozialistischen Ökonomie. Hubert Laitko, der Wissenschaftshistoriker, glaubt sogar Fernwirkungen bei Jürgen Kuczynski festzustellen, allerdings erst nach der Wende (*Utopie kreativ März 2006*). Die Spuren von Beh-

rens reichen bis ins heutige kapitalkommunistische China. Das ist die eine Frontstellung. Die zweite ergibt sich, als Bloch 1961 von Leipzig nach Tübingen kommt, was dort den jungen Theologieprofessor Joseph Ratzinger über die Maßen irritiert. Später bemerkt er darüber: »Ernst Bloch lehrte nun in Tübingen und machte Heidegger als kleinen Bourgeois verächtlich.« Ratzinger erkennt in Bloch eine »marxistische Versuchung«, weshalb der Kampf für das von »existentialistischer Reduktion bedrohte Christentum« aufgenommen werden müsse. Der Theologe floh vor dem Philosophen bis nach Rom, wurde Oberzensor und taufte sich später in Benedikt um.

Damit heißt der Konflikt nicht mehr Stalin – Bloch, sondern Bloch – Heidegger, den Ratzinger fürsorglich in Schutz nahm. Tatsächlich ist Blochs Hauptwerk gegen Heidegger gerichtet wie *Erbschaft dieser Zeit* gegen Hitlerdeutschland gerichtet war.

### Zwischenspiel mit Liebe

Eine Leidenschaft gerät ins Spiel. Über die Verbindung zwischen Martin Heidegger und Hannah Arendt weiß die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* am 14. 7. 2002 zu berichten: »Die blutjunge Studentin begegnet gleich im ersten Semester dem Mann, von dem sie ihr Leben lang nicht mehr loskommen sollte. Dabei war der braungebrannte 35 Jahre alte Professor verheiratet und Vater zweier Söhne. Er war von ihrem Intellekt wie Aussehen derart begeistert, daß er schon nach wenigen Tagen zu ihrem Dachkammerbesucher aufstieg.«

Nun ja, so steigt der Boulevard übers Feuilleton zur Philosophie auf. Das nennt man Kooperation per Kopulation.

### Geruchsfragen

An Heidegger scheiden sich die Geister – Hannah Arendt betete ihn an, Lukács sah in ihm einen rechtshändigen Antipoden, Adorno verabscheute den »Jargon der Eigentlichkeit«. Der ältere Bloch konzedierte, immerhin rieche es bei Heidegger »stellenweise nach Philosophie«. Wahre Liebe herrschte nicht unter den Geistesriesen. Schreiten wir also die Trennlinien ab: Hannah Arendt wird ein gewisser Ein-

fluss auf Heideggers Hauptwerk *Sein und Zeit* zugesprochen. Ab 1933 zählt sie zu den rassistisch Verfolgten und Heidegger tritt in die Hitler-Partei ein, um den Führer philosophisch zu führen, was misslingt. 1935 schwärmt er von der »inneren Wahrheit und Größe des Nationalsozialismus«, den er 1953 bei der Neuauflage seiner alten Vorlesungen zur bloßen »Bewegung« herunterdefiniert.

### Ein SS-Obersturmbannführer gegen Rosa Luxemburg

In den fünfziger Jahren erscheinen Arendts Bücher im Münchner Piper-Verlag. Der Verlagsleiter und Cheflektor Dr. Hans Rößner reinigt sie von anstößigen sozialistischen Stellen. Es heißt, Arendt habe nicht gehaut, dass Rößner im vorherigen Leben als SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt Tür an Tür mit dem SS-Obersturmbannführer Eichmann residierte. Über den Eichmann-Prozeß in Jerusalem schreibt Arendt einen klugen Bericht, der wiederum vom ehemaligen braunen Kameraden Rößner lektoriert wird. In der US-Edition ihres Jerusalemprozess-Buches wird der Verfassungsrechtler Theodor Maunz als Nazi-Jurist aufgeführt, der hat es aber in München zum Minister gebracht und so wird der Herr Professor für die deutsche Ausgabe anonymisiert.

Vorher hielt Rößner die Autorin noch davon ab, ein Buch über die Ungarische Revolution von 1956 Rosa Luxemburg zu widmen. Arendt darüber: »Die arme Rosa! Nun ist sie bald 40 Jahre tot und fällt immer noch zwischen alle Stühle.« 1919 allerdings war Luxemburg in den Landwehrkanal gefallen worden.

Als Arendt 1975 stirbt, verhindert Rößner die Neuauflage ihres Eichmann-Berichtes, der von der »Banalität des Bösen« handelt. Damit kommen wir nach Dresden, wo seit 1993 ein staatliches und statliches Hannah-Arendt-Institut existiert. Ein Ernst-Bloch-Institut gab es offiziell nirgendwo. Inoffiziell wurde es dreimal verhindert: 1957 in Leipzig, 1977 in Tübingen und 1990 nochmals in Leipzig. Ich finde, ein Arendt-Institut in Dresden ohne ein Bloch-Institut in Leipzig ist nur ein halbes Sachsen.

### Die Heidegger-Klientel

Der Nachkriegseinfluss der Frankfurter Kritischen Schule von Adorno und Horkheimer und der revolutionären Schulen von Lukács und Bloch wurde inzwischen auf Null heruntergefahren durch eine konservative Heidegger-Klientel zur Rettung aus bourgeoisen Faschismusfallen. Das ging nicht ohne Manipulationen, die aufzudecken nicht erwünscht ist. Da müssen eben Rentner, Pensionäre und vorzeitig Abgewickelte ran, die ohne Angst vor Karriereverlust sind. Ich spreche von Bloch und Heidegger als Antipoden. Bloch und Hannah Arendt sind es nicht. Beide sind deutsch-jüdische Antifaschisten und lebten unter vielfacher Verfolgung. Blochs *Prinzip Hoffnung* wird ebenso verfälscht, wo nicht verfälscht, wie Arendts *Totalitarismus-Theorie*, die anfangs sehr umstritten war, weil sie auf Gleichsetzung von Hitler und Stalin ergo Faschismus-Nazismus und Kommunismus-Marxismus hinauslief. Das Dresdner Institut spitzt das noch zu, indem das Hitler-Reich mit der DDR verglichen und damit bagatellisiert wird. In der Satzung des Hannah-Arendt-Instituts wird »empirische Diktaturforschung in theoriebildender Absicht« verlangt, und: »Ein Schwerpunkt liegt auf der Darstellung der Geschichte Sachsens in zwei aufeinanderfolgenden Diktaturen ...« Der Dresdner Historiker Prof. Horst Schneider erhielt auf Anfrage vom Institut immerhin die ehrliche Antwort, Arendt habe sich »nicht konkret mit der DDR befaßt ... auch war die von ihr vertretene Totalitarismustheorie nicht auf das System der DDR bezogen.« Ich frage mich, weshalb dann ein Arendt-Institut, aber keines für Bloch, der durchaus DDR-bezogen 12 Jahre in Leipzig lehrte. Sein Werk ist bedenkenswert wie das von Arendt, das übrigens seit 4 Jahrzehnten zu unseren Quellen gehört. Zumal Arendt auch ausdrücklich vor den Gefahren eines antikommunistischen Totalitarismus warnt. Was aber geschieht in Dresden? Der Institutsmitarbeiter Lothar Fritze verurteilt ausgerechnet den Hitler-Attentäter Georg Elser, weil dessen Bombe im Bürgerbräukeller moralisch nicht gerechtfertigt gewesen sei. Die neueste Erkenntnis des Instituts aber, dass die Dresdner Bank eine SS-Bank war, stand schon vor vielen Jahren im OMGUS-Bericht der US-Militärbehörde.

Weiter im Text: Arendt unterschied scharf zwischen Diktatur und Totalitarismus. Den sowjetischen grenzte sie ausdrücklich auf die Zeit von 1929/30 bis zu Stalins Tod 1953 ein. Marx und Lenin wurden von

ihr nicht verworfen, für Rosa Luxemburg bezeugte sie Nähe und Sympathie. Als Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bonner Bundestages wunderte mich, dass die vom Arendt-Institut beratene Sächsische Landesregierung unter Biedenkopf sowohl gegen unsere Rehabilitierungsanträge für Wehrmachtsdeserteure wie gegen den höchstrichterlichen Freispruch des Tucholsky-Wortes »Soldaten sind Mörder« Protest einlegte. Da drehte sich Hannah Arendt im Grabe um, zusammen mit Kurt Tucholsky im fernen Mariefred.

### Die Folgen falscher Beratung?

Ludwig Baumann, Gründer der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, saß als verurteilter Deserteur monatelang in der Torgauer Todeszelle und berichtet heute von skandalösen Konflikten in der »Stiftung Sächsische Gedenkstätten«, deren Sitzungen er wie auch der Zentralrat der Juden aus Protest fernbleibt, weil er Nazi-Opfer und Nazi-Täter in diesen Erinnerungsorten bis zur Ununterscheidbarkeit vereinnahmt sieht.

Im »Roten Ochsen«, der Gedenkstätte in Halle/Saale, gibt es keinen Streit, die Verbände vom Jüdischen Zentralrat bis zu den Deserteuren und Opfern des Stalinismus einigten sich. Im sächsischen Torgau jedoch regiert die Dresdner Totalitarismus-Linie. Das Reichskriegsgericht, 1945 vor den Bomben in Berlin nach Torgau geflüchtet, hauste dort als gesetzlich lizenzierte Mörderbande. Dresden will in der Torgauer Gedenkstätte nicht, wie es in Halle geschieht, die Hingerichteten von den Hinrichtern scheiden. Berät das Hannah-Arendt-Institut in dieser Frage also die Landesregierung? Es tut mir leid, ich muss da eher an ein Heidegger-Institut denken. Ernst Nolte, der den Archipel Gulag für ursprünglicher hält als Auschwitz, schreibt über Heidegger: »Sofern er dem großen Lösungsversuch (gemeint ist der Kommunismus) Widerstand leistete, war Heidegger – wie zahllose andere – im historischen Recht ... er wurde vielleicht zum Faschisten, aber er geriet deshalb keineswegs von vornherein ins historische Unrecht.«

Mein Thema lautet: *Bloch in Leipzig – oder die Front zwischen Stalin und Heidegger*. Ich fürchte, hierzulande wird gegen Bloch und mit Heidegger Arendts Totalitarismustheorie ideologisch missbraucht. Wer nicht nur zwischen Hitlers und Stalins Diktatur, sondern zwi-

schen Hitlers Reich und DDR vergleicht, bagatellisiert den Faschismus. Wir erinnern dagegen an unsere zahlreichen vergessenen gemachten antifaschistischen Widerständler, ohne deshalb Stalins Opfer zu missachten. Unsere Freunde Heinz Zöger und Walter Janka saßen unter Hitler *und* Stalin in Bautzen ein. Der Diktaturvergleich darf die Ursachen nicht ausblenden. Sachsen stand als Land der Industrialisierung und Arbeiterbewegung an der Spitze Europas, was den erheblichen Widerstand gegen die Nazis plausibel macht. Im Pleißen- und Muldenland bildete sich schon im Sommer 1933 eine Widerstandsgruppe. Als sie aufflog, gab es über 150 Verhaftungen. Der aktivste war Alfred Eickworth, der 1943 in Griechenland desertierte und beim Schusswechsel mit Wehrmachtsoldaten tödlich verletzt wurde. In meinem Geburtsort setzte man ihm ein Denkmal und benannte eine Straße nach ihm. Zur Wende 1990 verschwanden Denkmal und Benennung. Diktaturvergleich? Das ist ein Vergleich DDR-BRD. Die Friedhöfe sind angefüllt mit ermordeten Widerständlern. Wie und was will das Dresdner Institut vergleichen, wird das zu Vergleichende ignoriert? Mit Hilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung legte die Historikerin Jutta Seidel die Schrift *Das große Dilemma – Leipziger Antifaschisten in der SS-Sturmbrigade Dirlewanger* sowie die Häftlingsbiographie *Paul Nette ... daß mir weiter nichts fehlt als die Freiheit* vor. Drei Bücher des Historikers Günter Hauthal über den Widerstand im sächsisch-thüringischen Grenzgebiet sind im Altenburger S. Sell Heimat-Verlag erschienen. Das sind private Beispiele. Ein Institut für Diktaturforschung sollte die Initiativen ermuntern und sammeln, wenn es zu fairen Resultaten gelangen will. Ein letztes Wort zu Heidegger, der, als es ab 1933 für Antifaschisten um Kopf und Kragen ging, in die NSDAP eintrat und noch 1949 erklärte: »Ackerbau ist jetzt motorisierte Ernährungsindustrie, im Wesen dasselbe wie die Fabrikation von Leichen in Gaskammern und Vernichtungslagern ...«.

Für einen Diktaturvergleich sind wir gerüstet, unsere Leipziger Lehrer waren Koryphäen ihrer Fächer und dazu noch im Exil, in Lagern und Zuchthäusern aufrechte, leidgeprüfte Antifaschisten. Um Namen zu nennen: Heinz Zöger, geboren in Leipzig, 1933 neun Monate in Bautzen, 1941 viereinhalb Jahre Zuchthaus Waldheim und Halle, 1957 zweieinhalb Jahre Haft. Nach der Entlassung stand er in Kasbach am Rhein bei uns vor der Tür und lebte eine Zeitlang in unserer Wohnung. Walter Janka, geboren in Chemnitz, 1933 eingesperrt in

Bautzen und im KZ Sachsenburg, 1957 zu fünf Jahren verurteilt. Leo Bauer, in Sachsen aufgewachsen, 1953 inhaftiert, 1942 bis 44 in Frankreich interniert, 1952 in Ostberlin vom sowjetischen Tribunal zum Tode verurteilt, zu 25 Jahren Gulag begnadigt. Werner Krauss, 1942 Todesurteil, ermäßigt zu fünf Jahren in Torgau, ab 1947 Professor in Leipzig. Walter Markov, 1936–45 Zuchthaus in Sieburg, von 1949 an Professur in Leipzig, 1951 Parteiausschluss wegen Titoismus. Für die Jüngeren nenne ich stellvertretend die Literaturwissenschaftler Ralf Schröder, 10 Jahre Zuchthaus, und Winfried Schröder, der mit drei Jahren davonkam.

Wir haben keinen Grund, uns im Diktaturvergleich von Einäugigen belehren zu lassen. Im Juni 44 hörte ich, daheim auf Fronturlaub, vom Schicksal des desertierten Alfred Eickworth, der von deutschen Soldaten getötet wurde. Ich hatte Glück und kriegte bei der Flucht zu den Sowjets nur ein paar Granatsplitter ins Bein. Das war die Alternative – entweder man ging zur Roten Armee und warnte mit dem Nationalkomitee Freies Deutschland vor der Fortsetzung des Krieges, oder die Rote Armee drang anschließend bis zu uns vor. Daraus musste man eben etwas machen. Nach Stalins Tod gab es viele, die das begriffen. Im März 1956, dem beginnenden Tauwetter, saß ich in Leipzig im Mendelssohn-Bartholdy-Haus und schrieb meine Eindrücke in ein paar leichten Versen nieder. In der Autobiographie *Durch die Erde ein Riß* von Erich Loest finde ich diese Zeilen: »Am 30. Januar 1957 versammelten sich Leipzigs Genossen des ›Kulturellen Sektors‹ in einem Nebensaal der Kongreßhalle; es waren einige hundert ... Zwerenz bekam volle Breitseiten ab. Wagner klaubte Zeilen des Gedichts ›Die Mutter der Freiheit heißt Revolution‹ aus dem Zusammenhang und wollte nachweisen, Zwerenz habe die Konterrevolution gemeint. Zwerenz las das ganze Gedicht vor.« Da diese Szene in Kürze ein halbes Jahrhundert zurückliegen wird, trage ich die Verse als Material zum Diktaturvergleich hier in Leipzig zum zweiten Mal vor:

## Die Mutter der Freiheit heißt Revolution

Die alte Erde hält den Atem an,  
heißer Brodem der Revolution  
erfüllt wieder die Räume.  
Die Menschen schreien nach Zeitung,  
Babys schauen erstaunt,  
Bettler schmecken Hoffnungsträume.

Mißratne brüten Rache,  
ein Vertrockneter weint Jauche,  
Aufgeblasne ärgern sich krumm,  
Leben – ruft die Menge  
und baut Brücken ins Diesseits.  
Die Epigonen schreien stumm.

Das Leben unter Käseglocken  
der Freiheit züchtet Maden,  
die im Abgeschlossenen wimmeln  
und lebendigen Leibes verschimmeln.

Wenn der Ofen nicht brennt  
putzt ihr sein Rohr aus  
oder baut die Esse.  
Aber ihr haltet nicht Messe.

Wenn Erden dürsten  
gießt ihr die Blumen.  
Aber verbrennt ihnen nicht  
das frischtrunkene Angesicht.

Wenn die Revolution versandet  
und die Freiheit versickert  
winkt ihr mit Palmen –  
seit wann singen Löwen Psalmen?

Leih deine Feder keinem,  
schreib dich allein,  
brenn deine Flamme ab  
bis auf einen Schrei:  
Im Namen der Revolution!  
Schiel nicht,  
schau grad aus;  
wo Horizonte sich wölben  
wär der Blick in die Nacht  
Lüge.

Red nicht, bilde,  
zag nicht, gehe.  
Wenn die Hand den Kompaß fühlt,  
hievt der Kopf Anker  
aus schlammigem Grund  
und die Wellen reiten dir Kraft zu;  
der Fels unterm Leuchtturm  
hebt wolkenhoch sich!  
Dich zieht dein Ziel  
und nichts kann mehr trügen.

Wenn die Möwe kreischend ums Segel fliegt,  
hör ich Warnung  
und fächer mir Wind ins Gesicht,  
daß die Frische bleibt  
und nicht müde schlaffen die Lider.  
Dumpe Stille täuscht  
und läßt schlafen,  
das Boot liegt still  
aber sinkend, weil Trägheit  
es anbohrt.

Die Revolution ist keine Mütze,  
in der sich sanft schlafen läßt,  
Bommeln baumelnd am Rücken.  
Ozeane sind keine Pfütze,  
Sand, leicht wassergenäßt,  
den Buben zum Entzücken.

Aber Buben gleich habt ihr geschlafen,  
lange, nur nicht so gesund.  
Die Revolution fuhr auf Grund,  
und das mitten im Hafen.

Ihr schliedet den Schlaf der Ungerechten.  
Erwacht, und laßt uns gemeinsam  
besser fechten!  
Die Mutter der Freiheit heißt Revolution.  
Die Freiheit ist Tochter,  
Partei ist der Sohn.

PS: Beim Zitieren des Gedichts am 25. März 2006 fiel auf, der Text ist seit der ersten Lesung ein Halbjahrhundert früher nicht veraltet. Die Obrigkeiten mögen wechseln, die Nöte bleiben. Das meinte Old Nietzsche wohl, wenn er von der ewigen Wiederkehr das Gleichen sprach. In der Moderne heißt das Strukturalismus.

JÖRN SCHÜTRUMPF

## 1956 oder: Die Reformfähigkeit des Stalinismus

Das Ritual, bei Marx-Konferenzen mit einem Marx-Zitat und bei Lenin-Konferenzen mit einem Lenin-Zitat zu beginnen, sich aber ansonsten um die Jubilare und vor allem um das, was sie wirklich wollten, wenig zu scheren, wurde im besonderen im real existierenden Sozialismus gepflegt, ist aber auch heute noch nicht ganz aus der Mode. Es handelt sich dabei um eine Art simulierte Pietät.

Wenn ich auf einer Rosa-Luxemburg-Konferenz mit Rosa Luxemburg beginne, mag es so aussehen, dass ich ebenso verfare; doch dem ist nicht so.

Erstens interessiert mich das, was Rosa Luxemburg wollte, von Tag zu Tag mehr, denn der Rückweg in eine autoritäre Linke, dieses Mal als ein unangenehm duftender Mix aus den verschiedenen sich links gerierenden Strömungen des 20. Jahrhunderts – unser Freund und Kollege Bernd Rump aus Dresden wusste darüber jüngst im »Neuen Deutschland« so klug zu schreiben<sup>1</sup> – holt Rosa Luxemburg und vor allem ihre Kritik an der Unfreiheit, jeweils nur sich selbst die Freiheit zu gewähren, ganz zwangsläufig zurück auf den Plan. Das niederträchtige Denunziantenwort vom Luxemburgismus, ohnehin noch nicht ganz verhallt, wird, wenn es so weitergeht, bald wieder Urständ feiern.

Zweitens aber war Rosa Luxemburg – und damit suche ich mein Vorgehen zu legitimieren, hier die große Ermordete zum Auftakt zu zitieren – die erste unter den Sozialisten, die auf die Gefahren einer Revolution hinwies, der die soziale Bodenhaftung abhanden kommt: »Nicht Rußlands Unreife, sondern die Unreife des deutschen Proletariats zur Erfüllung der historischen Aufgaben hat der Verlauf ... der russischen Revolution erwiesen ... Die Revolution Rußlands war in ihren Schicksalen völlig von den internationalen [Ereignissen] abhängig«, meinte sie 1918 – in ihrem nachgelassenen Manuskript »Zur rus-

1 »Neues Deutschland« vom 25. Februar 2006.

sischen Revolution«, auf das sich so viele berufen, oft ohne es auch nur ein einziges Mal vollständig gelesen zu haben.

Die in Breslau einsitzende Gefangene der deutschen Kriegsdiktatur verstand die 1917 ausgebrochene Revolution als Eröffnungsrevolution für einen sozialistischen Revolutionszyklus, als den Beginn einer Weltrevolution zur weltweiten Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, als den Beginn einer Weltrevolution, mit der der Übergang zu einer Produktionsweise eingeleitet werden sollte, die an den Bedürfnissen der Produzenten ausgerichtet ist. Ein mit sich alleingelasenes revolutionäres Russland hingegen ließ in Rosa Luxemburg die allerdunkelsten Ahnungen aufkommen: »... im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker ... Ja noch weiter: Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen usw. Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«<sup>2</sup>

Rosa Luxemburg ist postum für diese Kritik scharf attackiert worden – zuvorderst natürlich von denen, die die Zustände verwildern ließen, um sich die Macht zu erhalten. Begonnen hatte es spätestens 1921: mit dem Kronstädter Aufstand. Damals hatte sich die selbsternannte »Vorhut des Proletariats«, die Bolschewiki, von der »revolutionärsten Abteilung« der russischen Arbeiter, dem Kronstädter Proletariat – das die »Vorhut« bis dahin stets als die »treuesten Söhne der Revolution« gepriesen hatte –, getrennt und sie abgeschlachtet. Es war eine bonapartistische Phase gefolgt – offiziell ward sie »Neue Ökonomische Politik« geheißen –, in der den Feinden von gestern Zugeständnisse gemacht wurden: der ländlichen und der städtischen Bourgeoisie.

So hoffte man, die entgegen eigenem Willen und Tun als Eröffnungsrevolution verlorengegangene Revolution doch nicht verloren geben zu müssen und ausharren zu können: mit einem Tanz über den Klassen der sich formierenden modernen russischen Gesellschaft – der Arbeiterschaft hier, und den Abermillionen neuen Landbesitzern und schnell als NÖP-Gewinnlern denunzierten Neu-Bourgeois' da. Bis sich Europa doch noch zur Tat bequemen würde.

<sup>2</sup> Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 362.

Die sich so von ihrer sozialen Basis entwurzelnde Sowjetmacht lavierte eine Zeitlang erfolgreich zwischen und über den Klassen. 1927 hatte sich allerdings der Spielraum der Bonapartisten wider Willen erschöpft: Die sozialökonomischen Verhältnisse und mit ihnen die bürgerlichen Klassenkräfte hatten sich so stürmisch entfaltet, dass Russland alle Voraussetzungen aufwies, um zu einem kapitalistischen »Schwellenland« überzugehen.

Bis zu diesem Punkt war in der einsam gebliebenen Revolution alles »normal« verlaufen und zumindest den marxistisch gebildeten Zeitgenossen verständlich gewesen: Im Februar 1917 war die Revolution ausgebrochen; in geradezu klassischer Fraktionsabfolge war die Hegemonie immer weiter nach links gereicht worden, bis 1918 auch die linken Sozialrevolutionäre ausgeschaltet worden waren und die Bolschewiki allein dastanden – als Hegemon in einem Bürgerkrieg, in dem aber nicht ein sich aufreibendes Proletariat eine zerstörte Industrie verteidigte, sondern – wie 1792 ff. – eine zu Eigentum gekommene Bauernschaft sich gegen die blutig marodierenden Herren von gestern und gegen deren weißgardistische Henker wehrte.

Mit Kronstadt hatten die Bolschewiki ihren eigenen Achtzehnten Brumaire durchgeführt und waren sich selbst in der Hegemonie gefolgt. Aus Angst vor dem Bonaparte, den alle in Trotzki erkannt zu haben glaubten, stellten sie sich auch in der absteigenden Phase der Revolution an die Spitze – mit der »Neuen Ökonomischen Politik« – und wurden so selbst zu Bonapartisten. Denn Marx' Prophezeiung aus dem »Achtzehnten Brumaire« war ihnen wohl vertraut: »Proletarische Revolutionen ... unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche, scheinen ihren Gegner nur niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhafter ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen Hic Rhodus, hic salta!«<sup>3</sup>

3 Karl Marx: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke. Bd. 8. Berlin 1972. S. 118.

Und genauso war ihnen ihre eigene Schwäche und damit die Unmöglichkeit, die Revolution weiter in Richtung Sozialismus zu treiben, bewusst – verursacht durch die weitgehende Vernichtung ihrer ursprünglichen sozialen Basis im Bürgerkrieg, für die sie einmal angetreten waren. Ihnen war klar, dass ein offener Kampf der Kräfte – »unterbrechen sich fortwährend in ihrem eignen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche« – sofort zu ihrem eigenen Untergang führen musste. Paul Levi hat als erster darauf hingewiesen, dass die Bolschewiki ihre Herrschaft erhielten, indem sie deren sozialen Charakter veränderten.<sup>4</sup> Das gelang den Bolschewiki, weil sie die Fraktionsabfolge unterbrachen – um den Preis, dass sie die Aufgaben ihrer verhinderten Nachfolger lösten.

Dieses Dilemma war zumindest den führenden Bolschewiki wohl bewusst. Denn im Unterschied zu ihren Nachfolgern, die auf den zerfolterten Gebeinen der Revolutionsführer von 1917 – also auf ihren Gebeinen – ihre Macht etablieren sollten, propagierten sie Sozialismus nicht nur als Kultur- und Bildungsbewegung, sondern waren auch selbst hochgebildet und wussten, was mit ihnen und mit ihrer Revolution geschah. Sie sahen es, und konnten es doch nicht ändern.

Die Alternative lautete nicht: Sozialismus oder Kapitalismus? Die Alternative lautete: Entfesselung eines Kapitalismus oder Entfesselung des Staates; unter den Bedingungen Russlands hieß das gleichwohl, wie sich bald herausstellte: Kapitalismus oder Barbarei? Das war ihr Dilemma.

Die KP Chinas versucht seit den achtziger Jahren, den Rodeohengst Kapitalismus zu reiten, ohne abgeworfen zu werden; um das zu verhindern, hat sie bisher vor keiner »Anpassung« zurückgescheut. Dieser Weg war den russischen Revolutionären der zwanziger Jahre – auch wenn Bucharins Überlegungen in diese Richtung wiesen – verbaut. Ihre Revolution hatte das Maximum dessen, was leistbar war, geleistet. Sie hatte gründlich mit dem alten halbbarbarischen Russland aufgeräumt – mit Methoden, die die Härte der Auseinanderset-

4 Paul Levi: Einleitung zu »Die Russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg« [1922]. Zuletzt veröffentlicht in: Annelies Laschitzka (Hrsg.): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Berlin 1990. S. 177ff.

zung diktiert hatte, mit Methoden, gegen die die Jakobinerdiktatur ein Volksfest gewesen war. Aber: Ausgerechnet ihre Revolution hatte einen Kapitalismus entfesselt, den sie eigentlich im Zuge einer Weltrevolution hatten abschaffen wollen.

Als sich 1927/28 der Generalsekretär der KPdSU zum – scheinbar – unumschränkten Diktator durchsetzte, schien es allerdings, als seien die Gesetze der Revolutionsgeschichte außer Kraft gesetzt: Der Revolution von 1917 folgte eine selbst erklärte »zweite Revolution«, die Revolution der Stalinschen Garde.

Die Wirklichkeit war profaner, wurde aber selbst von vielen Anhängern der Revolution von 1917 aus zweifellos ehrenwerten Motiven verdrängt: Statt der kapitalistischen Produktionsweise und einer vielleicht bürgerlichen Gesellschaft mit einem entsprechenden Rechtsstaat – Gerhard Zwerenz hat jüngst völlig zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass die Diktatur, wie sie China und Russland heute erleben, möglicherweise die viel adäquateren Form und – aus dem Gesichtswinkel der Profitheekerei – viel »effizientere« Form dieser kapitalistischen Produktionsweise ist ...

Statt also der kapitalistischen Produktionsweise wurde 1927/28 der Staat entfesselt. Unter der Losung »Sozialismus in einem Land« wurde ein linksradikales Regime etabliert, das mit Terror eine egalitäre und zu jeder Form von Widerstand unfähige Gesellschaft systematisch herbeimorden ließ: erst die Versklavung und notfalls Ermordung der NÖP-Gewinnler und der freien Bauernschaft (in der Ukraine waren es gleich Millionen, die man aushungerte), dann die endgültige Unterwerfung der sogenannten herrschenden Klasse, also der – zumeist ohnehin unter schwierigsten Bedingungen lebenden – Arbeiterschaft; man lese Max Hoelz' Tagebücher aus seiner Reise ohne Wiederkehr in die russische Arbeiterschaft zu Anfang der dreißiger Jahre, ein in jeder Hinsicht erschütterndes Dokument, das wir jetzt endlich – im vergangenen Jahr – bei Dietz herausgegeben haben.<sup>5</sup> Dann kam die Garde der Revolution an die Reihe und schließlich jeder, der Individualität nicht zu verbergen vermochte, inklusive der Frau Molotows, die Frau eines der schlimmsten Massenmörder.

5 Max Hoelz: »Ich grüße und küsse Dich – Rot Front!«. Tagebücher und Briefe. Moskau 1929 bis 1933, herausgegeben von Ulla Plener (Rosa-Luxemburg-Stiftung: Texte 20). Berlin 2005. Bes. S. 262ff.

Alle sozialen Beziehungen, soweit sie sich auf Vertrauen gründen, wurden absichtsvoll zerstört. Es entstand eine Gesellschaft der Gleichheit, allerdings einer Gleichheit in Unfreiheit, einer Gleichheit in der Angst, einer Gleichheit in der Bindungslosigkeit – letztlich eine Nichtgesellschaft, der alle Insignien einer Zivilgesellschaft fehlten, allen voran die – der Patronin der heutigen Konferenz, Rosa Luxemburg, so wichtigen – politischen Freiheiten, geschützt durch einen Rechtsstaat. Hier herrschte der Maßnahmestaat – in seiner totalen Entfesselung. Die Nachwachsenden, vom bisherigen Leben »unbeschmutzt«, sollten die »neuen Menschen« stellen. Um die »Alten« war es nicht schade.

Die Funktionsweise der modernen Gesellschaft, ihre Gesetze, versuchte die Stalinsche Führung zu überlisten – indem sie sie außer Kraft zu setzen schien und ein neues Gesetz setzte. Die Revolution hatte ihr Flussbett verlassen, das Wasser sollte künftig bergauf fließen. Es war letztlich der Versuch, Gott zu spielen.

Der »Sozialismus in einem Land« funktionierte nur als »Sozialismus der Galgen«, um ein Wort von Albert Camus aufzunehmen. Die Abschaffung aller Klassenmerkmale durch die Beseitigung ihrer Träger – sei es per Lager, sei es per Exekution – wurde zur Grundbedingung von Herrschaft. Es fand nicht die Emanzipation vom Klassendasein und von Klassenherrschaft statt – wie sie einem Karl Marx, einer Rosa Luxemburg und auch einem Lenin vorgeschwebt hatte –, hier wurde Gesellschaft ersetzt durch ein Oben und Unten, vielleicht besser sogar, durch ein Drinnen und Draußen, zwischen dem der einzelne willkürlich hin- und hergeworfen werden konnte: heute Wärter, morgen Sklave; heute Sklave, morgen General; gestern Chef der Politischen Polizei, morgen Folteropfer. Die Rollen war austauschbar und wurden getauscht.

Klassenlosigkeit nicht als Resultat großer Klassenauseinandersetzungen, sondern als Resultat des Wirkens eines allgegenwärtigen Polizeistaates, der – als »Hauptinstrument der herrschenden Klasse« (gemeint ist nicht die stets vorgeschobene »Arbeiterklasse«, gemeint ist die »neue Klasse«, die als erster Djilas beschrieb<sup>6</sup>) ... Klassenlosigkeit als Resultat des Wirkens eines allgegenwärtigen Staates, der als Hauptinstrument der herrschenden Klasse den Sozialismus »schuf«. Dieser

6 Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1957.

Sozialismus musste »geschaffen« werden, weil er sich unter den obwaltenden Bedingungen nicht entwickeln konnte.

Entwickeln konnte sich nur der Kapitalismus; aber eben das war zu verhindern – durch die Schaffung einer Staatswirtschaft und die Verhinderung jeder Zivilgesellschaft mit wenigstens den Rechten, die einst die Revolutionen des 18. Jahrhunderts erstritten hatten. Der Staat schuf sich eine Basis; nicht die Basis einen Staat. Der Staat als Gott.

Wie konnte sich ein solches System reformieren, wie im Titel dieses Beitrages behauptet wird – und vor allem – wieweit konnte es sich reformieren?

Viele meiner Freunde und auch ich selbst lebten in den achtziger Jahren eine Zeit lang in dem Glauben, dass der real existierende Sozialismus doch noch an Zukunft gewinnen könne, dass neben die soziale Freiheit, die es in der DDR wirklich gab, die politische Freiheit treten und sich beide miteinander produktiv und menschenfreundlich verbinden könnten. Kein Sozialismus mit menschlichem Antlitz war unser Ziel, sondern ein Sozialismus mit menschlichem Wesen; das menschliche Antlitz hätte sich von allein ergeben.

Was wir nicht begriffen, ja, um überhaupt handeln zu können, nicht begreifen wollten und konnten, war, dass die Reformpotentiale längst aufgebraucht worden waren. Chruschtschow, Gomulka, Kadar, Ulbricht – auch der sich ständig selbst nachfolgende Ulbricht, während in allen anderen Staaten für die jeweils neuen Rollen jeweils neues Personal bemüht werden musste – haben, als der »Bruder Nummer eins« den Weg alles Irdischen endlich gegangen war, nicht gezögert, den »Sozialismus der Galgen« zu reformieren.

Das ist der große Unterschied zum Nationalsozialismus, der unter dem Aspekt des Terrors am ehesten mit dem Stalinismus zu vergleichen (nicht gleichzusetzen!) ist. Der Nationalsozialismus war aus der Konterrevolution des Faschismus erwachsen – so wie einst der Stalinismus aus dem Versuch geboren worden war, die durch die Revolution errungene Machtposition auf Dauer zu stellen. Versuchten Stalin und seine Umgebung – Rosa Luxemburg hätte von Clique geredet – mit Gewalt eine klassenlose Gesellschaft herbeizuzwingen, die als Karikatur der einst von der Linken erträumten klassenlosen Gesellschaft zu bezeichnen eine Verhöhnung der Opfer darstellen würde, versuchten die Nationalsozialisten, ein nach sogenannten Rassenmerkmalen organisiertes Europa herbeizumorden und herbeizuzüchten.

Auschwitz und Lebensborn waren zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Der rassistische Nationalsozialismus, ein Kind der in die Krise geratenen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, konnte nicht reformiert werden – er musste vernichtet werden, von außen vernichtet werden. Alle endogenen Kräfte waren erlahmt. Selbst in der Stunde der Niederlage blieb der Aufstand aus; das war einer der größten Siege des Nationalsozialismus.

So krude und widersprüchlich der Nationalsozialismus ansonsten auch sein mochte, in seiner Barbarei war er völlig konsistent – und das machte ihn unreformierbar. Während, anders als das nationalsozialistische Regime, schlichte faschistische Regime – in ihrer Wirklichkeit oft nicht weniger widerwärtig – sich durchweg, wie wir in den vergangenen Jahrzehnten erlebt haben, als reformfähig erwiesen; man schaue nach Südeuropa, man schaue nach Lateinamerika. Die Protagonisten dieser Regime wollten allerdings auch keine Neuordnung nach sogenannten rassistischen Merkmalen, sie wollten nur die Revolution verhindern, mindestens die Linke unterjochen.

Der Stalinismus war das Kind einer alleingeblichen Eröffnungsrevolution für einen vermeintlichen sozialistischen Revolutionszyklus. Seine offiziellen ideologischen Grundlagen waren nicht rassistisch, auch wenn Stalin am Ende seines Lebens noch seinem Antisemitismus nachgegeben und eine antisemitische Welle losgetreten hatte.

Auch wenn jeder, der im Stalinismus die Freiheit des einzelnen als die Bedingung für die Freiheit aller (so Marx im Manifest) anmahnte, sofort als »Konterrevolutionär« »entlarvt« wurde, blieben die postulierten ideologischen Grundlagen weitgehend emanzipatorisch. Dieser Widerspruch erzeugte das Reformpotential, Sozialismus nicht weiter als »Sozialismus der Galgen« zu praktizieren, sondern zu einer autoritären Diktatur überzugehen, die zwar auch nicht auf Gewalt und Unterdrückung Andersdenkender verzichtete, wohl aber auf systematische Gewalt. Und, nicht minder wichtig, die die – bis dahin zumeist nur versprochenen – sozialen Freiheiten schrittweise von oben einführte und konstitutiv in das System einbaute, das später real existierender Sozialismus genannt worden ist. Dieser Sozialismus hinkte nicht mehr wie der Stalinismus auf einem Bein, auf dem der politischen Polizei, einher; er hinkte auf zwei, allerdings sehr unglei-

chen Beinen, dem des Sozialstaates und dem der politischen Polizei – was ihn noch eine Zeitlang vorm Umfallen bewahrte.

Die alleingebliedene Revolution von 1917, auch als sie sich nach 1945 zu einem »Weltsystem« erweiterte, konnte nur einen neuen, einen günstigeren Kampfboden schaffen für die Vernichtung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist – diese Verhältnisse selbst abschaffen konnte sie nicht. Das wird wohl auch nie die Funktion von Revolutionen sein. Revolutionen können neue Wege freisprengen. Ob und wie sie begangen werden, entscheidet sich in großen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Kräften der Gesellschaft

Mit dem Stalinismus wurde versucht, diesen neuen Wegen auszuweichen – zu einem fürchterlich hohen Preis. Chruschtschows welt-historisches Verdienst ist es, die russische Revolution zurück in ihr Flussbett geleitet zu haben.

Natürlich war Chruschtschow ein integraler Bestandteil der Herrschaft einer Clique von Massenmördern gewesen. Doch er ging den Weg vom Saulus zum Paulus. In sich nicht radikal genug gebärdenden Kreisen gilt er als Verräter – was er ohne Zweifel war: ein Verräter am Totalitarismus. Wer das einen Makel nennt, braucht über sich selbst nichts weiter auszusagen.

Mit dem Übergang zu einer autoritären Diktatur begann ein halbwegs geordneter Rückzug – denn alle Gegner waren niedergeworfen worden, und trotzdem war nichts gewonnen, außer einer Weltmacht – die aber nicht das Ziel gewesen war.

Dass der Weg von einer autoritären Diktatur nicht zu einem Sozialismus mit menschlichem Wesen weiterging, hatte wenig mit dem autoritären, jähzornigen und zum Größenwahn neigenden Chruschtschow zu tun. Die Abschaffung aller politischer Freiheiten schon zu Beginn der russischen Revolution hatte Strukturen hervorgebracht, die nur funktionieren konnten, wenn die politischen Freiheiten abgeschafft blieben. Die politische Unfreiheit war dem real existierenden Sozialismus strukturell tief eingeschrieben. Jeder Versuch, sie zu beseitigen, musste nicht nur die Strukturen, sondern das ganze System wegfegen. Mitunter wird in diesem Zusammenhang von »strukturellen Defiziten« gesprochen – ein Euphemismus, wie mir scheint. Diese Strukturen waren einfach nur defizitär, sondern ein konstituierender Bestandteil, ohne den nichts ging.

Die langen Jahre zwischen 1953 und 1989/91 vollendeten die absteigende Phase der Revolution von 1917, in der sich die Erben der weitgehend ermordeten Bolschewiki auf ihre neue Rolle in einem entfesselten russischen Kapitalismus vorbereiteten. Und wieder folgten sie sich selbst nach. Gorbatschow – der viel politischen und unpolitischen Unsinn getrieben hat und deshalb Verantwortung für die Gestalt des russischen Kapitalismus von heute trägt – jedoch für den russischen Kapitalismus an sich verantwortlich zu machen, hieße, diesem Mann etwas anzudichten, was selbst weniger schlichte Geister unmöglich vermocht hätten.

Im Osten Deutschlands ist uns durch den Anschluss wenigstens die »Transformation« der Politbürokraten in alles beherrschende Manchesterkapitalisten erspart geblieben, auch wenn sich viele beeilten, dem neuen System in alle Öffnungen zu kriechen. Andere trauern angesichts des entfesselten Neoliberalismus mehr denn je dem Sozialstaat DDR hinterher, und mühen sich, den Preis, die Unterdrückung der politischen Freiheit, vergessen zu machen. Und dann sind da noch einige Unbelehrbare, die immer noch von einer Gesellschaft träumen, in der soziale und politische Freiheiten einander bedingen – doch diese Spezies, von Politikern gern als Ideologen denunziert, scheint auszusterben.

Fazit: Nikita Chruschtschow reformierte, was in seiner Macht stand. Das bleibt sein Verdienst, auch wenn er im persönlichen Umgang ein ganz ungehobelter Mensch gewesen sei soll – während Stalin ganz nett sein konnte.

INGRID ZWERENZ

## Blochs letzte Vorlesung in Leipzig

Antizipation ist einer der Schlüsselbegriffe des Philosophen. Nicht antizipiert hatte der DDR-Nationalpreisträger von 1955, welche Folgen sein öffentlicher Auftritt im Hörsaal 40 am 17. Dezember 1956 an der Karl-Marx-Universität nach sich ziehen würde, fortan durfte Bloch die Uni und sein Institut für Philosophie nicht mehr betreten. An diesem Tag redete er sich in ein fünf Jahre währendes unfreiwilliges Leipziger Schweigen. Der Professor las über Neuthomismus und Existentialismus, ein weiträumiges Thema. Ausgewählt habe ich die Passagen über Heidegger und Sartre, wobei vorauszuschicken ist, dass der Franzose Ernst Bloch nie zur Kenntnis nahm, was mich auch heute noch etwas verblüfft, wenn nicht irritiert. Der französische Existentialist schöpfte sonst gern aus dem deutschen Ideen-Fundus und ließ sich von Hegel und Husserl inspirieren. Den dritten Mann – Heidegger rücke ich zunächst etwas beiseite, eine allzu enge Nachbarschaft ist eine Zumutung für Hegel und Husserl.

Meine Nachschriften beginnen mit einem akademischen Seitenhieb Richtung Paris, Bloch sagte: »Sartre – geboren 1905 – bedeutender Dramatiker.« *Touchez* – an vorderster Stelle wird der Bühnenautor genannt, nicht der Philosoph. Solche kleinen Nadelstiche waren jedoch peripher, verglichen mit dem, was der französische Autor in den eisigsten Perioden des Kalten Krieges aus der Sowjetunion zu hören bekam, von dort wurde er wechselweise definiert als »Menschenfeind, Totengräber, Sänger der Gosse, gekauftes Subjekt, Füllfederhyäne ...«, das hinderte ihn zum Glück nicht daran, beim zartesten Tauwetter-Hauch das Land zu besuchen, in dem man ihm dann einen triumphalen Empfang bereitete. Zurück zu Bloch über Sartre: Da geht es weiter mit dessen Hauptwerk »Das Sein und das Nichts. *L'etre et le néant*. Was bei Heidegger die Angst, ist bei Sartre Nausea – *La nausée* – der Ekel.« Sartres Ausgangsposition wird von Bloch prägnant auf den Punkt gebracht: »Es ist zum Kotzen. Im Ekel aber ist Kraft. Ihn zu überwinden, bedarf es der *Résistance*. Vorhanden ist die Freiheit zu wählen. Faschismus ist die Unfreiheit schlechthin. Dagegen: Ich kann

das Wählen wählen, mein Wollen wollen. Was hindert, wird in Seiendes aufgespalten, ins An sich Seiende. Für kleine Individuen bringt das ein wenig Licht in die Finsternis. Gesucht wird das Ethische. Was wir treiben, hat jedoch keinen Anschluß an die Welt. Unsere Freiheit der Wahl bedeutet: Wir können alles wollen und können doch nichts erreichen. Eine Wahl, die inhaltliche Moral besitzt, ging gegen den Faschismus.«

Aufgeschrieben habe ich eine Kurz-Fassung, Blochs Sätze waren epischer und ausführlicher, doch wer kann schon mit einer rhetorischen Lokomotive Schritt halten, für dieses Tempo hätte es eines Gerichtsstenographen bedurft, das sind die schnellsten. Aufbewahrt über ein halbes Jahrhundert ist die Essenz seiner Ausführungen, was Blochs Stakkato durch die verknappte Nachschrift noch komprimiert und nicht leichter verständlich macht.

Zurück zur Vorlesung: »Der (Faschismus) wird am Ende gleichgesetzt mit dem Bolschewismus, d. h. die Feinde werden verwechselt, siehe Die schmutzigen Hände. Sartre sucht den bekannten 3. Weg. Seit Amerika faschistische Züge zeigt, wieder Änderung seiner Position. Für den soziologisch nicht sehr geschulten Kopf sind diese Wechsel verwirrend. Also ist Sartre ein naiver Politiker, das Ganze umrahmt vom Nihilismus, der Welt selber sind Schweinehund und Edler völlig gleichgültig. Der Anschluß an den dialektischen Materialismus ist von daher sehr weit.«

Sartres berühmtestes Drama um einen politischen Mord, *Les mains sales*, steckte der Partei quer im Hals, in der Abwertung des Stücks zeigt sich der deutsche Philosoph auf Linie, ebenso im knappen Satz über den vom Franzosen gesuchten »bekannten 3. Weg« zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Für *Die schmutzigen Hände* gab es, was Bloch wahrscheinlich nicht wusste, ganz konkrete Hintergründe. Simone de Beauvoir hatte in Paris einen Sekretär Leo Trotzki kennengelernt, der ihr Details aus den letzten Jahren des 1940 auf Stalins Befehl im mexikanischen Exil getöteten russischen Revolutionärs erzählte. Ihr Bericht inspirierte Sartre zu seinem auch heute noch häufig aufgeführten Drama, das partiell an den realen Fall Trotzki erinnert. Sartres Analyse des individuellen Terrors, eines parteistrategisch begründeten Mordes aber traf exakt zu, der Vorwurf »naiver Politiker« schlägt hier auf Bloch selbst zurück.

Begegnen können hätten sich beide Denker in einer anderen Frage. Hier wagte der Professor ganz neue Töne. Wir fühlten uns animiert und beschleunigt nach Chruschtschows fulminanter Stalin-Kritik auf dem 20. Parteitag, doch witterte man bereits die retardierenden Instanzen. Sie führten schon lange ein Sündenregister über Blochs Ideologieverstöße, allen voran Rugaro Otto Gropp, der seit Jahren am Lehrstuhl des ungeliebten, beneideten, berühmten Kollegen sägte. So erlebten wir zugleich begierig und besorgt, wie unser Ikarus auf dem Katheder sich die Flügel verbrannte. Zwar war *Die Sonne*, die uns täuschte, bereits 1953 verstorben, aber es fehlte nicht an kleineren Sonnen, denen sich zu nähern man besser nicht riskierte.

Bloch redete an diesem Dezembertag im Jahre 1956 Klartext, Überschrift: »*Probleme der Fortentwicklung des Marxismus nach Marx.*« Das wurde sein Schwanengesang an der Pleiße. Für die Partei galt der historische und dialektische Materialismus als unveränderbar und abgeschlossen. Der »parteilose Bolschewik« riskierte in der Aufbruchstimmung nach dem 20. Parteitag der KPdSU neue Aspekte, wobei er sich mit dem Lenin-Wort vom »Träumen nach vorwärts« wappnete und dem Hinweis, dass Lenins philosophischer Nachlass voller »nahrhafter Notizen« stecke. Der SU-Staatsgründer hatte mehrmals angemerkt, »die Grenzen zeitlicher und regionaler Art bei Marx müßten beachtet werden, gesellschaftliche Schranken seien ins Kalkül zu ziehen, das mache den echten Marxisten« aus. Diese Sätze waren provozierend, die Partei hielt sich mit ihrer fertigen ML-Wissenschaft für perfekt und im Besitz absoluter Wahrheiten. Der aufmüpfige Professor stichelte weiter: »Auch das Beste kann durch ständige Wiederholung abgedroschen werden, kurzum: Der Marxismus ist per definitionem Erneuerung, dazu gehört Mut, revolutionärer Elan, keine Routine, sondern materialistisch begriffene Hoffnung.« Und noch eins drauf: »Die Märtyrer des Marxismus sind nicht für ein durchorganisiertes Produktionsbudget gestorben.« Das sagte der Philosoph in einem Staat, der das höchste Ziel in der Erfüllung diverser Zwei- und Fünfjahrespläne sah und es doch nicht schaffte, weil er die Ökonomie verabsolutierte und das Individuum, den »subjektiven Faktor« in der Gesellschaft, vernachlässigte. Von einem ständig erneuerungsbedürftigen Marxismus zu sprechen war 1956 in der DDR ein Wagnis. Sartre äußerte sich ähnlich, wenn er den »faulen Marxismus« in der KPF beklagte, einer Lehre also, deren Vertreter im Gewesenen verharreten

und nicht weiterdenken wollten. Damit machte er sich bei den französischen Kommunisten, mit denen er immer mal wieder zusammenarbeitete, nicht eben beliebt, doch waren die Konsequenzen in Paris nicht so verheerend wie in Leipzig. Einen Lehrstuhl konnte Sartre nicht verlieren, weil er keinen innehatte.

Diametral entgegengesetzt ist das Urteil des deutschen und des französischen Philosophen über einen dritten – Martin Heidegger, zu dem Sartre sich auch noch bekannte, als nach 1945 dessen fatale Nähe zum Nazismus publik wurde. Dies entwerte nicht, sagte Sartre, Heideggers frühere Schriften. Ganz anders bei Bloch: »Hauptnichtdenker Heidegger – den Nazis bis zum bitteren Ende treu. Er hat Ahnen gesucht: Kierkegaard, Sokrates, Augustin. Scheinhaf anthropologischer Charakter des Existentialismus. Zwischen diesen Ahnen liegen gesellschaftliche Abgründe. Introvertierte Irratio soll geschaffen werden. Kommt von Husserl her, Umschlag von Wesenheiten zur Befindlichkeit, in der ich bin. *Erlebnisserei* bei verdunkelter Außenwelt. Worte werden zu Tode gehetzt, etymologisch falsch, berüchtigte Heidegger-Sprache. Raunende Weisheit. Je tiefer, um so weniger verstanden, es muß gefühlt werden – Philosophieren zum Hysterischen hin. Das Buch *Sein und Zeit* macht aus Hölderlin einen orphischen Unfug. Es gibt eine Aufsatzsammlung von Heidegger, die mit Recht *Holzwege – Feldwege* heißt, darin steckt viel kleinbürgerlich Entlarvendes, es ist ein Rennsteig höherer Ordnung. Gegenstand der Philosophie ist laut Heidegger, daß sie keinen hat. Mit Recht fragt er: Warum ist etwas, warum ist nicht nichts? Seine Antwort bezieht sich nicht auf Seiendes, sondern auf Sinn, der muß herausgefunden werden. Das Sein wird erschlossen durch unsere Grundbefindlichkeit Angst – dann folgt die Sorge. Zu alldem gibt es keinerlei Ursachenforschung bei Heidegger. Transzendentes Denken wird von ihm auf psychoanalytische tiefere Schichten übertragen. Angst ist das wichtigste Element und auch heute noch der Hauptaffekt des westdeutschen Bürgertums. Im Dritten Reich entsprach diese Mentalität einer vorlaufenden Entschlossenheit in den Tod, die sich mit der Ideologie des Faschismus und dem deutschen Todesrausch verband. Heidegger hat das bedenkliche Verdienst, auf das Nichts hingewiesen zu haben, er tummelt sich im Nichts – am Ende bleibt nur Nihilismus.«

Diese Hypertrophierung von Angst, die zudem nur konstatiert und etabliert, jedoch nie in ihren gesellschaftlichen Ursachen analysiert

wird, ging dem Hoffnungsdenker Bloch entsetzlich auf den Geist, sozusagen auf den Geist der Utopie, er bezeichnete den derart pessimistisch philosophierenden Kollegen gern als »Professor für Angst und Sorge.«

Blochs vorhin zitierte Definition »Hauptnichtdenker Heidegger« ist rigoros, liest man jedoch nach, was der getreue NSDAP-Gefolgsmann Martin H. – Mitgliedsnummer 3125894 – äußerte, ist sie berechtigt. So »schätzte Heidegger im Jahr 1931 an Hitler besonders hoch dessen Bereitschaft zum Handeln«, und bei seiner Rektoratsantrittsrede 1933 formulierte er: »Hitler ist mehr als die Idee, denn er ist wirklich.« Da kann man doch zugunsten des vielgerühmten Weltweisen nur annehmen, daß er all das nicht gedacht, sondern gefühlt hat.

Sartre brauchte lange, um sich aus dem Bann des überaus bewunderten Philosophen zu lösen. Die beste Therapie gegen diese Manie lieferte Heidegger selbst, als Sartre ihn Anfang der fünfziger Jahre in seinem Adlerhorst aufsuchte. Die ganze Zeit hindurch jammerte der Deutsche wegen eines satirischen Textes, den der französische Philosoph und christliche Existentialist Gabriel Marcel über ihn verfaßt hatte. »Da von nichts anderem die Rede war«, berichtet Simone de Beauvoir in ihrem Buch *Der Lauf der Dinge*, »ging Sartre nach einer halben Stunde weg.« Später erzählte er der Lebensgefährtin, »daß Heidegger dem Mystizismus verfallt ...« und fügte hinzu: »Dabei plagen sich vierzigtausend Studenten und Professoren den ganzen lieben langen Tag mit Heidegger ab, stellen Sie sich das vor!«

Wie ich den Betrieb kenne, werden das wohl inzwischen 400.000 Akademiker geworden sein.

KARL-HEINZ GRÄFE

## Die Krise des Stalinismus in Osteuropa und Chancen linkssozialistischer Entwicklung 1956

### I. Krisenlösung als Alternativen zum Staatssozialismus?

Die Vorgänge vor 50 Jahren in Osteuropa können klären, mit welchem geschichtlichen Erbe die Linke verquickt ist und woran sie sich historisch orientiert. Der XX. Parteitag der KPdSU und die Ereignisse in Polen und Ungarn 1956 stehen in Bezug zu den ersten erdbebenartigen geistigen und politischen Erschütterungen nach dem Tod des allmächtigen Diktators Josef Stalin – den Streik- und Aufstandsbewegungen im sowjetischen GULAG<sup>1</sup>, dem 17. Juni 1953 in der DDR, den Massenaktionen der Tschechoslowakei vom 1. bis 4. Juni 1953 und den ersten Umbrüchen in Ungarn seit Juli 1953.<sup>2</sup> Das sowjetische Herrschaftstrio Malenkow-Berija-Chruschtschow begann 1953 einen Kurswechsel ohne jede öffentliche Distanz zum damals allgegenwärtigen Mythos Stalin; lediglich der Ende Juni 1953 gestürzte Berija wurde zum Sündenbock aller bekannt gewordenen Verbrechen des Stalinismus. *Der Neue Kurs seit März 1953 brachte zwar keinen grundlegenden Umbau des staatssozialistischen Systems sowjetischen Typs; er befreite es aber von inhumanen und selbstzerstörerischen Elementen* – vom Massenterror gegenüber der Dienstelite und der Bevölkerung, von

1 Nach den Aufständen 1953 in den Lagern in Norilsk am nördlichen Jenissei (50 000 Häftlinge, 200 Tote), in den Bergbauschächten um Workuta/Nordural (50 000 Häftlinge, 500 Tote), setzten sich die Unruhen 1954 in den kasachischen Lagerkomplexen Kengir (10 000 Häftlinge, 700 Tote) und Dsjeskasgan (8 000 Häftlinge, 500 Tote) fort. 1955 kam es erneut in Norilsk und in SOLIKAMLag (Nordural) und im April 1956 in drei Lagern am Jenissei zu Streik und Erhebungen der Häftlinge. Siehe Ralf Stettner: »Archipel GULag«: Stalins Zwangslager. Paderborn / München / Wien / Zürich 1996. S. 350ff.

2 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Die Krise des sowjetischen Imperiums und der Neue Kurs in Osteuropa. In: Menetekel 17. Juni 1953. Reader der Konferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953. Leipzig 2003.

dem auf Schwer- und Rüstungsindustrie ausgerichteten, kriegskommunistischen Wirtschaftssystem. Die historisch und systembedingten niedrigen Lebensverhältnisse verbesserten sich. Der neue außenpolitische Kurs half, den Kalten Krieg beider Weltsysteme, der seit 1950 in Südostasien bereits in den heißen Koreakrieg (1950–1953) umgeschlagen war, einzudämmen. *Das totalitäre sowjetische Regime wandelte sich in ein autoritäres.* Mit der Übernahme des Neuen Kurses erreichten auch die Partei- und Staatsführungen der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarns wirtschaftliche Stabilisierung und politische Entspannung. *Das alles waren Schritte in Richtung Humanisierung und Emanzipation.*

*Es besteht eine Kontinuität zwischen dem Neuen Kurs 1953 und dem zweiten Reformschub, der mit dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 in Gang kam.* Nur in zwei Länder Ländern entlud sich drei Jahre später die Krise des Staatssozialismus: in Ungarn kulminierte sie in einem antistalinistischen und nationalen Volksaufstand, im territorial größten und bevölkerungsreichsten osteuropäischen Land außerhalb der Sowjetunion Polen, im Juni in den Poznaner Arbeiterunruhen und in den friedlichen Massenbewegung, dem sog. Frühling im Oktober. In der DDR<sup>5</sup> und der Tschechoslowakei gab vorwiegend nur Debatten in den Kreisen der Intellektuellen. Die zweite Welle der Entstalinisierung war eine *erneute Suche nach Alternativen zum Staatssozialismus sowjetischen Typs, die sich von den Versuchen der Krisenlösung bei Beibehaltung der Systemstruktur unterscheiden.* Die sog. Geheimrede am 25. Februar 1956 brachte Bewegungen in diese Entwicklung – war doch Chruschtschow der Führer der einflussreichsten kommunistischen Partei der Welt, der den Mythos Stalin zum

5 Mary Fulbrook vermerkt, »dass man in der DDR die Lektion aus dem geseheiteren Aufstand 1953 gründlich gelernt« hätte. Deshalb wären »die Auswirkungen von 1956 in der DDR weniger wichtiger als spätere und weitreichendere Veränderungen« gewesen. Die Jahre 1955 und 1972 seien wichtigere Wendepunkte gewesen. »Ebenso die Auswirkung des Mauerbaus auf die Möglichkeiten, mit Gesellschaftsreformen zu experimentieren, sowie die Entwicklung einer modernen Industriegesellschaft, die für Strukturen einer globalen Kultur offen waren.« Mary Fulbrook: »Entstalinisierung« in der DDR. Die Bedeutung(slosigkeit) des Jahres 1956. In: Deutschlandarchiv. Bielefeld (2006)1. S. 35ff. Siehe Siegfried Prokop: 1956 – die DDR am Scheideweg. Opposition und neue Konzepte der Intelligenz. Berlin 2006.

Einsturz brachte. Es kann aber nicht behauptet werden, dass die von Stalins Nachfolgern mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitete Entstalinisierung »nun öffentlich als politisches Programm verkündet wurde« oder allein dadurch »eine Alternative für die Entwicklung des Sozialismus sichtbar« wurde.<sup>4</sup> Was der sowjetische Parteichef in einer geschlossenen Sitzung den 1450 Delegierten darlegte, was die Führer der KP Frankreichs und Italiens, Staatsmänner der elf sozialistischen Ländern in einem Vortragsexemplar dosiert auswerten durften, waren *Enthüllungen über Stalins Massenverbrechen an nur einem Teil der bolschewistischen Kader und an einigen nationalen Gruppen. Das war weit entfernt von einer Verabschiedung vom Stalinismus als Ideologie, Bewegung und Gesellschaftssystem* und Suche nach einem demokratischen Sozialismus. Die Beschlüsse dieses Parteitages sind also nicht das politische Alternativprogramm zum autoritären Staatssozialismus sowjetischen Typs.

Im Wesen des marxischen Gesellschaftsprojekts ist nicht nur die totalitäre Versuchung enthalten (Leszek Ko<sup>3</sup>akowski), die Denkmethode von Marx enthält auch die Zerstörung des totalitären Projekts, wenn es entsteht. Es setzt dann innere Kräfte frei, die dagegen rebellieren, es zerstören oder umformen wollen. Auch im *Staatssozialismus sowjetischen Typs gab es Politiker und Intellektuelle, die das System der marxistischen Analyse und Kritik unterzogen und Alternativen aufzeigten*: »In diesem Sinne begleitete eine innere Rebellion den Kommunismus von Anfang an: Rosa Luxemburg, Leo Trotzki oder Antonio Gramsci sind nur die ersten Namen aus einer langen Liste von »Häretikern« und Renegaten.«<sup>5</sup> Dazu zählen auch W<sup>3</sup>adys<sup>3</sup>aw Gomu<sup>3</sup>ka<sup>6</sup> und

4 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Linkspartei PDS, in: Presse- und Informationsdienst des Parteivorstandes vom 17. Februar 2006. S. 11.

5 Adam Michnik: Wut und Scham. Versuche über den Revisionismus. In: Das Jahre 1956 in Ostmitteleuropa. Berlin 1996. S. 195. Siehe Leszek Kolakowski: Die Hauptströmungen des Marxismus. Bd. 1–5. Zürich 1981.

6 W<sup>3</sup>adys<sup>3</sup>aw Gomu<sup>3</sup>ka (1905–1982): Generalsekretär der 1942 neugegründeten Polnischen Arbeiterpartei PPR (1945–1948), 1951–1954 wegen »rechtsnationalistischer Abweichungen« inhaftiert, Juli 1956 rehabilitiert, Oktober 1956–Dezember 1970 Erster Sekretär der PVAP.

Imre Nagy<sup>7</sup> und viele ihrer namhaften Anhänger, über die im Kontext mit den dramatischen Geschehnissen in Polen und Ungarn vor 50 Jahren die Rede sein wird.

Wie der Gang der Geschichte seit 1917 zeigt, hatten die *alternativen Überlegungen und Versuche eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus* zumeist keinen dauerhaften Bestand. Die Reformansätze wurden infolge brutaler Gewalt der sowjetischen Großmacht, innere konservative Kräfte oder äußerer imperialistischer Konterrevolution (wie in Ungarn 1919) vernichtet, die Reformer und Rebellen wurden aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschaltet, politisch verfolgt, vertrieben, inhaftiert oder ermordet, ihnen wurde das Kainsmal des »imperialistischen Agenten« (Nagy) oder des »Revisionisten« (Gomuška) aufgebrannt. Im »polnischen Frühling im Oktober« hingegen gelang dem Kommunisten Gomulka die friedliche Krisenlösung, doch wandte er sich bald selbst gegen jenen »Revisionismus«, jenes »rebellische Kind des Marxismus und Kommunismus« (Adam Michnik), welches seine Halbheiten und Inkonsequenzen der sozialistischer Erneuerung kritisierte. Er scheiterte und löste ein zweites Poznan im Dezember 1970 an der polnischen Ostseeküste aus.

## II. Der »polnische Frühling im Oktober« 1956

### *Zögerliche Entstalinisierung unter Bierut und Ochab (März 1956)*

Gomuška war wegen seines demokratischen und polnischen Weges zum Sozialismus von Stalin schon im August 1948 als »Rechtsabweich-

7 Imre Nagy (1896–1958): 1917 als Kriegsgefangener und Rotarmist in der KP Rußlands (B), 1921–1950 illegale Arbeit gegen das Horthyregime, 1930–1944 Emigration in der UdSSR, 1944–1945 Landwirtschaftsminister, 1949–1951 wegen »Rechtsabweichung« aus der Führungsspitze ausgeschlossen, Juni 1953–April 1955 Ministerpräsident, 1955 wegen »rechtsnationalistischer Abweichung« aus allen Ämtern und aus der Partei ausgeschlossen, 24. Oktober 1956 Wiederaufnahme in das Politbüro und Berufung zum Ministerpräsidenten, 4.–22. November 1956 Aufenthalt in der jugoslawischen Botschaft, danach von sowjetischem Militär verhaftet und nach Rumänien deportiert, im April 1957 nach Ungarn ausgeliefert und nach einem nichtöffentlichen Prozeß wegen »Verschwörung gegen die volksdemokratische Ordnung« am 16. Juni 1958 hingerichtet, 1989 rehabilitiert.

ler und Nationalist« aus dem Amt des Generalsekretärs der kommunistischen PPR vertrieben und in den Kerker geworfen worden.<sup>8</sup> Ihm blieb das Schicksal eines Laszlo Rajk<sup>9</sup> erspart. Erst am 13. Dezember 1954 wurde er klammheimlich freigelassen – nicht in erster Linie im Zuge des polnischen »Tauwetters« nach Stalins Tod, der zögerlichen Entstalinisierung von oben<sup>10</sup>, sondern wegen der Affäre um Oberst Józef Swiat<sup>o</sup>, den einstigen Vizedirektor der Sonderermittlungsabteilung im Ministerium für Öffentliche Sicherheit. Dieser hochrangige Geheimdienstoffizier, der im August 1951 Gomu<sup>3</sup>ka verhaftet hatte, verbreitete nach seiner Flucht in den Westen (Dezember 1953) im September 1954 einige Wahrheiten über den polnischen Stalinismus über Radio »Freies Europa«, einem seiner neuen Auftraggeber. Gomu<sup>3</sup>kas Nachfolger seit 1948, Bo<sup>3</sup>es<sup>3</sup>aw Bierut<sup>11</sup>, sah sich veranlasst, das Terrorinstrument der Geheimpolizei personell zu verändern, po-

8 Siehe Karl-Heinz Gräfe: Polens eigener Weg zum Sozialismus – Chance oder Utopie? In: Klaus Kinner (Hrsg.): Wege aus der Katastrophe? Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 20. Leipzig 2006. S. 77–101.

9 László Rajk (1909–1949): seit 1951 KP, 1945–1949 Politbüro und stellvertretender Parteichef, Innen- und Außenminister, 1949 nach einem Schauprozeß unrechtmäßig hingerichtet, im März 1956 rehabilitiert.

10 Die Repressionspolitik seit 1948 ging nach Stalins Tod weiter. Im Mai 1953 wurden die 1951 abgeurteilten 19 hochrangigen Militärs hingerichtet und neue Unrechtsprozesse eingeleitet, um die Spuren des geplanten, nun aber hinfällig gewordenen Schauprozesses gegen Gomu<sup>3</sup>ka und Spychalski zu verwischen. Sogar gegen die Bedenken Moskaus machte das Bierutregime noch im September 1953 dem Bischof von Kielce, Czeslaw Kacmarek, den Prozeß. Auch der Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszynski, neun Bischöfe und Hunderte von katholischen Priestern wurden verhaftet. Erst auf Anweisung Moskaus im Frühjahr 1954 untersuchte eine polnische Kommission den »Field-Fall« und ließ Hermann Field mit weiteren elf polnischen »Mitverschwörern« frei. Auch die noch am Leben gebliebenen Opfer des Prozesses gegen die Gruppe hoher Militärs um die Generale Tatar und Komar erhielten die Freiheit. Siehe George Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954. Berlin 2001. S. 322; T. V. Volokitina u. a. (Hrsg.): Vostoënaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1943–1953. Tom 1. Moskva / Novosibirsk 1997. S. 904ff., Anm. 2 und 3.

11 Bo<sup>3</sup>es<sup>3</sup>aw Bierut (1892–1956): seit 1912 Mitglied der Polnischen Sozialistischen Partei, 1918 Mitbegründer der KP Polens, 1935–1938 vom autoritären Obristenregime inhaftiert, danach Emigration in der UdSSR, 1944 Vorsitzender des Landesnationalrates, der linksdemokratischen nationalen Repräsentation Polens, 1947–1952 Präsident der VR Polen, 1948–März 1956 Parteichef der PVAP, 1952–1954 Ministerpräsident.

lisch einzuschränken und einige hochrangige Offiziere vor Gericht zu stellen.

Gomuška wurde in der Krise des stalinistischen Systems, in der nationalen und demokratischen Aufbruchsstimmung seit Frühjahr 1956 zum Hoffnungsträger der polnischen Bevölkerung. Ihn umwarben auch die *zwei rivalisierenden Fraktionen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei PZPR* (sie benannten sich nach den Orten ihrer Zusammenkünfte – Gästehaus des Ministerrates in Natolin und Wohnsitze in der Pulawska-Straße) – die *nationalistisch-konservativen Natolin-Gruppe* (Polens Verteidigungsminister Sowjetmarschall Konstantin Rokossowski, Politbüromitglieder Hilary Minc und Hilary Chelkowski, ZK-Sekretär Franciszek Mazur, Präsident Aleksander Zawadzki, Gewerkschaftschef Wiktor K<sup>3</sup>osiewicz, die stellvertretenden Ministerpräsidenten Zenon Nowak, Franciszek Jozwiak und Stanislaw Lapot, die Minister Boleslaw Ruminski und Kazimierz Mijal) und die *Reformkommunisten der Pulawska-Gruppe* (Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz, Politbüromitglied Roman Zambrowski, Sekretär des Warschauer PVAP-Komitees Stefan Staszewski, die ZK-Sekretäre Jerzy Morawski, W<sup>3</sup>adys<sup>3</sup>aw Matwin, Jerzy Albrecht, der Philosoph Adam Schaff, die Vorsitzende des Polnischen Jugendverbandes Helena Jaworska). Keine der beiden Fraktionen vermochte jedoch den Nachfolger des am 12. März 1956 verstorbenen Parteichefs Bierut zu stellen, denn den wählte der am 15. März 1956 in Warschau eingetroffene sowjetische Parteichef aus: Edward Ochab<sup>12</sup>, Politbüromitglied seit 1954.

Chruschtschow informierte die polnische Führung am 19. März auch ausführlich über die Verbrechen Stalins.<sup>13</sup>

12 Edward Ochab (1906–1989): seit 1944 ZK der PPR, 1954–1968 Politbüro, März–Oktober 1956 1. Sekretär des ZK der PZPR, 1957 Landwirtschaftsminister, 1964–1968 Vorsitzender des Staatsrates.

13 Die PVAP-Delegation war am 26. Februar 1956 wieder nach Polen zurückgekehrt, während Parteichef Bierut infolge einer Erkrankung in Moskau blieb und am 12. März verstarb. Zwei Tage später bestimmte das Präsidium der KPdSU Edward Ochab zum Nachfolger, was Chruschtschow während seines Aufenthaltes (15.–25. März) durchsetzte. Andere Anwärter wie Zambrowski und Nowak wurden abgelehnt. Siehe Präsidium CK KPSS 1954–1964. Tom 1. Ėernovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy. Moskva 2004. S. 114ff; Z Pola Walki. Warschau 1989. Nr. 1. S. 131–135.

*Zum antistalinistischen Reformpotential außerhalb der offiziellen Parteiführung gehörten seit 1954/1955 Schriftsteller (Wiktor Woroszylski, Jacek Bochenski, Pawel Beylin, Roman Zimand, Adam Wazyk, Jan Kott, Kazimierz Brandys), Künstler (Arsenal-Ausstellung seit Juni 1955, Grupa 55), Philosophen (Leszek Ko³akowski, Adam Schaff), Historiker, Journalisten, Ökonomen (Oskar Lange, Wlodzemiery Brus), die sich um die Kulturzeitschriften »Nowa Kultura« und »Przegląd Kulturalny«, Przegląd Artystyczny«, »Kuznica«, das Wochenblatt der Studentenzeitung »Po prostu« (Elegiusz Lasota) und in den 130 städtischen »Klubs der Jungen Intelligenz« versammelten. Sie und die Pulawska-Reformer beeinflussten zunehmend die Diskussion um die alternative Erneuerung der polnischen Gesellschaft. So war nicht verwunderlich, dass die »Geheimrede« Chruschtschows bis Ende März 1956 in einer Auflage von 20 000 Exemplaren für den internen Parteigebrauch erschien und von Polen in die Weltöffentlichkeit gelangte<sup>14</sup> und heftige Debatten über Stalins Politik gegenüber Polen auslöste (Auflösung der KP Polens 1938 und Ermordung von 30 der 37 ZK-Mitglieder<sup>15</sup>, Geheimabkommen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt 1939 und Annexion Ostpolens, Ermordung polnischer Eliten in Katyn 1940, Rolle der Armija Krajowa, Warschauer Aufstand 1944, Abbruch des nationalen polnischen Weges zum Sozialismus unter Gomu³ka 1948, ungleiche Verträge mit der UdSSR).<sup>16</sup> Ochab machte am 4. April 1956 Gomu³kas Haftentlassung publik. Der Sejm beschloss am 27. April 1956 eine Amnestie für 9 000 Opfer des Stalinismus.*

14 Die CIA setzte im Februar 1956 eine Arbeitsgruppe an, die den vollständigen Text der sog. Geheimrede über die israelischen Geheimdienste Mossad und Shin Beth im April 1956 beschaffte, der am 4. Juni 1956 weltweit erschien. Siehe Peter Grose: *Gentleman Spy. The Life of Allan Dulles*. Boston 1994. S. 422ff.

15 Im Herbst 1955 wandte sich Bierut an das KPdSU-Präsidium mit der Bitte, den Beschluß der Komintern vom 16. August 1938 über die Auflösung der KP Polens zu überprüfen. Die Entscheidung, die auch von den daran beteiligten Parteiführungen Italiens, Finnlands und Bulgariens unterzeichnet wurde, war bereits am 8. Januar 1956 bestätigt und am 14. März 1956 in der »Trybuna Ludu« und in der »Pravda« veröffentlicht worden. Siehe Präsidium CK KPSS. S. 68 und 906, Anm. 2.

16 Vgl. Doklad N. S. Chru¹ëova o kul'te liënosti Stalina na XX. c-ezde KPSS. Dokumenty. Moskva 2002. S. 644ff. und 692ff.

*Polens »17. Juni« 1956*

Die 15 000 Maschinenbauer der Cegielski-Werke »Stalin« in Poznań waren unzufrieden über den Lohnrückgang von vier Prozent infolge erhöhter Produktionsnormen, über unzureichende Arbeitsorganisation und Versorgung. Sie waren aber auch entschlossen, ihre ständig propagierte Rolle als »führende Klasse« einzufordern – zumal die Regierung die Löhne der schlesischen Bergleute bereits um 15 Prozent erhöht hatte. Eine am 25. Juni 1956 nach Warschau entsandte Abordnung von 27 Arbeitern wurde vom zuständigen Minister hingehalten und kehrte unverrichteter Dinge zurück. Nun antwortete die Belegschaft am 28. Juni mit einem Streik, dem sich städtische Betriebe und Einrichtungen anschlossen. 100 000 Menschen zogen durch die Stadt. Die Führung des Arbeiterzuges kniete vor der Treppe der Martinskirche nieder und ließ sich von zwei Priestern segnen. Die Demonstranten sangen religiöse Lieder, schwangen polnische Nationalflaggen, forderten nicht nur höhere Löhne und bessere Wohnverhältnisse, sondern skandierten »Weg mit der roten Bourgeoisie«, »Russen raus«, »Freie Wahlen«, »Freiheit für Kardinal Wyszyński«. Ein anderer Protestzug machte die Besucher der 27. Internationalen Messe auf die Situation aufmerksam. Als das Stadtgefängnis, das Rathaus und die Milizstation gestürmt, der Rundfunk besetzt und die Gebäude der Sicherheitsdienstes und des Parteikomitees belagert wurden, fielen die ersten Schüsse an diesem »schwarzen Donnerstag«. *Da die Polizei und das Sicherheitskorps nicht mehr die Lage kontrollieren konnten, stellte die polnische Armee (10 297 Soldaten und 539 Panzer) bis 30. Juni 1956 die »Ordnung« in der Stadt her.* 74 Menschen wurden getötet (davon neun Angehörige von Armee und Sicherheitsorganen), 900 (darunter 34 Militärs) verletzt und 658 Personen verhaftet. Der Prozess gegen sie im September 1956 überraschte durch die Milde seiner Urteile.<sup>17</sup> Ver-

17 Siehe Antoni Czubinski: Czerwiec 1956 w Poznaniu. Poznań 1986; E. Eisler / R. Kupiecki: Na zakrecie historii – rok 1956. Warszawa 1992; Pawel Machcewicz: Polski rok 1956. Warszawa 1995; Antoni Dudek: Der politische Umbruch in Polen. In: Das internationale Krisenjahr 1956. S. 27ff.

*suche der Einmischung der USA sind nachweisbar; sie waren allerdings nicht Auslöser und bestimmendes Moment des Arbeiteraufstands.*<sup>18</sup>

Parteichef Ochab sprach von »verlorenen Verbindungen zu den Massen«, denn die Forderungen vor allem der Arbeiter waren berechtigt. Moskau hingegen beurteilte die Unruhen als eine »vom Westen gesteuerte konterrevolutionäre Verschwörung« und entsandte Ministerpräsident Bulganin und Verteidigungsminister Shukow nach Warschau.<sup>19</sup> Die polnische Führung analysierte auf dem 7. Plenum (18. bis 28. Juli 1956) die Ereignisse. Die Natolin-Stalinisten bezeichnete die Erhebung im Einklang mit Bulganins Rede als »von außen organisierte Konterrevolution«. Sie suchten weitere »Schuldige« in den Reihen der Parteiführer »jüdischer Herkunft« (Minc, Berman, Zambrowski), die sie auch für die Ablösung Gomulka's 1948 verantwortlich machten. *Das Plenum einigte sich auf den Kompromiss, Gomulka zu rehabilitieren, wieder in die PZPR aufzunehmen und mit ihm über eine Rückkehr in die Parteiführung zu verhandeln.* Die katholische Kirche organisierte anlässlich der 300-Jahr-Feierlichkeiten der Muttergottes von Czestochowa im August 1956 die Pilgerfahrt von einer Million Gläubigen, auf der die Freilassung von Primas Wyszyński gefordert wurde. *Die Reformer um Ochab trieben die Entstalinisierung voran.*<sup>20</sup> *Für die weitere Entwicklung Polens und die friedliche Krisenlösung war ausschlaggebend, dass der in allen Teilen der Bevölkerung populären Gomulka für die Mitarbeit in der Parteiführung Anfang Oktober 1956 gewonnen wurde.* Gomulka knüpfte an die Übernahme des höchsten Parteiamtes die Forderung nach jenem nationalen polnischen Weg

18 Außenminister J. Forster Dulles und CIA-Chef Allan Dulles organisierten »humanitärer Hilfe« über das Internationale Rote Kreuz, verstärkten die antikomunistische Radiopropaganda und versuchten, die Poznańer Ereignisse vor die UNO zu zerren. Eine »Covert Activity« zur Förderung des Aufstandes ist anzunehmen, aber bisher nicht belegt. Siehe Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991. Köln / Weimar / Wien 2002. S. 764ff., besonders S. 768f, Anmerkung 195.

19 Siehe Prezidium CK KPSS. S. 145 und 148.

20 Im September 1956 entzog ein Sejm-Gesetz den Polizeibehörden den Strafvollzug. Das Stalinopfer General Komar wurde Kommandeur des Korps für Innere Sicherheit. Ochab forderte im September 1956 den Abzug der sowjetischen Sicherheitsberater. Die sowjetische Führung stimmte der Rückführung der GKB-Berater aus Polen am 4. Oktober prinzipiell. Siehe Prezidium CK KPSS. S. 168f.

zum Sozialismus, für den er schon 1944 bis 1948 symbolisch stand, aber auch an den Rücktritt seines politischen Rivalen Hilary Minc (der erfolgte am 9. Oktober 1956) und an die Rückbeorderung Marschall Rokossowskis in die UdSSR.

*Die nationale und demokratische Massenbewegung im Herbst 1956*

Die Eröffnung der 8. ZK-Tagung der PVAP am 19. Oktober 1956 wurde zu einem kritischen Moment für ganz Polen – ging es doch um eine *grundlegende politische Machtverschiebung an der Führungsspitze und um die Durchsetzung eines demokratischen und nationalen Kurses*, den die Kremführung ablehnte. Das um 10 Uhr beginnenden Plenum kooptierte Gomuška und dessen engste Mitstreiter Marian Spychalski<sup>21</sup>, Zenon Kliszko<sup>22</sup>, Ignacy Loga-Sowinski in die Parteiführung und gab Gomuškas Kandidatur für das Amt des Ersten Sekretärs der PZPR bekannt. Dann wurde die Beratung unterbrochen, denn aus Moskau war eine hochrangige Delegation unter Parteichef Chruschtschow auf dem Militärflughafen bei Warschau bereits drei Stunden zuvor eingetroffen – mit solchen Stalinisten wie Kaganowitsch und Molotow sowie dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Warschauer Vertrages Konew und Verteidigungsminister Shukow. *Die sowjetische Führung wollte auch nach den auf dem XX. Parteitag verkündeten Grundsätzen über gleichberechtigte Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten noch immer entscheiden, wer künftig in Polen die Macht ausübt und wie Polens Sozialismus zu gestalten ist.* Sie lehnte den designierten Parteichef Gomulka und seinen neuen Kurs sowie die Rückbeorderung Rokossowskis in die UdSSR ab. Dieser hatte samt untergebenen Generälen, von denen mehr als die Hälfte sowjetische Staatsbürger waren, einen als »Manöver« getarnten Aufmarsch von Einheiten der in Polen stationierten Nordgruppe der Sowjetischen Truppen in Richtung Warschau als Drohkulisse mit vorbereitet.<sup>23</sup>

21 Marian Spychalski (1906–1980): 1945–1949 Politbüro der PPR/PZPR, 1950–1955 inhaftiert, nach Rehabilitierung seit Oktober 1956 Politbüro der PZPR, 1968–1970 Vorsitzender des Staatsrates.

22 Zenon Kliszko (\*1906): 1948–1949 ZK der PPR/PZPR, 1956 rehabilitiert, 1957–1970 Mitglied des Politbüros.

23 Siehe Präzidium CK KPSS. S. 175f.

Über die bis in die Morgenstunden des 20. Oktober 1956 andauernden Beratungen gibt es kein überliefertes Protokoll. Lediglich fragmentarische Notizen von Gomuška und Zawadzki, auch Äußerungen Chruschtschows aus dieser Zeit lassen erahnen, wie spannungsgeladen die Verhandlungen waren. *Die sowjetischer Seite bedrohte die polnische Führung wegen der Umbesetzung der Führungsspitze, des neuen Kurses nach mehr nationaler Selbstbestimmung und Demokratie.* Marschall Shukow erklärte, er benötige lediglich drei Tage, um Polen zu besetzen. *Chruschtschow befürchtete, dass Gomuškas neue Mannschaft mit der Orientierung auf einen nationalen und demokratischen Weg das staatssozialistische System zum Einsturz bringen und Polen aus dem Warschauer Vertrag herauslösen würde.* Während der Verhandlungen mit der sowjetischen Delegation am 19. Oktober bekundeten Arbeiter, Studenten und Armeeingehörige in Warschau (Autowerke Zeran, Technische Hochschule Warschau, Militärtechnische Akademie), Gdańsk (Technische Hochschule, Pädagogische Hochschule), Gdynia (Marinehochschule), Poznań und Kraków ihre Unterstützung für Gomuška und waren bereit, dessen Programm entschlossen zu verteidigen. Der selbstbewusste Gomuška gab Chruschtschow zu verstehen: »Es ist Sache unseres Zentralkomitees [...] zu entscheiden, wer unserem Politbüro angehört. [...] Ich glaube nicht, daß die Zusammensetzung der Führungsspitze irgendeiner kommunistischen Partei Gegenstand von Diskussionen mit einer Bruderpartei sein kann.«<sup>24</sup> Er forderte eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit der UdSSR, bekräftigte aber auch das Bündnis im Warschauer Pakt, Eckpfeiler polnischer Sicherheit. Gomuška erreichte, dass die sowjetischen Truppen um 18 Uhr den Befehl erhielten, in ihre Standorte zurückzukehren.<sup>25</sup>

24 Zitiert nach Francois Fejtö: Die Geschichte der Volksdemokratien. Buch 2. Frankfurt am Main 1972. S. 129.

25 Siehe Sovetskij Sojuz i vengerskij krizis 1956 goda. Dokumenty. Moskva 1998. Dok. 85. S. 359ff. In einer (erst 2003 veröffentlichte) Rede vor dem Parteiaktiv vom 4. November 1956 erklärte Chruschtschow: »Als wir die Gespräche mit der polnischen Führung führten, da fielen von unsere Seite öfter derbe Ausdrücke. Ich würde sagen, daß wir uns dort sehr grob aufgeführt haben. [...] Als wir mit Gomuška und anderen Politbüromitgliedern verhandelten, waren wir über deren Stimmungslage unzureichend informiert. Im Grund genommen hatten wir noch ein überkommenes Verständnis über die gegenseitigen brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Parteien, wo ein Bruder dem anderen sich unterzuordnen hat. [...]

*Das Bleibende der »friedlichen und begrenzten Revolution«*

Nach der Abreise der Moskauer Delegation setzte das 8. Plenum die Arbeit fort. In den geheimen Abstimmungen auf dem Plenum erhielten die Reformer Ochab, Gomu<sup>3</sup>ka, Loga-Sowiński, Cyrankiewicz, Jedrychowski, Zawadski, Zambrowski und Morawski das Übergewicht in der neuen Parteiführung. Der von der Natolin-Fraktion nominierte Rokossowski bekam nur 23 der 74 Stimmen, schied aus dem Politbüro aus, übergab das Verteidigungsministerium am 28. Oktober 1956 an den polnischen General Spychalski und kehrte in die UdSSR zurück. Einen Tag später wurde ein Teil der Privilegien für die Nomenklatura, »Läden mit den gelben Gardinen«, geschlossen. Im ganzen Land fanden Bekundungen für die neue polnische Führung statt. In einigen Orten kam es auch zu antisowjetischen Vorfällen.

Gomu<sup>3</sup>kas Reformpolitik von oben, die sich zunächst im Einklang mit der Massenbewegung von unten befand, war mehr als die Rettung einer kommunistischen Partei vor ihrem Untergang, auch mehr als nur die Sicherung der sowjetischen Einflusssphäre in Polen. Sie *war ein Weg hin zu einer Humanisierung und Emanzipation des Staatssozialismus und zugleich polnische Realpolitik*. Die Oder-Neiße-Grenze, die der Westen noch immer in Frage stellte, wurde damals nur durch die UdSSR garantiert. Deshalb war die polnische Staatsräson unvereinbar mit einer abenteuerlichen Politik des »Alles oder Nichts«, die von einigen Akteuren in Polen und im Ausland auch gewollt wurde.

*Die Mehrheit der Bevölkerung beurteilte die Krisenlösung auf der Grundlage der staatssozialistischen Gesellschaft positiv, denn eine Restauration des Kapitalismus war für die polnische Bevölkerungsmehrheit damals keine wünschenswerte Perspektive.* Wichtige Ergebnisse, die *Polens Sonderentwicklung* in Osteuropa bis zum Ende des Staatssozialismus kennzeichnen und Resultat der Reformpolitik waren, sind:

*Erstens.* Mit der Aufhebung der 1949 begonnenen Zwangskollektivierung schrumpfte die Zahl der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften von 10 510 (1955) auf 1 800 (1957); ihr Anteil an der Landwirtschaftsproduktion fiel von 9 Prozent auf dauerhaft ein Pro-

Wir sind nicht mit allem Erklärungen der polnischen Führer einverstanden. Eine Reihe von Grundsatzfragen beurteilen wir anders als die Polen. Wir stehen auf der Position, daß Polen eine schwere Krise durchmacht. Das muß man bedenken.« Zitiert und übersetzt vom Verfasser nach Istoènik. Nr. 6. Moskau 2003. S. 64ff.

zent. *Eine effektive Großraumwirtschaft auf freiwilliger genossenschaftlicher Grundlage aufzubauen misslang. Die Bildung von Agrarzirkeln (1960 gehörten ihnen nur 15 Prozent der Bauern an), blieb ein Ansatz, der allerdings die Lage der Landwirtschaft nicht grundlegend verbesserte.*

*Zweitens.* Mit dem Gesetz vom 19. November 1956 wurden die *spontan entstandenen Arbeiterräte in der Betriebsverfassung verankert und die Mitbestimmung der Arbeiter in 60 Prozent der Betriebe (1957) erweitert.* Die Ökonomen Lange und Brus, legten 1957 den *ersten umfassenden Plan einer Wirtschaftsreform in Richtung sozialistischer Marktwirtschaft* vor. Gomułka lehnte das Reformprojekt als »anarchische Utopie« ab. Die Arbeiterräte verloren mehr und mehr ihre Autonomie und wurden Instrumente der zentralen Wirtschaftsleitung.

*Drittens. Demokratische Ansätze brachte die Reform des politischen Systems.* Nach der Auflösung der zentralistischen Jugendorganisation entstanden vier autonome Verbände, die unterschiedliche Interessen der Jugendlichen berücksichtigten. Die nichtkommunistischen Parteien (bäuerliche *Vereinigte Volkspartei ZSL*, *Demokratische Partei SD*) und die neu entstandene Bewegung *ZNAK* (Abgeordnetenvereinigung und fünf Klubs der Katholischen Intelligenz) erhielten größere politische Spielräume. Das neue Wahlsystem ermöglichte die Streichung von Kandidaten auf den Einheitslisten; die Wahlmandate blieben weitgehend vorausbestimmt (PZPR – 52 %, ZSL – 26 %, SD – 9 %). Von den insgesamt 459 Parlamentariern waren noch 63 parteilose (davon 12 katholische) Abgeordnete in den Sejm gewählt worden.<sup>26</sup> Gomułka beharrte jedoch auf dem zeitgenössischen Dogma, dass er auf der 8. ZK-Tagung in das Zentrum seiner Politik stellte: »An der Spitze des Demokratisierungsprozesses steht unsere Partei und nur sie allein.«<sup>27</sup>

*Viertens.* Seit Sommer 1956 forderten katholisch-fundamentalistischer Kreise: »Freiheit für Wyszyński, denn Polen ist ein katholisches Land!« Eine *zum Stalinismus alternative sozialistische Kirchenpolitik*

<sup>26</sup> Gomułka erhielt zwar in Warschau die höchste Stimmenzahl, aber der langjährige Vorsitzende Warschauer Nationalrats Albrecht gelangte hinter den Listenplatz des Chefredakteurs von »Po Prostu« Lasota. In Kraków kam Ministerpräsident Cyrankiewicz nach zwei katholischen Politikern nur auf den dritten Platz.

<sup>27</sup> W<sup>3</sup>adys<sup>3</sup>aw Gomułka: Rede vor dem VIII. Plenum des ZK der Polnischen vereinigten Arbeiterpartei am 20. Oktober 1956. In: Europa-Archiv. 22./23. Folge. 20.11–5.12.1956. S. 9381.

umriss in jenen Tagen der Parteisekretär der Autofabrik Zerán, Leszek Gozdziak: »Wyszyński muß frei gelassen werden, weil Polen ein sozialistischer und ein Rechtsstaat ist, und in einem solchen Staat sollte niemand aus politischen Gründen im Gefängnis sitzen.«<sup>28</sup> Auf dem 8. Plenum warb Gomuška um einen Kompromiss: »Arm ist der Gedanke, daß der Sozialismus allein von Kommunisten aufgebaut werden kann, nur von Menschen mit materialistischen Anschauungen.«<sup>29</sup> Er schickte deshalb seine engsten Vertrauten Kliszko und Władysław Biegański (Bildungsminister) schon am 26. Oktober 1956 zum »Cannosagang« zu dem versöhnungsbereiten Primas. Gomuška akzeptierte dessen wesentliche Forderungen: Annullierung des Bierut-Erlasses vom 9. Februar 1953 über die Besetzung der Kirchenämter, Freilassung der inhaftierten Bischöfe und Priester, Wiederherstellung der unabhängigen katholischen Presse, Zulassung des Unterrichts und der Seelsorge in Schulen, in Strafanstalten und in der Armee. Das wurde in einer *Vereinbarung zwischen Regierung und Episkopat* am 8. Dezember 1956 rechtlich fixiert.<sup>30</sup>

*Fünftens. Die 1955/56 beginnende Bewegung der kulturellen Erneuerung stieß zwar in der Folgezeit auf Widerstand staatlicher Kulturfunktionäre, konnte aber nicht aufgehalten werden.* Nicht nur Naturwissenschaftler, sondern auch Philosophen, Ökonomen, Historiker und Soziologen, Theater- und Filmschaffende, Schriftsteller, Musiker, bildende Künstler suchten und fanden neue Wege kultureller Gestaltungen.<sup>31</sup> In Auseinandersetzung mit einigen »Päpsten« der »sozialistischen Kulturpolitik« erklärte der Chefredakteur von »Przegląd Artystyczny« 1957: »Voriges Jahr hat unsere Bevölkerung ihre politische Reife bewiesen. Deshalb dürfen wir auch an den Erfolg der Dezentralisierung unseres staatlichen Lebens glauben. [...] Sie ist eine Errungenschaft des polnischen Oktobers. Wollen wir die Größe dieses Umbruchs erfassen, so ist darin vor allem das Konkrete zu sehen, keine abstrakten politischen Phrasen. [...] Kunstwerke auswählen, wertvolle Arbeiten vom Tand trennen – das sollen schöpferische Zirkel, Clubs

28 Zitiert nach Adam Michnik: Wut und Scham. S. 198.

29 Władysław Gomuška: Rede vor dem VIII. Plenum. S. 9377.

30 Siehe Leonid Luks: Katholizismus und politische Macht im kommunistischen Polen 1945–1989. Die Anatomie einer Befreiung. Köln / Weimar / Wien 1993.

31 Siehe Bogdan Suchodolski: Geschichte der polnischen Kultur. Warschau 1986. S. 235ff.

und Gruppen auf eigene Verantwortung und nach eigenem Ermessen tun. [...] Die wahre Kunst entsteht im Kampf und im Austausch von Anschauungen, nicht aber im Brutkasten der ›Kulturpolitik‹.<sup>52</sup>

*Sechstens.* Zu den außenpolitischen Erfolgen der Reformer gehört die *Neuregelung der bilateralen Beziehungen zur sowjetischen Großmacht*. Die am 18. November 1956 unterzeichnete »5-Punkte-Deklaration« bekräftigte das Bündnis beider Staaten auf der Grundlage von *Gleichheit und Souveränität*. Ein Abkommen vom 7. Dezember 1956 unterstellte die in Polen stationierten sowjetischen Streitkräfte polnischen Gesetzen. Die bisherigen ungleichen Handelsabkommen wurden durch gleichberechtigte Wirtschaftsverträge ersetzt.

*Durch einen für bisherige kommunistische Regime seltenen Kompromiss mit den politischen Kräften im Inneren und mit der äußeren Hegemonialmacht UdSSR konnte die weitgehend in der Bevölkerung akzeptierte Reformergruppe um Gomuška die Krise friedlich lösen.* Seine Standhaftigkeit gegenüber den damaligen Führern der sowjetischen Supermacht machten Gomulka zur Symbolfigur polnischer Unabhängigkeit, zum polnischen Nationalhelden, zu einem »Praeceptor Poloniae«, dessen Herrschaftssystem eine »spezifische Verbindung von handfestem Machtempfinden und hausväterlicher Sorgfalt« darstellt<sup>53</sup>, die Emanzipation, Fürsorge und Pflichterfüllung einschloss. Auch die größte Autorität der polnischen Gläubigen, Primas Kardinal Stefan Wyszyński, dessen Charisma, aber auch Flexibilität und Kompromissfähigkeit (im Unterschied zum ungarischen Kirchenführer Kardinal Jozsef Mindszenti) war ein Faktor der Krisenbewältigung.<sup>54</sup> In unsicheren Situationen und Umbrüchen nehmen oft populäre Persönlichkeiten maßgeblichen Einfluss auf den Entwicklungsgang.

In Konfrontation mit der für sie ganz neuartigen und auch gefährlichen Situation im Oktober 1956 bewies die sowjetische Großmacht

52 Alexander Wojciechowski: Czy znowu polityka kulturalna? In: Nowa Kultura. Nr. 24. Warszawa 1957.

53 Hans Roos: Geschichte der Polnischen Nation 1918–1985. Berlin / Köln / Mainz 1986. S. 257.

54 Anlässlich eines Treffens beider polnischen Persönlichkeiten jener Zeit im Jahre 1957 erklärte der Kardinal: »Wir beide haben in gewisser Hinsicht die Verantwortung für die neue Periode im Lande übernommen, wodurch Polen das Schicksal Ungarns erspart wurde. Und ich habe keinen Grund, dies zu bedauern.« Zitiert nach: Peter Raina: Stefan Wyszyński. Prymas Polsk. Bd. 3. London 1988. S. 640.

gegenüber Polen »Augenmaß und die Fähigkeit zum Kompromiss, nachdem sie auf harte, doch konstruktive Haltung der polnischen Führung bei der Frage der Gestaltung der sowjetischen Beziehungen nach neuen Prinzipien gestoßen war. Das kann als ein Sieg der polnischen Außenpolitik auf dem Weg zur Entstalinisierung der Länder des sozialistischen Lagers betrachtet werden. Die Polen waren die ersten, die sich den Antistalinismus aufs Panier ihrer Innen- und Außenpolitik geschrieben haben und Mitte der 50er Jahre Erfolg hatten, indem sie den Kreml zwangen, dem ›polnischen Weg zum Sozialismus‹ Rechnung zu tragen.«<sup>35</sup> *Die Kremlführung war außerstande, militärisch zu intervenieren, gab sich nicht sofort mit dem erreichten »Waffenstillstand« zufrieden*, wie aus den spärlichen Aufzeichnungen der Präsidiumssitzungen vom 20. und 21. Oktober 1956 herauszulesen ist. Es gäbe nur einen Ausweg – man müsse, das, was in Polen geschieht, beenden – entweder durch Beeinflussung oder direkte Einmischung. Sollte Rokossowski abgelöst werden, dann müsse man das vorerst wegstecken.<sup>36</sup>

*Nicht unwesentlich war die öffentliche Erklärung von Außenminister Dulles am 21. Oktober 1956: Selbst im Falle einer sowjetischen Intervention würden die USA den Polen keine militärische Unterstützung geben.*<sup>37</sup>

*Ausschlaggebend für diesen Kompromiss war auch die gleichlaufende ungarische Krise, die sich unter dem Einfluss des »polnischen Oktobers« in der Nacht zum 24. Oktober 1956 im Volksaufstand eskalierte.* Die sowjetische Führung hatte noch am 20. Oktober 1956 auf einer härteren Gangart gegen Warschau bestanden, die sie auf dem Treffen mit den Regierungschefs Ungarns, der DDR, der Tschechoslowakei, Rumäniens und Bulgariens am 24. Oktober 1956 in Moskau durchsetzen wollte.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Aleksander Orlow: Der Polnische Oktober. In: Das internationale Krisenjahr. S. 57.

<sup>36</sup> Prezidium CK KPSS. Dok. 37. S. 173ff.

<sup>37</sup> Siehe Foreign Relations of the United States. 1955–1957. Vol. XXV (im folgenden FRUS), S. 274.

<sup>38</sup> Prezidium CK KPSS. Dok. 38. S. 178f. Am informativsten sind Aufzeichnungen über diese Beratung, die von tschechischer Seite angefertigt worden sind. Siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): Sovetskij Sojuz i vengerskij crisis 1956 goda, Moskva 1998. Dok. 83. S. 359ff.

Da Gomu<sup>3</sup>ka nicht eingeladen wurde und die ungarischen Spitzenfunktionäre Ernő Gerő<sup>39</sup> und Andras Hegedüs<sup>40</sup> wegen der Unruhen in eigenen Lande absagen mussten, waren nur Walter Ulbricht, Antonin Novotny und Todor Shiwkow angereist. *Das Krisenzentrum des Jahres 1956 hatte sich nach Ungarn verlagert, die polnische Frage über Nacht ihren Vorrang verloren.*

### III. Reformbewegung und Aufstand in Ungarn 1956

Nach Stalins Tod initiierten Malenkow und Berija im Juni 1953 in Ungarn den Reformkurs. Die Partei- und Staatsämter wurden getrennt. Der Stalinist Mátyas Rákosi<sup>41</sup> blieb nur noch Parteichef, der Reformler Imre Nagy übernahm die Regierung. *Auf der ZK-Tagung der Partei der Ungarischen Werktätigen MDP am 27./28. Juni 1953 entwickelte Nagy ein für die damalige Zeit radikales Programm für einen demokratischen Sozialismus als Alternative zur Ideologie und Praxis des ungarischen Stalinismus. Während seiner nur knapp zweijährigen Tätigkeit erhielt er wachsende Zustimmung durch Studenten, Intellektuelle, Bauern und einen Teil der Arbeiterschaft.* Chruschtschow befürchtete, dass das nach dem Friedensvertrag mit Österreich zum »Frontstaat« gewordene Ungarn der sowjetischen Kontrolle entgleiten könne; zumal nun auch keine Rechtsgrundlagen mehr für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in Ungarn bestanden. Deshalb wurde der damals am

39 Ernő Gerő (1898–1980): seit 1918 in der KP, 1922–1924 in Haft des Horthy-Regimes, 1939 ungarischer Vertreter in der Komintern, 1945–1956 Politbüro, 18. Juli–24. Oktober 1956 Parteichef, 1956–1960 in sowjetischer Emigration, 1963 Parteiaus-schluss.

40 András Hegedüs (\*1922): seit 1942 Mitglied der illegalen KP, 1945–1947 Sekretär des Kommunistischen Jugendverbandes, 1948–1956 Politbüro, 1953–1955 1. Stellvertreter von Ministerpräsidenten Nagy, 18. April 1955–24. Oktober 1956 Ministerpräsident, 1956–1958 Emigration in Moskau, seit 1965–1973 wissenschaftliche Tätigkeit an der ungarischen Akademie der Wissenschaften.

41 Mátyas Rákosi (1892–1971): seit 1918 in der KP Ungarns, Volkskommissar der Ungarischen Räterepublik 1919, 1924 illegale Arbeit in Ungarn, nach der Kerkerhaft im Horthyregime (1926–1940), 1945–1956 Parteichef, 1952/53 Ministerpräsi-dent, 1956–1971 Emigration in der UdSSR, 1962 Ausschluss aus der USAP.

weitesten vorgepreschte osteuropäischen Reformen Nagy am 14. April 1955 durch Hegedüs, einen Gewährsmann Rákosis, ersetzt. Nagy verlor das Parlamentsmandat, seine Professur und seine Parteimitgliedschaft.<sup>42</sup> *Der stalinistische Restaurationskurs wurde in Wirtschaft und Politik neu aufgelegt. Ungarn wurde zum politisch instabilsten Land Osteuropas.* Die wissenschaftliche Literatur, die neu zugänglichen Quellen aus ungarischen und russischen Archiven ermöglichen dem Historiker ein annähernd objektives Bild über die noch immer unterschiedlich beurteilten dramatischen und tragischen Geschehnisse im Ungarn des Jahres 1956 nachzuzeichnen.<sup>43</sup>

*Der Petöfi-Club – ein »Klein-Poznań«?*

*Der XX. Parteitag der KPdSU gab den reformkommunistischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Parteiführung enormen Auftrieb.*<sup>44</sup> Auf der ZK-Beratung am 13./14. März 1956 behauptete Rákosi zwar, seine Partei befände sich im Einklang mit der neuen Moskauer Linie und führe zu Recht den Kampf gegen die »rechte nationalistische Abweichung«, deren Träger Nagy sei. Ihm widersprachen aber einige ZK-

42 Siehe János B. Rainer Ungarn 1953–1956: Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung. In: Andras B. Hegedüs / Manfred Wilke (Hrsg.): Satelliten nach Stalins Tod. Berlin 2000. S.137ff.; Karl-Heinz Gräfe: Die Krise des sowjetischen Imperiums und der Neue Kurs in Osteuropa. In: Menetekel 17. Juni 1953. S. 120ff. Amnestiert wurden bereits 1953 748 000 Personen.

43 Siehe Géza Alföldy: Ungarn 1956. Aufstand, Revolution, Freiheitskampf. Heidelberg 1996; György Litván / Janos M. Bak: Die Ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung- Wien 1994; B. Balázs (ed.): Die Ungarische Revolution 1956. Wien 1995; András B. Hegedüs / Manfred Wilke (Hrsg.): Satelliten nach Stalins Tod. Berlin 2000; Heiner Timmermann / László Kiss (Hrsg.): Ungarn 1956: Reaktionen in Ost und West. Berlin 2000; Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen. Untersuchungen, Dokumente, Schlußfolgerungen. Frankfurt am Main 1957; V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): Sovetskij Sojuz. i vengerskij krisis 1956 goda. Moskva 1998.

44 Zur Auswertung des XX. Parteitages der KPdSU durch Parteichef Rákosi siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): Sovetskij Sojuz. Dok. 1-4. S. 47ff, 51ff, 55ff. und 59ff.

Mitglieder wie János Kádár<sup>45</sup> und Márton Horváth<sup>46</sup>. Der stalinistische Führungskern um Rákosi, Hegedüs und István Kovács<sup>47</sup> versuchte in mehreren Gesprächen den sowjetischen Botschafter Juri Andropow davon zu überzeugen, dass die Aufnahme Kádárs in das Politbüro eine »Gefahr für die Einheit und Geschlossenheit der Partei« bilde, denn dieser sei »der Held aller oppositionellen Elemente, die unter seinem Namen den Kampf gegen die Parteispitze führen«. Gerö sprach sich für Kádár aus, denn dieser sei »außerhalb der Führung eine größere Gefahr«. <sup>48</sup> Für eine vollständige Rehabilitierung des populären Nagy fand sich damals noch keine Mehrheit in der Parteiführung.

*Im Unterschied zu Polen befand sich bis zum 23. Oktober 1956 das entscheidende Reformpotential zur demokratischen und nationalen Erneuerung des ungarischen Sozialismus außerhalb des Wirkungsbereiches der stalinistischen Führung Rakosi-Gerö-Hegedüs. Es entfaltete sich vornehmlich in den Verbänden der Schriftsteller, Journalisten und Künstler und ihrer Presseorgane (Literarische Zeitung, Frieden und Freiheit, Ungarische Nation)<sup>49</sup> sowie in dem von der Föderation der Arbeiterjugend (DISZ) 1955 gegründeten Petöfi-Club. Leiter der nach Dichter der Märzrevolution 1848 benannten kulturpolitische Organisation war Gábor Tánczos, ein Veteran der kommunistischen Jugendbewegung*

45 János Kádár (1912–1989): seit 1951 ZK der KP, 1945–1951 Politbüro, 1948–1950 Innenminister, 1951–1954 inhaftiert, 1955 rehabilitiert, seit Juli 1956 Mitglied des Politbüros und Parteichef des Komitats Pesc, ab 25. Oktober 1956 Erster Sekretär der MPD/MSZMP und Staatsminister der Regierung Nagy, am 2. November Flucht nach Moskau, seit 4. November 1956 bis 1958 und 1961 bis 1965 Ministerpräsident, 1956–1988 Parteichef.

46 Márton Horváth (1906–1987): Journalist, 1945–1953 Politbüro, 1954–1956 Chefredakteur der Parteizeitung Szabad Nep, 1957–1960 und 1963–1966 Direktor des Literaturmuseums Sandor Petöfi.

47 István Kovács (\*1911): seit 1945 Politbüro, Juli 1954–29. Oktober 1956 Parteichef von Budapest, 31. Oktober–September 1957 Emigration in der UdSSR.

48 V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): Sovetskij Sojuz. Dok. 5, 6, 9, 10, 13 und 15. S. 62, 64f, S. 69f, 74f., 84ff., S. 87ff.

49 Auf Beratungen des Parteiaktivs der Schriftsteller am 30. März, 13., 16. und 18. April 1956 wurde gefordert, den ZK-Beschluß vom 6. Dezember 1956 über die Literatur zurückzunehmen und die aus der Partei ausgeschlossenen oder gerügten Schriftsteller und Journalisten zu rehabilitieren (Tibor Déry, Lajos Tamási, Gyula Háty, Zoltán Zelk, Miklós Gimes, Géza Losonczy, Sándor Haraszti, Szilárd Újhelyi, György Aczél u. a.).

nach 1945. Ähnliche Diskussionsgruppen entstanden in Kecskemet, Kaposvár, Szolnok, Miskolc, Szombathely und Debrecen (Kossuth-Kreis). In den Debatten über die offizielle Geschichtsschreibung (30. Mai 1956) und die Philosophie (14.–15. Juni 1956) sprachen der Historiker Domokos Kosáry und der namhafte Gelehrte György Lukács. Am 18. Juni 1956 forderten Veteranen des antifaschistischen Widerstandes die politische Rehabilitierung Rajks. In der Politischen Akademie erörterte Lukács am 28. Juni 1956 unter dem Thema »Der Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion in der gegenwärtigen Kultur« ein Konzept der Erneuerung des Sozialismus. Auf der gemeinsamen Veranstaltung des Petöfi-Clubs und des Journalistenverbandes am 27. Juni 1956, an dem 5000 Menschen teilnahmen, forderten namhafte Parteintellectuelle die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU auch in Ungarn umzusetzen. Zentrales Thema war die Rückkehr Ungarns zu einem demokratischen und nationalen Weg des Sozialismus, wie ihn die Führungsgruppe um Nagy 1953–1955 versucht hatte.<sup>50</sup>

Chruschtschow forderte auf der Beratung der Führer sozialistischer Länder am 24. Juni 1956 in Moskau, gegen die stärker werdende »rechte Opposition« in Ungarn die Staatsgewalt einzusetzen. Parteichef Rákosi räumte ein, dass die oppositionellen Intellektuellen ihn nicht für fähig hielten, die Beschlüsse des XX. Parteitags der KPdSU in Ungarn umzusetzen, denn er sei – nach dem Tode von Dimitroff, Gottwald und Bierut – der »letzte Mohikaner aus der Stalinschen Schule«.<sup>51</sup> *Das ZK-Plenum beschloss deshalb nach der Nachricht von den Unruhen in Poznan am 30. Juni 1956 erneut repressiven Maßnahmen gegen die oppositionelle Parteiintelligenz, die vor allem in Nagy ihren Repräsentanten sah.* Das Parteiaktiv des Schriftstellerverbandes verurteilte am 10. Juli 1956 den Parteiausschluss ihrer namhaften Genossen Tibor Déry und Tibor Tardos, verlangte den Rücktritt Rákosis, die volle Rehabilitierung Nagys und dessen Rückkehr an die Führungsspitze.<sup>52</sup> *Das KPdSU-Parteipräsidium kam schließlich am 12. Juli 1956 zum Schluss, dass Rakosi abgelöst werden müsse.* Moskaus Abgesandter Mikojan kritisierte auf der Sitzung des Politbüros am 13. Juli 1956 und

50 Siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dokument 3, 4, 20, 21 und 22.* S. 55ff., 58ff., 100ff., 118ff. und S. 124ff.

51 Ebenda. Dok. 3. S. 98.

52 Siehe ebenda. Dok. 29. S. 147ff.

auf der ZK-Tagung der MPD am 18.–20. Juli 1956, dass die ungarische Führung die Kontrolle über Presse und Rundfunk verloren und der »Diskussionsclub Petöfi eine tatkräftig handelnde ideologische und oppositionelle Kraft, faktisch ein paralleles ZK« sei. Mikojan sah in den Debatten der Intellektuellen um Nagy eine »rechtsnationalistische Abweichung« und den Beginn eines »konterrevolutionären Umsturzes.«<sup>53</sup> Man müsse verhindern, dass etwas »Unerwartetes und Unangenehmes« passiere. Rákosi gestand ein, dass in der gegenwärtigen Lage auch Verhaftungen nicht mehr helfen.<sup>54</sup> *Unter dem Eindruck des Arbeiteraufstandes im benachbarten Polen bezeichnete Mikojan die vom Petöfi-Club organisierten Diskussionen als das »ideologische Poznan ohne Schüsse«.*<sup>55</sup> Den Parteiausschluss von Nagy hielt Mikojan nur aus einem Grund für einen Fehler: Wenn dieser noch Mitglied wäre, sei er »verpflichtet, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen. Nagy soll klar zu verstehen gegeben werden, daß er mit dem Kampf gegen die Partei nicht bewirken kann, [...] wieder in die Partei aufgenommen zu werden. Dieser Weg im Kampf gegen die Partei führt ihn zweifellos ins Gefängnis. Wenn er aber bereit ist, sein Verhalten zu ändern, wird er damit rechnen können, wieder Parteimitglied werden zu können. [...] Nicht in der jetzigen Situation, [...] erst [...] wenn er bereit ist auf die Partei zuzugehen, kann er wieder aufgenommen werden.«<sup>56</sup> Genau diese Order befolgten Gerö, der am 18. Juli 1956 Rákosi als Parteichef ablöste, und Hegedüs, der weiter Regierungschef blieb. Die Kooptierung von Kádár sowie der ehemaligen Sozialdemokraten György Marosán<sup>57</sup> und Sándor Rónai<sup>58</sup> in das Politbüro änderte aber wenig am reformfeindlichen Kurs der ungarischen Führungsspitze.

53 Ebenda. S. 156.

54 Ebenda. S. 153

55 Über die Beratung im Politbüro am 15. Juli und im ZK am 18.–20. Juli 1956 siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz*. Dok. 33, 34, 35, 36, 37 und 38. S. 152ff, 161ff., 169ff., 172f., 173ff und 176ff.

56 Ebenda.

57 György Marosán (1908–1992): 1947 stellvertretender Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei, 1948–1950 Politbüro, August 1950–März 1956 inhaftiert, seit Juli 1956 Politbüro, seit 4. November 1956 Staatsminister in der Kádár-Regierung, wegen Kritik an Kádár 1963 Verluste aller Partei- und Staatsämter.

58 Sándor Rónai (1892–1983): 1948–1954 und seit 1956 Politbüro, 1952–1963 Vorsitzender der Staatsversammlung Ungarns.

Aus den laufenden Analysen von Botschafter Andropow seit Juli 1956 geht hervor, *dass in Ungarn eine Massenbewegung entstand, die eine grundlegende nationale, demokratische und soziale Erneuerung des ungarischen Staatssozialismus sowie eine Machtverschiebung in der Partei- und Staatsführung zugunsten der Reformer um Imre Nagy einforderte. Eine solche, der polnischen Krisenlösung ähnliche Entwicklung wurde jedoch durch die unter Moskaus Einfluss stehende stalinistischen Führungsgruppe Gerö-Hegedüs-Kovács verhindert.* Gerö war kein ungarischer Ochab, er lehnte die vollständige Rehabilitierung Nagys und dessen Reformprogramm als Bedingungen für dessen Rückkehr in die politische Führung ab. Die Gespräche Nagys mit der Parteiführung zwischen dem 19. Juli und dem 9. Oktober 1956 blieben erfolglos und verhinderten eine friedliche Krisenlösung à la Polen.<sup>59</sup> Gerö erklärte Andropow am 12. Oktober 1956, er sehe keinen Ausweg aus der Krise. Der Druck der Straße werde Nagy in die Führung bringen. Dort könne dieser sich dann als »Herr der Lage erweisen«. Nagy sei zwar kein Feind, aber er vertrete »höchst gefährliche Ideen.« Sollte er sein Programm verwirklichen, werde sich der Gesellschafts- und Staatsaufbau Ungarns dem Jugoslawiens annähern. Das käme den Feinden entgegen, die in Ungarn einen Gesellschaft zwischen Sozialismus und Kapitalismus, den sog. Titoismus, anstrebten.<sup>60</sup> Bereits tags zuvor hatte Parteiführer Zoltán Vas<sup>61</sup> dem sowjetischen Botschafter vorausgesagt, dass Nagy in die Spitze der Partei- und Staatsführung kommen werde, denn er würde von einflussreichen Parteimitgliedern in der Presse, im Schriftsteller- und Studentenverband, der Polizei und der

59 Nagy wandte sich am 30. Juni 1956 an die Parteiführung um Klärung seiner Parteimitgliedschaft und Rehabilitierung. Erst nach dem zweiten Brief (17. Juli) erfolgte am 19. Juli eine erste Anhörung. Nach seinen Schreiben vom 6. und 10. August führte Parteichef Gerö am 1. September mit ihm das Gespräch und forderte ihn auf, seine politischen Fehler seit 1953 endlich zu akzeptieren. Auch Nagys Vorschläge in den Briefen vom 7. September und 4. Oktober wurden im Politbüro vom 9. Oktober abgelehnt. Siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dok.* 24, 41, 48, 56, 59, 65 und 70. S. 129ff, 201f., 220ff, 254, 257ff. 264ff, 283ff. und 300ff.

60 Ebenda. S. 301f.

61 Zoltán Vas (1905–1985): Parteimitglied seit 1919, 1924–1940 Haft unter dem faschistischen Horthy-Regime, 1954–1955 Leiter des Sekretariats von Ministerpräsident Nagy, seit 24. Oktober 1956 Chef der Regierungskommission für die Versorgung der Bevölkerung, 1956–1958 in Haft.

Wirtschaft unterstützt. *Nagys Programm, einen Sozialismus nach ungarischer, nicht nach sowjetischer Art zu gestalten, entspreche den gegenwärtigen Forderungen der meisten Ungarn.* Das große Vertrauen, welches Nagy noch immer in der Bevölkerung habe, sei nochmals am 6. Oktober 1956 an der von 80 000 Ungarn besuchten Beisetzung der sterblichen Überreste Rajks öffentlich geworden.<sup>62</sup> Nagys Aufnahme in die Partei am 13. Oktober 1956, vor allem aber die dramatischen Ereignisse in Polen seit dem 19. Oktober 1956 beschleunigten den Krisenausbruch.

*Es waren zunächst Studenten und Lehrkräfte der Universitäten und Hochschulen in Szeged, Budapest, Vezprem, Pesc und Miskolc, die seit Mitte Oktober 1956 eine demokratisch-sozialistische Alternative zum ungarischen Stalinismus programmatisch ausarbeiteten und durchsetzen wollten.* Das wichtigste Dokument einer sozialistischen Erneuerung Ungarns wurde auf der vom Vorstand der Kommunistischen Jugendorganisation der Budapester Technischen Hochschule am 22. Oktober 1956 organisierten Versammlung von etwa 5 000 Studenten, Hochschullehrern, Parteifunktionären und Arbeitern aus Betrieben nach einer elfstündigen Debatte beschlossen:

- Neuordnung der ungarisch-sowjetischen Beziehungen auf der Basis von Gleichberechtigung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten,
- Abzug der sowjetischer Truppen aus Ungarn,
- Bildung eines neuen ZK und Politbüros durch geheime Wahlen in allen Gliederungen der Partei,
- Umbildung der Regierung unter dem Vorsitz von Imre Nagy,
- Beteiligung verschiedener Parteien an freien Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung,
- Neuausrichtung des auf der Planwirtschaft beruhenden Wirtschaftssystems,
- Gleiche Behandlung von Einzel- und Genossenschaftsbauern,
- Überprüfung der bisherigen politischen Prozesse durch unabhängige Gerichte,

62 V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dokument 71. S. 308.*

- Meinungs- und Pressefreiheit,
- Wiedereinführung der ungarischen Nationalfeiertage und Staatssymbole.<sup>65</sup>

### *Volksaufstand oder konterrevolutionärer Umsturz?*

Der Schriftstellerverband, der ein ähnliches Programm bekannt gab, erklärte: »Wir sind an einem historischen Wendepunkt angekommen. Wir werden uns in dieser revolutionären Situation nicht bewähren können, wenn nicht das ganze ungarische Volk sich zu einer disziplinierten Massenversammlung zusammenfindet. Die Partei- und Staatsführer haben bis jetzt kein Aktionsprogramm aufgestellt. Dem Volke dafür verantwortlich sind jene, die anstatt die sozialistische Demokratie auszubreiten, sich eigensinnig an die Idee klammern, Stalins und Rakosis Terrorsystem in Ungarn wiederherstellen.«<sup>64</sup> Innenminister Piros verbot zunächst die für den 23. Oktober 1956 vom Jugendverband geplante Demonstration, ließ sie aber dann doch wieder zu. Der Budapester Polizeichef Sándor Kopácsi<sup>65</sup> war nicht bereit, gegen die Demonstranten Waffen einzusetzen. Um 14 Uhr zogen Studenten, Arbeiter, Angestellte und Militärangehörige zur Statue des polnischen Patrioten Joseph Bem, eines Generals der ungarischen Nationalarmee im Freiheitskampf 1948/49. Das trug symbolischen Charakter: Polen zeigt uns den Weg, folgen wir ihm. Etwa 200 000 Demonstranten versammelten sich später am Parlament und verlangten, dass Nagy zu ihnen spreche. Als man ihn bei Anbruch der Dunkelheit herangeholt hatte, hielt er gegen 21 Uhr eine kurze Ansprache und forderte die Demonstranten auf nach Hause zu gehen. Am Ort, wo einst die historische Kirche Regnum Marianum stand, die Rákosi abreißen und durch

63 Der Volksaufstand in Ungarn. Bericht des Sonderausschusses der Vereinten Nationen. Untersuchungen, Dokumente, Schlußfolgerungen. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Verbindungs- und Informationsstelle Bonn. Frankfurt am Main 1957. Dok. 404 A.

64 Ebenda. Dokument 404 B.

65 Sándor Kopácsi (\*1922): 1952–1956 Leiter der Budapester Verwaltung für Inneres und Polizeichef, seit 31. Oktober 1956 Politbüro, am 5. November 1956 inhaftiert, 1958 zu lebenslanger Haft verurteilt, 1963 entlassen, seit 1975 in kanadischer Emigration, 1989 rehabilitiert.

ein Stalindenkmal ersetzen ließ, wurde die Statue des »Vater aller Völker« vom 15 m hohen Sockel gestoßen und mit einem Traktor durch die Straßen der Innenstadt geschleift. 4 000 Demonstranten am Rundfunkgebäude verlangten, die Forderungen der Studenten im Radio zu senden. Statt dessen wurde die farblose, eher provokante Rede Gerös ausgestrahlt. Als die Masse das Rundfunkgebäude stürmen wollte, gab es die ersten Toten und Verletzten. In Debrecen war es schon gegen 19 Uhr zu Auseinandersetzungen gekommen, als Studenten das Komitatsgebäude des Innenministeriums besetzten; 3 Menschen wurden getötet und sechs verletzt.

Der in Bedrängnis geratene Parteichef Gerö sagte in den späten Abendstunden des 23. Oktober 1956 seine Teilnahme am Treffen kommunistischer Führer Osteuropas für den kommenden Tag in Moskau ab. Er stimmte Chruschtschow zu, sowjetische Truppen gegen die »Unruhestifter« einzusetzen. *Das Parteipräsidium der KPdSU hatte kurz zuvor bereits eine Militärintervention gegen Ungarn beschlossen.* Nur der mit der ungarischen Lage vertraute Mikojan sprach sich dagegen aus: »Ohne Nagy kann man die Bewegung nicht beherrschen – und das ist auch für uns billiger.« *Chruschtschow entschied, Nagy in die Führung einzubinden, aber keinesfalls als Ministerpräsident einzusetzen.* Mikojan, Suslow, KGB-Chef Serow und der stellvertretende Generalstabschefs Malinin wurden nach Budapest beordert.<sup>66</sup> Shukow befahl den Einsatz von zwei Divisionen des in Ungarn stationierten Besonderen Korps sowie von drei sowjetische Divisionen aus der Karpatoukraine und Rumänien (31 550 Soldaten und Offiziere, 1 130 Panzer, 800 Artilleriegeschütze und 281 Kampfflugzeuge). Diese Verbände besetzten in den frühen Morgenstunden am 24. Oktober 1956 Szolnok, Debrecen, Kecskemet und Szeged. Sechs Regimenter des Besonderen Korps (6000 Soldaten mit 310 Panzern und 165 Geschützen) handelten nach dem schon im Juli 1956 für einen möglichen Einsatz bei Unruhen in Ungarn festgelegten Operationsplan »Kompass«. Sie erreichten am 24. Oktober 1956 2 Uhr früh die Hauptstadt.<sup>67</sup> In den ersten Feuergefechten mit Budapester Aufständischen, deren Zahl bald auf 2000

66 Siehe Prezidium CK KPSS 1954–1964. Dok. 78. S. 176f.

67 V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): Sovetskij Sojuz. Dok. 84, 85. S. 367f., 368f.; J. S. Novopasin: Konflikty v poslevoennom pazvitii vostoènoevropejskich stran. Moskva 1997. S.127f.

anwuchs (Corvin-Passage und Tompagasse in Pest, Széna- und Zsigmund-Platz in Buda, Außenbezirke Csepel und Ujpest) kamen an diesem Tag auf beiden Seiten mindestens 45 Menschen um, über 100 wurden verletzt<sup>68</sup>. In Micolc, Szeged und Pecs fanden Kundgebungen statt, auf denen der Rücktritt Gerös und Hegedüs sowie der Abzug der sowjetischen Truppen gefordert wurde. *Wie Mikojan am 25. Oktober 1956 aus Budapest mitteilte, sei mit der Intervention die Lage nicht besser, sondern wesentlich verschlechtert worden, auch unter den Arbeitern.*<sup>69</sup>

Vor Ankunft der sowjetischen Delegation hatte Parteichef Gerö für den 23. Oktober 1956 um 23 Uhr eine außerordentliche Tagung des ZK der MPD einberufen. Imre Nagy und einige sehr einflussreiche, vom alten Regime verfolgte oder ausgegrenzte kommunistische Führer wie Géza Losonczy<sup>70</sup>, Ferenc Donáth<sup>71</sup>, György Lukács<sup>72</sup>, József Kőböl<sup>73</sup> wurden in die Parteiführung aufgenommen, aber auch ein Vertrauensmann Chruschtschows, der ehemalige ungarische Botschafter in

68 Siehe Prezidium CK KPSS. S. 176ff; V.K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dok. 85. S. 563 und 567f.*; *Voennij-istoriceskij zurnal. Moskau (1995)11. S. 44ff. und 575ff.*

69 V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dok. 87. S. 371.*

70 Géza Losonczy (1917–1957): Journalist, 1945–1951 ZK-Mitglied, 1954 rehabilitiert, seit 24. Oktober 1956 ZK-Mitglied und Staatsminister, danach verhaftet und im Gefängnis im Dezember 1957 gestorben.

71 Ferenc Donáth (1915–1986): Widerstandskampf gegen das Horthyregime, seit 1945 in der zentralen Parteiführung, 1951–1945 wegen falscher Anschuldigungen im Gefängnis, 1954 rehabilitiert, stellvertretender Direktor des Akademieinstituts für Wirtschaft, 23. Oktober 1956 ZK-Sekretär. November 1956–1960 inhaftiert, 1989 rehabilitiert.

72 György Lukács (1985–1971): Philosoph, 1919 Volkskommissar für Bildung der Räterepublik, 1935–1945 Emigration in der UdSSR, 1945–1956 Universitätsprofessor, seit 25. Oktober 1956 Bildungsminister in der Nagy-Regierung, November 1956 nach Rumänien deportiert, nach Selbstkritik im April 1957 Rückkehr nach Ungarn, 1967 wieder in die Partei aufgenommen.

73 József Kőböl (1909–1991): seit 1948 in der zentralen Parteiführung, seit Oktober 1956 Politbüro und Chef der Budapester Parteiorganisation, 1957 wegen Kritik an Kadars Repressionspolitik aus der Führung entfernt.

Moskau Ferenc Münnich<sup>74</sup>. Nagy übernahm das Amt des Regierungschefs und verkündete am Vormittag des 24. Oktober 1956 in einer Rundfunkrede sein Reformprogramm. Er garantierte den Aufständischen Straffreiheit, wenn sie ihre Waffen niederlegten. Diese waren skeptisch, da sie annahmen, Nagy habe die sowjetische Intervention angefordert.<sup>75</sup> Am 25. Oktober wurde Parteichef Gerö durch Kádár ersetzt, Hegedüs trat als 1. Stellvertreter von Ministerpräsident Nagy zurück; beide nahmen bis zum 29. Oktober und danach aus dem sowjetischen Exil weiterhin Einfluss auf die ungarische Politik.

Zwischen dem 25. und 27. Oktober 1956 fielen in den militärischen Kämpfen etwa 600 Ungarn (davon etwa 150 Sicherheitspolizisten) und 350 sowjetische Soldaten.<sup>76</sup> Neben der Nagy-Regierung entstanden neue Machtorgane – betriebliche Arbeiterräte, regionale National- und Revolutionskomitees. *In der Budapester Führungsspitze gab es von Anfang an Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Ereignisse seit dem 23. Oktober 1956. Die Politiker um Gerö-Hegedüs, aber auch der am 27. Oktober neu eingesetzte Innenminister Münnich wollten durch eine Militärdiktatur die »konterrevolutionären Aufständischen« ausschalten, während die Reformer um Nagy für eine politische Lösung der Krise waren* und erfolgreich mit einigen Aufstandsführern, Delegationen der Verbände der Schriftsteller und Studenten, der Arbeiterräte (Csepel, Ujpest, Miscole), der National- und Revolutionskomitees (Győr, Debrecen) verhandelten, um sie in die schwache Staatsmacht zu integrieren. Mikojan gab grünes Licht für diese Politik der nationalen Versöhnung.<sup>77</sup>

74 Ferenc Münnich (1906–1967): Mitbegründer der KP und Kommissar in der ungarischen Roten Armee 1919, führendes Mitglied der Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg, 1946–1949 Budapester Polizeipräsident, 1949–1956 Botschafter im Ministerrat, seit Oktober 1956 Innenminister, 1. November 1956 Flucht nach Moskau und danach stellvertretender Ministerpräsident der Kadarregierung bis 1961, 1957–1966 Politbüromitglied.

75 Nagy, der erst nach dem sowjetischen Einmarsch Regierungschef geworden war, weigerte sich, den »Hilferuf« zur sowjetischen Intervention nachträglich zu bestätigen, sein Stellvertreter Hegedüs unterzeichnete ihn allerdings am 26. Oktober 1956. Siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz*. Dokument 109. S. 446f.

76 Siehe Presidium CK KPSS. Dok. 81. S. 184 und Anm. 9.

77 V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz*. Dok. 95, 96 und 97. S. 390ff., 403ff. und 407ff.

*Die Nagy-Regierung gewann an politischem Gewicht durch die Aufnahme bekannter Politiker der wieder zugelassenen Partei der Kleinen Landwirte, Zoltán Tildy<sup>78</sup> und Béla Kovács<sup>79</sup>, sowie der Kommunisten Lukács und Vás. Ein sechsköpfiges Präsidium (Nagy, Kádár, Münnich, Zoltán Szántá, Antall Aprá, Károly Kiss) übernahm die Führung der Partei, die sich am 1. November 1956 als *Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei MSZMP* neu zu organisieren begann.*

*Am 28. Oktober 1956 gab Nagy den Waffenstillstand zwischen den kämpfenden Parteien bekannt: »Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik ordnet im Interesse der Beendigung weiteren Blutvergießens und der Sicherung eines friedlichen Auswegs die allgemeine, sofortige Feuereinstellung an. [...] Die Regierung verurteilt die Ansichten, nach denen die gegenwärtige mächtige Volksbewegung eine Konterrevolution ist. Es steht außer Zweifel, daß auch schädliche Elemente, wie dies bei allen großen Volksbewegungen ist, die letzten Tage nutzen, um gewöhnliche Verbrechen zu begehen. Es ist auch eine Tatsache, daß sich reaktionäre, konterrevolutionäre Elemente einschalten, um die Ereignisse zum Sturz des volksdemokratischen Regimes auszunutzen. Es ist jedoch unbestreitbar, daß sich in dieser Bewegung mit elementarer Kraft ein großes, unser ganzes Volk umfassendes vereintes nationales und demokratisches Aufbegehren entfaltet. [...] Die ungarische Regierung beginnt über die Beziehungen [...] mit der Sowjetunion Verhandlungen, unter anderem über den Abzug der in Ungarn stationierten sowjetischen Streitkräfte. [...] Nach Wiederherstellung der Ordnung organisieren wir eine neue, einheitliche Staatspolizei und lösen die Staatsschutzbehörde auf.«<sup>80</sup>*

78 Zoltán Tildy (1889–1961): 1945–1946 Führer der Partei der Kleinen Landwirte und Präsident Ungarns, August 1948 bis Mai 1956 Hausarrest, 27. Oktober–4. November 1956 Staatsminister der Nagyregierung, 1957–1959 inhaftiert.

79 Béla Kovács (geb. 1908): seit 1930 Generalsekretär der Partei der Kleinen Landwirte, Februar 1947 vom KGB verhaftet, Herbst 1955 aus dem sowjetischen GULAG entlassen, vom 27. Oktober bis 4. November 1956 Staatsminister der Nagy-Regierung.

80 Zitiert und vom Autor übersetzt nach V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dok.* 106. S. 441ff.

Oberst Pál Maléter<sup>81</sup>, seit 25. Oktober 1956 Kommandeur der Kilián-Kaserne, schloss mit Aufstandgruppen einen Waffenstillstand und übernahm am 5. November das Verteidigungsministerium.

Die Nagy-Regierung beseitigte am 30. Oktober 1956 das Einparteiensystems und schuf nach dem Vorbild des ungarischen politischen Systems zwischen 1944 und 1949 *eine nationale Koalitionsregierung aus Vertretern der sich erneuernden kommunistischen Partei MSZMP* (Nagy, Losonczy, Kádár, Maléter), *der neugebildeten Sozialdemokratie SZDP* (Anna Kéthly<sup>82</sup>, Gyula Kelemen und József Fischer), *der wieder erlaubten Partei der Kleinen Landwirte FKGB* (Tildy, Kovács, István B. Szabó<sup>85</sup>) *und der Nationalen Bauernpartei NPP/ Petőfi*partei (István Bibó<sup>84</sup>, Ferenc Farkas). Die Staatssicherheit wurde aufgelöst. Der von Nagy beauftragte General Béla Király<sup>85</sup> schuf in wenigen Tagen eine Nationalgarde (25 000 Mann, davon etwa 5 000 in Budapest) aus Teilen der Polizei, der Armee und der Aufständischen. Am 1. November 1956 beschloss Arbeiterräte von Budapest auf ihrer gemeinsamen Konferenz, am Montag, den 5. November 1956 die Arbeit wiederaufzunehmen.

81 Pál Maléter (1917–1958): 1944 in sowjetischer Gefangenschaft, Antifaschule und Partisaneneinsatz, 1945–1947 Leiter der Wache des Regierungschefs, am 31. Oktober Kommandeur der Kilián-Kaserne, 31. Oktober 1956 Mitglied des Revolutionsrates für Verteidigung, seit 3. November 1956 Verteidigungsminister, am 3. November während der Regierungsverhandlungen verhaftet und 1958 hingerichtet, 1989 rehabilitiert.

82 Anna Kéthly (1909–1976): seit 1920 Sozialdemokratin, 1945–1948 Vizepräsidentin des Parlaments, 1950–1954 als Gegnerin der Einheitspartei verhaftet, bis Juli 1956 Hausarrest, 31. Oktober 1956 Vorsitzende der neu gegründeten ungarischen Sozialdemokratie, 2.–4. November 1956 Staatsministerin im Nagy-Kabinett, seit November 1956 im Exil.

83 István B. Szabó (1895–1976): 1945–1949 stellvertretender Vorsitzender der Partei Kleinen Landwirte, 2.–4. November 1956 Staatsminister, 1957–1960 inhaftiert, 1989 rehabilitiert.

84 István Bibó (1911–1979): Jurist und Politologe, 1946–1948 Universitätsprofessor, 1949–1956 Bibliotheksmitarbeiter, 2.–4. November 1956 Staatsminister der Nagy-Regierung, 1958–1965 inhaftiert, 1989 rehabilitiert.

85 Béla Király (\*1912): seit 1945 in der KP, 1950/51 Leiter der Militärakademie, 1951–September 1956 wegen falscher Anschuldigung inhaftiert, seit 31. Oktober 1956 Militärkommandant von Budapest, seit 3. November 1956 Chef der Nationalgarde, Mitte November Flucht in die USA, in Abwesenheit 1958 zum Tode verurteilt, 1989 rehabilitiert, 1990–1994 Abgeordneter des ungarischen Parlaments.

men. *Die Lösung der Krise ohne weiteres Blutvergießen schien noch möglich.*

*Warum beschließt Moskau eine zweite Militärintervention?*

Im Präsidium des ZK der KPdSU entbrannte am 28. Oktober 1956 eine heftige, sich über mehrere Tage hinziehende Debatte über das weitere Vorgehen gegenüber Ungarn. Die Stalinisten Molotow, Woroschilow und Kaganowitsch waren entschieden gegen einen Abzug sowjetischer Truppen, sie forderten vielmehr deren verstärkten Einsatz. Sie sahen in Nagy den »Liquidator des sozialistischen Systems« und den »Kapitulanten vor der Konterrevolution«. Regierungschef Bulganin hingegen bezeichnete eine militärische Okkupation Ungarns als »Abenteuerum« und war für die Unterstützung der Nagy-Regierung. Shukow bestätigte, dass mit dem militärischen Eingreifen die Lage schwieriger geworden sei und schlug vor, die sowjetischen Truppen aus den Straßen der Hauptstadt zurückzuziehen. Chruschtschow entschied: »Sprechen wir mit Kádár und Nagy und unterstützen sie. [...] Wir stellen das Feuer ein. Wir sind bereit unsere Truppen aus Budapest abzuziehen. [...] Wir müssen die Regierungsdeklaration Nagys mit Modifizierung annehmen. Das ist für uns politisch vorteilhaft.«<sup>86</sup> *Die Debatte wurde am 30. Oktober 1956 von Mikojans Bericht am über die Verschlechterung der Lage in Ungarn beeinflusst.<sup>87</sup> Die Partei zerfalle, die antikommunistischen Kräfte würden dreister, besetzten Einrichtungen und ermordeten Kommunisten.*

Gab es einen konterrevolutionären Terror in jenen Herbsttagen 1956? Auf Elemente konterrevolutionären Terrors hatte Nagy schon in seiner Rede am 28. Oktober aufmerksam gemacht. Trotz Waffenruhe beschoss am 30. Oktober 1956 eine Gruppe bewaffneter Marodeure vier Stunden das Parteikomitee am Köztársaság-Platz. Der Sekretär des Parteikomitees, Imre Mezö<sup>88</sup> und die Obersten János Asztalos und

86 Präsidium CK KPSS. Dok. 81. S.181ff.

87 Siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.) Sovetskij Sojuz. Dok 117. S. 467.

88 Imre Mezö (1905–1956): Teilnahme am spanischen Freiheitskampf und französischen antifaschistischen Widerstand, 1950–1956 Sekretär des Budapester Parteikomitees, seit 24. Oktober Mitglied des Militärkomites in der Parteiführung, am 30. Oktober 1956 vom Straßmob ermordet.

József Papp wollten als Parlamentäre das Gebäude übergeben. Sie und 20 weitere Kommunisten wurden sofort in bestialischer Weise von dem Mob ermordet. Die Bilder über diese scheußlichen Verbrechen gingen damals durch die Welt. Im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Nagy 1958 war die Rede von 234 Opfern des konterrevolutionären Terrors. *Neue Forschungen belegen: Zwischen dem 23. und 31. Oktober wurden 37 Kommunisten durch sog. Lynchjustiz ermordet. Aber auch 350 friedliche Demonstranten durch Polizeikräfte getötet.* Oftmals kam es nach Schüssen auf Demonstranten zu grausamen Racheakten. In Miskolc schoss die Polizei am 26. Oktober 1956 auf eine Kundgebung, 16 Personen wurden getötet. Daraufhin stürmte ein Teil der Demonstranten das Polizeipräsidium und ermordete 7 Polizisten.<sup>89</sup> Gegenwärtig wird in nicht wenigen Publikationen verdrängt, dass in jenen Oktobertagen 1956 nicht nur 3 324 politische Häftlinge, sondern auch 9 962 mehrfach bestrafte Kriminelle und ehemalige faschistische Kriegsverbrecher ungesetzlich aus Gefängnissen befreit wurden. Nicht wenige von ihnen gelangten in die Nationalgarde sowie in die National- und Revolutionsräte. *Mikojan sah allerdings die Zuspitzung der Lage noch in einem anderen Zusammenhang: Ohne Erlaubnis der Nagy-Regierung überschritten vom 27. bis zum 31. Oktober 1956 fünf sowjetische Divisionen die ungarische Grenze. Deshalb forderte er in seiner Mitteilung im Interesse der politischen Entspannung, diese »Truppenverlegungen« zu beenden.*

*Trotz einiger antikommunistischer Terrorakte bekräftigte die Präsidiumssitzung des ZK der KPdSU am 30. Oktober 1956 die bisherige Politik der friedlichen Krisenlösung.* Außenminister Schepilow erklärte: »Im Einverständnis mit der Regierung Ungarns sind wir zum Abzug der Truppen bereit. Man wird [nun] gegen den Nationalkommunismus [unter Nagy] einen langen Kampf führen müssen.« Shukow stimmte ebenfalls dem Abzug der Truppen aus Budapest, notfalls auch aus Ungarn, zu: »Für uns ist das eine militärisch-politische Lektion.«<sup>90</sup> Beschlossen wurde: »Die Regierung der Sowjetunion wies unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein weiterer Aufenthalt der sowjeti-

<sup>89</sup> Siehe Géza Alföldy: Ungarn 1956. S. 29f. und 103ff.; Informationsamt des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik (Hrsg.): Die konterrevolutionären Kräfte bei den Oktoberereignissen in Ungarn. Bd. 1. S. 19ff. und 36ff.; V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): Sovetskij Sojuz. Dok. 204. S. 662. Anm. 2.

<sup>90</sup> Zitiert und vom Autor übersetzt nach: Presidium CK KPSS. Dok. 82. S. 189ff.

schen Einheiten in Ungarn Anlaß für eine Verschärfung der Lage geben könnte, ihr militärisches Oberkommando an, die sowjetischen Militäreinheiten in Budapest abzuziehen, sobald die ungarische Regierung dies für richtig erachtet.« Moskau sei bereit im Rahmen des Warschauer Vertrags »Verhandlungen über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen in Ungarn aufzunehmen.«<sup>91</sup>

*Am 31. Oktober 1956 änderte Chruschtschow in der Präsidiumssitzung seine Auffassung und bewertete die Lage grundsätzlich neu.* Er brachte ein internationales Ereignis vom 29. Oktober 1956 ins Spiel – die Aggression Israels, Frankreichs und Großbritanniens gegen Ägypten, um den Kurswechsel gegenüber der Nagy-Regierung zu begründen: »Wir sollten die Truppen aus Ungarn und aus Budapest nicht abziehen. [...] Würden wir das tun, so könnte das die amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten ermutigen. Sie fassen dies als unsere Schwäche auf und gehen zum Angriff über. [Mit dem Truppenabzug] demonstrieren wir die Schwäche unserer Positionen. [...] Neben Ägypten würden wir ihnen [den Westmächten] auch Ungarn überlassen.« Es werde aber wegen Ungarn nicht zu einem »großen Krieg« kommen.<sup>92</sup> Von ungarischer Seite habe Innenminister Münich um Unterstützung gebeten. Chruschtschow erklärte: »Wir leisten Hilfe und schaffen Ordnung.« Die Nagy-Regierung solle formal zu Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn eingeladen werden, um mit ihr endgültig »aufzuräumen«. Nagy könne in der neuen »Provisorischen Revolutionsregierung« unter Münich als stellvertretender Ministerpräsident mitarbeiten, wenn er seine Positionen verändert. Shukow sollte die Militärintervention »Wirbelsturm« (»Vychr«) am 4. November 1956 früh beginnen. Bis dahin holten sich Chruschtschow, Malenkow und Molotow bei den Führungen der Tschechoslowakei, Rumäniens, Bulgariens, Jugoslawiens und Chinas die Zustimmung zur Intervention ein. Nur Gomu<sup>3</sup>ka sprach sich gegen eine militärische Krisenlösung aus. Tito verlangte, den Stalinisten um Rákosi und Gerö keinen Zugang zur Macht zu geben. Er war auch mit Kádár als neuen Regierungschef einverstanden.<sup>93</sup> Auf

91 Zitiert und vom Autor übersetzt nach V. K.Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz Dok.* 116. S. 464ff.

92 Zitiert und vom Autor übersetzt nach: *Presidium CK KPSS. Dok. 82. Protokoll Nr. 49.* S.191ff.

93 V. K.Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz. Dok.* 149. S.524ff.

der Präsidiumssitzung der KPdSU am 1. November 1956 lenkte Mikojan erneut ein. Man solle noch etwa zwei Wochen mit der Intervention warten und die Nagy-Regierung weiterhin unterstützen. Das wurde abgelehnt. Marschall Konew begab sich zur Durchführung der zweiten Militärintervention nach Ungarn. Am 1. und 2. November überschritten die 8. sowjetische Armee und eine weitere Division die ungarische Grenze. Während der von Moskau vorgetäuschten Truppenabzugsverhandlungen am 3. November 1956 besetzten Einheiten der 7. Gardeluftlandedivision den Flughafen Tököl südlich von Budapest.<sup>94</sup>

Warum war sich Chruschtschow so sicher, als er nach der Entscheidung über die Intervention am 31. Oktober 1956 feststellte es werden wegen Ungarn »keinen großen Krieg geben«? *Die westliche Regierungen betrieben (ähnlich wie in Polen) eine doppelzüngige Politik. In ihren Medien und öffentlichen Auftritten erweckten sie bei den Aufständischen den Eindruck, dass die NATO auf ihrer Seite steht. Die USA hatten sogar Einsatzpläne für Aufstände in der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Ungarn vorbereitet. Die am 23. Oktober 1956 nach Budapest entsandten »Red Sox/Red Cap-Gruppen« des CIA waren am Aufstand beteiligt und wurden von den sowjetischen Truppen vollständig aufgegeben.*<sup>95</sup> Aber der amerikanische Präsident gab Chruschtschow am 29. Oktober 1956 zu verstehen, dass er die »Satellitenländer nicht als mögliche militärische Verbündete betrachtet.«<sup>96</sup> Die von den Alliierten 1955 ausgehandelte österreichische Neutralität signalisierte deshalb nicht, wie viele Ungarn annahmen oder hofften, dass die in Jalta abgesteckten Interessensphären der Großmächte obsolet geworden seien. An einem neutralen Ungarn waren beide Supermächte nicht interessiert. Der ungarische Historiker Cs. Békés kommt nach seiner Recherche zu diesem Thema zum Schluss, dass der »US-Außenminister selbst, der in der immer stärker werdenden Bewegung der blockfreien Staaten eine ernstzunehmende Gefahr für Amerika sah, [...] deshalb [...] gegen die Neutralität Ungarns Position«<sup>97</sup> bezog. Chruschtschows Argument auf der Beratung des Präsidiums der KPd-

94 Siehe ebenda. Dok. 85. S. 193f. und Dok. 88. S. 376f.

95 Siehe Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. S. 518f.

96 FRUS, 1955–1957. Vol. XXV. Eastern Europe. Washington 1990. Nr. 128. S. 317f.

97 Csaba Békés: Die ungarische Revolution von 1956 und die Großmächte. In: Das internationale Krisenjahr 1956. S. 372.

SU am 31. Oktober 1956, die USA würden bei Abzug sowjetischer Truppen in Ungarn einrücken, war also nicht stichhaltig. *Die sowjetische Führung hatte keine imperialistische Aggression durch die NATO zu befürchten. Sie wollte in erster Linie eine demokratisch-sozialistische und national selbstbestimmte Entwicklung in Ungarn nach polnischen und jugoslawischen Modell ausschließen.* Das war offenbar nur noch gewaltsam zu erreichen. Die Garantie des Status quo durch die US-Supermacht und die Blicke der ganzen Welt auf das Krisenzentrum im Nahen Osten, den anglo-französisch-israelischen Aggressionskrieg gegen Ägypten, bot die Möglichkeit ungestraft gegen ein Mitglied des Warschauer Vertrages militärisch zu intervenieren.

Auch Nagy ahnte, dass sich eine zweite sowjetische Intervention anbahnt. Er protestierte vergeblich bei Botschafter Andropow gegen den andauernden Einfall sowjetischer Truppen nach Ungarn. *Die ungarische Führung (einschließlich Kádár) war nicht bereit, eine solche willkürliche Verletzung ihrer souveränen Rechte hinzunehmen, zumal sich die Regierung der UdSSR am 30. Oktober 1956 weltweit zu einer Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheit anderer Länder öffentlich bekannt hatte. Die Nagy-Regierung wollte deshalb mit ihrer Neutralitätserklärung vom 1. November 1956 eine erneute militärische Einmischung mit all ihren katastrophalen Folgen abwehren und die Weltöffentlichkeit bis zur UNO dagegen mobilisieren.* Botschafter Andropow wurde über diesen Schritt offiziell am 1. November 1956 gegen 19 Uhr informiert. Eine halbe Stunde später verlas Nagy die Neutralitätserklärung im Radio.<sup>98</sup> Auch der Parteichef und Staatsminister Kádár forderte gegen 22 Uhr in seiner Rundfunkansprache den Abzug der sowjetischen Truppen und fügte hinzu: »Wir wollen weiter nichts als die Unabhängigkeit! Wir wollen nicht, daß unsere Land ein Kriegsschauplatz wird.«<sup>99</sup> Auf Initiative von Münnich und des sowjetischen Geheimdienstes flog Kádár, der bisher alle Entscheidungen von Nagy mitgetragen hatte, in der Nacht zum 2. November 1956 nach Moskau. Auf der Präsidiumssitzung des ZK der KPdSU referierte er über die Lage in seinem Land. Die Aufständischen seien Arbeiter und »für die Beseitigung der Rakosi-Clique. Sie kämpften für den Abzug

98 Siehe V. K. Volkov u. a. (Hrsg.): *Sovetskij Sojuz*. Dok. Nr. 154, 135 und 137. S. 498f., 499f. und 501f.

99 Ebenda. Dok. Nr. 158. S. 504.

der [sowjetischen] Truppen, für das volksdemokratische Regime«, für mehr Demokratie und soziale Verbesserungen. »Das haben wir anfangs nicht gesehen, wir erklärten [diese Bewegung] zur Konterrevolution, und damit haben wir [die Bevölkerung] gegen uns aufgebracht.« Er bestätigte nochmals: »Die Koalitionsparteien wollen keine Konterrevolution.« Die Vertreter der neuen Partei der Kleinen Landwirte, Tildy und B. Kovács, seien gegen eine Restauration von Großgrundbesitz und Kapitalismus. In einem Drittel aller Komitate stünden Kommunisten an der Spitze der Revolutions- und Nationalräte. Allerdings »verschiebe sich die politische Lage von Stunde zu Stunde mehr nach rechts.« *Das aber sei auch auf die neuerlichen sowjetischen Truppenbewegungen zurückzuführen. Deshalb sei die militärische Intervention keine richtige Lösung.* Sie »führe dazu, daß die moralische Position der Kommunisten gleich Null sein wird.«<sup>100</sup> In dieser kritischen Situation sei der Beschluss zustande gekommen Ungarns Mitgliedschaft im Warschauer Pakt aufzukündigen und die Neutralität des Landes zu proklamieren. Als Chruschtschow am 3. November 1956 mit Titos Zustimmung für die sowjetische Interventionspolitik zurückkehrte, gab Kadar seine Position auf und erklärte sich bereit an die Spitze einer von Moskau eingesetzten »Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung« zu treten, die am 4. November im ostungarischen Szolnok und erst am 7. November unter dem Schutz der sowjetischen Okkupationsmacht ihre Arbeit aufnahm.

*Um Zeit zur Vorbereitung des Militärschlages zu gewinnen und die militärpolitische Führung Ungarns auszuschalten, eröffnete Armeegeneral Malinin zum Schein am 3. November 1956 um 14 Uhr im Parlamentsgebäude offizielle Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen. Es wurde in Aussicht gestellt, die Truppen bis spätestens 15. Januar 1957 abzuziehen.* Um Mitternacht, vier Stunden vor dem Beginn der sowjetischen Militärintervention, verhaftete KGB-General Serow die ungarische Regierungsdelegation (Stellvertretender Regierungschef Ferenc Erdei, Verteidigungsminister General Maléter, Generalstabschef István Kovács u.a.). Am 4. November 1956, 4.15 Uhr begann die sowjetische Militärintervention mit 17 Divisionen (60 000 Soldaten und 6 000 Panzern). Die Kämpfe in Budapest waren erst am

<sup>100</sup> Zitiert und vom Autor übersetzt nach Presidium CK KPSS. Dok. 85. Protokoll Nr. 50 vom 2. November 1956. S. 196ff.

12. November 1956 beendet. Aufstand und sowjetische Interventionen im Herbst 1956 brachten 2 652 Ungarn (unter ihnen 1 330 Arbeiter, 44 Studenten und 196 Kinder unter 14 Jahren) den Tod. In den Krankenhäusern Ungarns befanden sich 19 226 Verwundete (davon allein 11 476 in Budapest).<sup>101</sup> Von den eingesetzten 58 821 sowjetischen Soldaten und Offizieren fielen 669, 51 galten als vermisst und 1 540 wurden verwundet.<sup>102</sup>

Nagy und weitere 14 seiner Anhänger hielten sich seit dem 4. November 1956 in der jugoslawische Botschaft in Budapest auf. Sie verweigerten in einem Beschluss vom 11. November 1956 dem von Moskau eingesetzten Regime die Anerkennung: »Die Nagy-Regierung ist die legitime Regierung, sie darf ihren Rücktritt nicht erklären, da dies Kádárs Verrat rechtfertigen würde. [...] Wir verhandeln nicht mit der Kádár-Regierung, wir verhandeln mit den sowjetischen Genossen, aber nur auf der Basis der Gründungsurkunde der USAP.«<sup>103</sup> Die zunächst von Moskau eingesetzte Regierung stieß auf massiven Widerstand der neuen Revolutionsorgane, des Zentralen Arbeiterrates von Großbudapest, des Revolutionsrates der ungarischen Intellektuellen, der Verbände der Schriftsteller und Journalisten. Wie Kadar selbst in Moskau erklärt hatte, bewegte sich mit der Intervention der politische Einfluss der Kommunisten in der Tat gegen Null. Von den 800 000 Mitglieder waren Ende November 37 000 übriggeblieben. Die Parteiorganisation des Roten Csepels mit ihren 12 000 Kommunisten hatte nur noch 500 Mitglieder. Die sowjetischen Militärorgane und der KGB übernahm die Aufgabe, den wachsenden zivilen Widerstand zu unterdrücken. Sie entwaffneten etwa 35 000 Aufständische samt Armeeangehörigen, verhafteten über 6 000 Ungarn, von denen 846 in die benachbarte Ukrainische SSR verschleppt und inhaftiert wurden. Obwohl Moskau wie auch Kádár Tito zugesichert hatten, dass die in der jugoslawischen Botschaft geflüchteten Nagy-Anhänger nicht verhaftet oder vor ein Gericht gestellt werden, wurde sie vom sowjetischen KGB am 22. November 1956 verhaftet und nach Rumänien de-

101 Vgl. György Litván /Janos M. Bak (Hrsg.): Die ungarische Revolution 1956. Reform – Aufstand – Vergeltung. Mit einer Einleitung von Jörg K. Hoensch. Wien 1994. S. 122ff.

102 Siehe Rossija i SSR v vojnach XX Veka. Poderi vooruzennyh sil. Moskva 200. S. 532; G. Géza Alföldy: Ungarn 1956. S. 132, 134ff. und 142f.

103 Zitiert nach Geza Alföldy: Ungarn 1956. S. 125.

portiert, 1957 an Ungarn ausgeliefert und von einem Militärgericht abgeurteilt. Das Regime führte am 9. Dezember 1956 den Ausnahmezustand ein; er wurde erst im April 1957 aufgehoben. 13 000 Ungarn blieben bis 1960 in Internierungslagern, 22 000 erhielten langjährigen Haftstrafen. Aus einer 1989 veröffentlichten Liste geht hervor, dass die Kádár-Regierung 229 Personen wegen aktiver Teilnahme an der Revolution hinrichten ließ. Bis April 1957 verließen 193 855 Ungarn (darunter 8 000 Studenten, ein Viertel der gesamten Studentenschaft) ihr Land.<sup>104</sup>

*Was blieb von der Reform- und Aufstandsbewegung*

*Im Unterschied zum Polnischen Oktober misslang eine friedliche Lösung der Krise in Ungarn, obwohl noch bis Ende Oktober 1956 eine solche Chance bestand. Sie wurde allerdings von sowjetischer Seite ausgeschlagen. Der polnische Parteichef Gomuška war der einzige osteuropäische Parteichef, der sich aufgrund eigener Erfahrungen gegen die sowjetische Intervention und für eine gewaltfreie Konfliktlösung in Ungarn einsetzte.*

Der Status quo in Europa blieb unverändert, der *Kampf der Großmächte um Einflussphären hatte sich inzwischen allerdings nach Afrika und Asien verlagert. Für die USA war in der gegebenen Situation von vorrangigem Interesse, im Nahen Osten Fuß zu fassen.* Deshalb war für Washington die Lösung der Suez-Krise wichtiger als die internen Ereignisse im sowjetischen Machtblock.

In Ungarn führte die Niederschlagung des Volksaufstandes nicht zum Rückfall in den Stalinismus à la Rakosi. *Kádár, der einstige Mitstreiter, aber auch Henker des aufrechten Reformers Nagy, gestaltete mit der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei in den nachfolgenden drei Jahrzehnten einen Sozialismus, der ökonomisch weitaus effizienter, freiheitlicher, demokratischer und national ausgerichteter war als anderswo in Osteuropa.* Kádárs Rolle in der Geschichte des ungarischen Sozialismus ist umstritten und widersprüchlich. Seine Wandlungen, die Tragik seiner Verstrickung in die Tragödie von 1956 offenbarte er in seiner letzten öffentlichen Rede vom 12. April 1989. An

104 Siehe ebenda. S. 47f. und 145ff.

diesem Dokument wird der Historiker nicht vorbeikommen, wenn er diesen Politiker mit unleugbar großen Verdiensten um Ungarns späteren Reformprozess, aber auch dessen Verantwortung für die Hinrichtung seiner eigenen Mitstreiter, seine Ängste und menschliche Schwächen verstehen und beurteilen will.

*Den herrschenden Eliten der staatssozialistischen Länder gelang es nicht, die Chancen der Jahre 1953 und 1956 dauerhaft für den Umbau des Staatssozialismus in eine erneuerte, demokratische, freiheitliche, ökonomisch effiziente und sozial gerechte Gesellschaft zu nutzen. Die sowjetische Supermacht war dafür das Haupthindernis. Erst seit Mitte der 80er Jahre setzten sich in deren neuen Führungsgremien unter Gorbatschow teilweise die Erkenntnis und der Wille zu einer Alternative zum »realen Sozialismus« durch. Unter den nach 1989 gänzlich veränderten Bedingungen des Zerfalls der UdSSR und der Ausweitung des westlichen Einflusses auf Osteuropa blieb ein dritter Weg zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, d. h. ein demokratischer Sozialismus, vor allem deshalb keine reale Möglichkeit mehr, weil inzwischen die Idee vom Sozialismus an Einfluss und Attraktivität verloren hatte und auch auf längere Sicht dafür keine nennenswerten politischen Formationen zu mobilisieren waren.<sup>105</sup>*

*Da das westliche Gesellschaftssystem auch durch seine räumliche Ausdehnung nach Osten aus seiner Krise vorerst nicht herauskommt, ist nur zu verständlich, dass deren herrschende Eliten in der Furcht vor neuen alternativen Aufbrüchen leben. Das bestimmt auch ihre veränderte, apologetische Sicht auf den historischen Reformkommunismus:*

- Die staatssozialistischen Entwicklungen seit 1917 seien wegen ihrer Reformunfähigkeit von vornherein »gesetzmäßig« zur Rückkehr in die bürgerlich-kapitalistische Welt verdammt gewesen. Historische Chancen für Alternativen finden daher keine Aufmerksamkeit.
- Die Idee eines Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Stalinismus gehöre in den Bereich intellektueller Utopie. Denkansätze und Wege in eine solchen Richtung werden eher als nutzlos historisch »entsorgt« oder gar den »Verbrechen des Kommunismus« zugeordnet.
- Das Phänomen des Reformkommunismus sei lediglich Ausdruck zweier Fraktionen innerhalb der kommunistischen Bewegung, die auf gleicher dogmatischer und verbrecherischer Grundlage beruhten. Die

105 Siehe Géza Alföldy: Ungarn 1956. Heidelberg 1996. S. 145ff.

einst gepriesenen (besser von ihnen missbrauchten) Symbolgestalten des Reformkommunismus wie Tito und Djilas, Nagy, und Kádár, Gomuška oder Dubček sind kaum einer Erwähnung mehr wert.

Politiker und Ideologen des orthodoxen Kommunismus deuten den *Untergang des sowjetischen und osteuropäischen Staatssozialismus als Resultat einer großen »imperialistische Verschwörung«, an der Reformkommunisten wesentlichen Anteil gehabt hätten.* Die kritischen Geister, die in Krisensituationen nach alternativen Auswegen aus dem Stalinismus suchten, seien »Verräter an der Sache«, bestenfalls naive Phantasten gewesen, denn ein Mittelweg zwischen beiden Systemen ende stets in der kapitalistischen Restauration.

JOACHIM BIENER

## Der 4. Schriftstellerkongress vom 9. bis 14. Januar 1956 als hoffnungsvoller Jahresauftakt

Auch ich bin Historiker, aber Literaturhistoriker und zugleich Zeitzeuge. Mein Beitrag entstand unabhängig von den hier präsentierten neuen Forschungsergebnissen. Ich bin der Ansicht, dass man bei Betrachtung des Jahres 1956 am 4. Deutschen Schriftstellerkongress nicht vorbeigehen kann, ich spreche nur über vier Tage, die es aber in sich hatten. So nahmen Johannes R. Becher, Anna Seghers, Bertolt Brecht, Ernst Bloch und Georg Lukács am Kongress teil.

Meine Grundlagen sind die Kongress-Broschüren des Schriftstellerverbandes (Bd.1 Referate, Bd. 2 Protokoll der Diskussion)<sup>1</sup> und meine Erinnerung.

Man könnte den Kongress auch unter das Motto stellen: »Berufung, Intuition, Hingabe«. Diese Worte stammen allerdings nicht aus dem Kongress, sondern aus der unmittelbaren Vorbereitungszeit; sie stammen auch nicht von einem deutschen Schriftsteller.

In ähnlichem Sinne äußerte sich über die Voraussetzungen des Schaffensprozesses in seiner Begrüßungsansprache der ausländischen Gäste der türkische Dichter Nazim Hikmet, der Literatur auf die Form brachte: »Talent, literarische Kultur und Marxismus«, zumindest eine dialektische Weltanschauung, wie die Werke von Balzac oder Fontane beweisen.

Hans Mayer schreibt in »Ein Deutscher auf Widerruf«: »Die Spanne vom Frühsommer 1955 bis zum Spätsommer 1956 darf man als eigentliche Zeit eines kulturellen Tauwetters in der DDR betrachten«<sup>2</sup>.

Über den 4. Kongress schreibt Mayer in seinen Memoiren nichts, auch nicht Alfred Klein in seinem Buch »Der siebenjährige Krieg ge-

1 IV. Deutscher Schriftstellerkongress. 9.–14. Januar 1956. Referate und Diskussionsbeiträge. Berlin 1956.

2 Hans Mayer: Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen II. Frankfurt am Main 1984. S. 128.

gen H. M.« Aber Hans Mayer war dabei, wie ein Zwischenruf während des Beitrages von Kuba bezeugt: Als Kuba die Romane von Gotsche und Neuhaus lobte, rief Mayer: »Aber sie wurden nicht wirksam«. Darauf Kuba: »Vielleicht werden sie wirksam, Herr Prof. Mayer, das wird sich herausstellen. Ich bin der Meinung, dass man auf die zurückgreifen muss, die dabei gewesen sind«<sup>3</sup>. Im Herbst 1957 erschien Mayers nicht gehaltener Rundfunkvortrag über die Opulenz der Literatur der zwanziger Jahre im »Sonntag«. Über das öffentliche Interesse am Kongress bemerkte Kurt Stern in der Diskussion: »... unter Ausschluss der Öffentlichkeit findet der Kongress nicht statt. Es hat bestimmt noch nie einen Schriftstellerkongress in Deutschland gegeben, der von so vielen Menschen mit so großem Interesse erwartet und verfolgt wurde ...«<sup>4</sup>. Das gilt auch für uns, für meine Kollegen H.-H. Reuter, Heinz Kächele, Gerhard Schaumann und mich. Wir wirkten damals am 1953 gegründeten Pädagogischen Institut in der Karl-Heine-Str., in der früheren Klinger-Schule. Wir verfolgten den Kongress mit großer Anteilnahme, wir wurden durch ihn in unserer Lehrtätigkeit beflügelt. Im Gefolge des Kongresses luden wir Bodo Uhse und Stefan Heym zu Veranstaltungen ein. Darüber später.

Schon vor dem Kongress bewegten uns bestimmte Veröffentlichungen. Von Becher erschien 1952 der Aphorismen-Band »Verteidigung der Poesie«, 1954 die »Poetische Konfession«, dann »Macht der Poesie« und 1957 »Das poetische Prinzip« mit dem aufregenden längeren Aphorismus über den nicht immer kontrollierbaren Schaffensprozess, dessen Resultate mitunter ganz woanders stehen als ursprünglich beabsichtigt. Diese Bände fesselten uns durch die realistischen Kunstwahrheiten über theoretische Probleme und einzelne Autoren (Mörrike oder Benn). Reuter sagte damals: »Dergleichen könnten auch wir schreiben«, womit er wohl sich selber meinte. (R. war damals ständiger Mitarbeiter des »Sonntags«. Darin kritisierte er auch Abuschs Schiller-Buch.) Becher entdeckte danach Günter Kunert als Dichter. 1954 erschienen im hiesigen List-Verlag am Bayrischen Bahnhof unter dem Titel »Im Kopf sauber« die gesammelten kulturkritischen Aufsätze Stefan Heyms, die er nach dem 17. Juni in der »Berli-

<sup>3</sup> IV. Deutscher Schriftstellerkongreß. 9.-14. Januar 1956. Protokoll 2. Berlin 1956. S. 128.

<sup>4</sup> Ebenda. S. 135.

ner Zeitung« unter der Rubrik »Offen gesagt« veröffentlicht hatte. Sie wurde in der damaligen Tauwetterphase auch im »Vorwärts« und in einem FDGB-Organ publiziert. Ebenfalls 1954 erschien bei Volk und Welt Ilja Ehrenburgs Essay über »Die Arbeit des Schriftstellers«, über den realistischen, künstlerisch überzeugenden Schaffensprozess. Hier traten geballt Worte auf wie »Berufung, Intuition, Hingabe«. Das waren erfrischende neue Töne, die man lange nicht mehr gehört hatte. Das war das Plädoyer für eine nicht-scholastische, induktive, kunstgemäße Auffassung vom Schaffensprozess. Eduard Claudius als Verbandssekretär wird in seinem Rechenschaftsbericht beweisen, dass die Kriterien Berufung und Hingabe an das Thema und die Gestalten bis 1956 bei der Vergabe von Romanaufträgen und Stipendien vernachlässigt wurden.

Soweit die Jahre vor dem Kongress, nun zu den Hauptreferaten von Johannes R. Becher und Anna Seghers. Bechers Vortrag hatte universellen Charakter. Er sprach über die Bedeutung der Klassik und über das literarische Gattungsgefüge bzw. über die Notwendigkeit seiner Neufassung. Er äußerte sich weiter über Inhaltismus in der neuen Literatur und über den Schaffensprozess. A. Seghers konnte infolge Erkrankung leider nicht anwesend sein, ihr Referat wurde verlesen. Aber an den inhaltlichen Akzenten und an Stil und Tonfall war die Autorin deutlich zu spüren. Ihr Referat war interessanter als das von Becher, weil kritischer. Sie berief sich auf den Romanisten Ernst Robert Curtius, den sie offenbar als Studentin in Heidelberg gehört hatte und der ihr zu ihrem damaligen Erstaunen offenbar klar gemacht hatte: Am Anfang einer neuen Kunstepoche steht der neue Stoff. Der Maler Giotto und Shakespeare hätten ihre Vorlieben gehabt.

Theodor Frings sprach in den Jahren 1948/49 wiederholt über Curtius' Buch »Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter«, das seit 1931 zur Bewährung der europäischen Literatur entstanden und das 1947 erstmals erschienen war. Nicht voll gelungene Vorläuferwerke sind also notwendig. Da muss ich auch an ein gesamtdeutsches Schriftstellergespräch im NDR 3 um 1970 denken. Max Walter Schulz bezeichnete ein DDR-Buch als nützlich. Da schien Heinz von Cramer vom Stuhl zu springen: »Wenn es nur ein nützlich Buch ist, dann ist es ein unnützes Buch.« Das fand ich zwar eindrucksvoll, aber die Dialektik zwischen Übergang und bedingter Vollendung war nicht berücksichtigt.

Weiter geht Anna Seghers unter Berufung auf Leo Tolstoi auf die Stufen des Schaffensprozesses ein: 1. Unterbewusste Wahrnehmung der Wirklichkeit, 2. Durchdenken des Wirklichkeitsmaterials, 3. sinnliches Zudecken des Erkannten. Das Erkannte, die Ideologie müsse zur künstlerischen Selbstverständlichkeit, zur zweiten, inneren Natur werden (ein Lieblingswort von Anna Seghers). Nur auf diese Weise können Inhaltismus und Schematismus, deduktive, nur illustrierende Schreibweise überwunden werden.

Zum Schluss ging Seghers auf das bei uns bisher vernachlässigte Kriegsthema ein. »Die Abenteuer des Werner Holt« von Dieter Noll und »Wir sind nicht Staub im Wind« von Max Walter Schulz waren offenbar Nachwirkungen des Kongresses.

Georg Lukács sprach am 11. Januar über das Problem der Perspektive. Als organischer, aristotelischer Ästhetiker plädierte er für die bescheidene Perspektive, die sich aus dem unmittelbaren nächsten Handlungsschritt des jeweiligen Werkes ergibt. Er wandte sich gegen die handlungsgemäß nicht gedeckte Perspektive, gegen die deklamatorisch tendenziöse Perspektive, gegen den perspektivischen Überschuß. Er erhielt damals starken Beifall, keine Kritik.

In der wenig später, nach dem Scheitern des ungarischen Aufstandes, einsetzenden Kritikwelle an Lukács wurde auch die bescheidene Perspektive der Kritik unterworfen, so wohl in den Jenaer Thesen zur Perspektivgestaltung 1962 als auch in den »Weimarer Beiträgen«.

Hans Mayer schrieb übrigens niemals in dieser Zeitschrift, er empfand sie offenbar auch als gegen ihr gerichtetes Organ. H.-G. Thalheim, neben Louis Nürnberg Mitbegründer der Beiträge, war Mayer-Gegner. Er betonte im Gespräch das theoretische Gefälle zwischen Lukács und Mayer.

### Zur Diskussion auf dem Kongreß

Einer der Hauptredner in der Diskussion war Stefan Heym. Zweimal trat er gegen Walter Ulbricht auf und an und forderte eine spannende Unterhaltungsliteratur. Im »Nachruf« schreibt er, dass er sich nach diesen Auftritten isoliert vorkam.

Wiederholt erörterte Punkte waren die Rolle der Ideologie und der Schaffensprozess, besonders die Bedeutung der ersten Stufe darin.

Willi Bredel wandte sich überraschenderweise gegen den Ideologie-Begriff. Ideologie sei etwas auswendig Lernbares. Er gab dem Begriff Weltanschauung den Vorzug. Ihm antwortete Wilhelm Girnus: Weltanschauung sei mehr als Ideologie. Zu unterscheiden wäre auch noch gesellschaftliches Bewusstsein. Als er vom Rednerpult kam, streckte ihm Bredel solidarisch die Hand entgegen.

Zur Kunstgemäßheit des Schaffensprozesses meinte Wolfgang Joho: Die jungen Autoren sollten von persönlichen Erlebnissen ausgehen, nicht von abstrakten Forderungen. Günther Cwojdrak engagierte sich für die Totalität der sinnlichen Erfahrung, gegen deren tendenziöse Vereinseitigung. Ralph Giordano, damals Student und Delegierter des hiesigen Literatur-Institutes, wandte sich gegen das abgestempelte Richtige, gegen das schrecklich Richtige in der Darstellung. Und Ernst Bloch glühte für die Glut des Schreiben- und Sagenmüssens.

Bloch nahm in der Diskussion zum Problem Ideologie-künstlerische Meisterschaft und zur Perspektivfrage Stellung. Zur Synthese von Ideologie und künstlerischer Gestaltung könne es nur kommen, wenn Klarheit und Bildhergang gleich stark und hoch entwickelt seien. Er forderte das »fruchtbare Miteinander von begrifflicher Helle und bildhaftem Gefühl«. Jurij Brizan hatte zwar Lukács zugeklatscht. Aber er hatte doch Bedenken gegen die Verabsolutierung der bescheidenen Perspektive.

Bloch als Anhänger einer moderneren Ästhetik, relativierte den bejubelten Perspektive-Begriff durch Hinweise auf den konkreten Vorschein, das Horizontbewusstsein und die Utopien. Auf die Frage der Gestaltung ging er nicht ein.

Becher fand für die Diskussion das Fazit: Übereinstimmung in der Vielstimmigkeit.

Zu erwähnen sind noch die Sektionen Lyrik und Dramatik. Georg Maurer hielt ein profundes Referat über die Lyrikentwicklung in Ost und West seit Rilke. Er wandte sich besonders gegen die damals grassierende ostdeutsche Lyrik, die Sinneserfahrungen oberflächlich mit einer Losung verband.

Brecht engagierte sich in der Sektion Dramatik für kleine, wendige Kampfformen, die eigentlich Tradition hätten. Diese kleinen operativen Formen seien besonders für spontan sich bildende Laienspielgruppen geeignet, die sich mit Alltagsproblemen befassen sollten. Überraschendes Bekenntnis zur Spontaneität.

In der Sektion Kinderliteratur hielt Alex Wedding ein umfassendes Referat namentlich über die Schwächen der Jugendliteratur. Sie sprach auch davon, dass F. C. Weiskopf unter Berufung auf Gogols »Tote Seelen« einen Roma »Das gipserne Herz« geplant habe, der die Wandlung eines lebendigen, feurigen Funktionärs zum Herz aus Gips dargestellt hätte.

#### Nachwirkungen am Pädagogischen Institut Leipzig.

Der erste Direktor, Dr. Karl Kögler, war offenbar vom Nationalen und Patriotischen bei Bodo Uhse gefesselt. »Leutnant Bertram«, dieser glutvolle Roman, war im Seminar behandelt worden. Kögler lud Uhse ein. Im März 1956 erschien er im überfüllten Hörsaal 1. Es war die erste Schriftstellerlesung am jungen Institut. Uhse las aus den »Patrioten«. Ich kann mich nur noch an zwei Fragen in der Diskussion erinnern. Eine galt dem Verhältnis von Ideologie und künstlerischer Meisterschaft. Uhse winkte ab. Diese Frage schien ihn nicht zu interessieren. Dann kam die Frage nach dem Lieblingswerk. Ich war auf die Main-Erzählung »Die Brücke« aus. Er nannte »Patrioten«.

Stefan Heym. Seit 1951 war ich von »Kreuzfahrern« gefesselt. Hatte auch die weiteren Romane gelesen. S. H. war für mich ein lebender Modellfall des kritischen Realismus. Als solchen wollte ich ihn den Studenten nahe bringen, obgleich das nicht mein Lehrgebiet (1830 bis 1945) war.

Heym war bereit zu kommen. Im Mai 56 kam ein Telegramm. »Kommen Sie mit ihren Studenten zur Elsterstraße. Bin ohnehin Leipzig«. So strömten wir Ende Mai alle dahin, mit Kögler an der Spitze, auch Reuter, Kächele, Schaumann. Der Abend verlief leider enttäuschend. Heym wirkte abgespannt. Er las eine SVK-Geschichte, einen Text über Sozialversicherung in der DDR, sicherlich eine erste Hinwendung zum neuen Stoff. Reuter schrieb darüber im »Sonntag«. Schaumann hat noch Notizen.

Ich fragte Heym, womit sich die Studenten in Examensarbeiten mit seinem Werk beschäftigen könnten. Man sollte untersuchen, inwieweit er die Übersetzungen seiner Werke durch Ellen Zunk sprachlich noch schöpferisch beeinflusst habe. Diese Aufgabe war an einem Pädagogischen Institut ohne Anglistik nicht zu leisten. Danach verlor ich

leider den Kontakt zu S. Heym. Im Herbst 1956 wurde Lukács verhaftet. Deprimierendes Symbol des Umschwungs. In den 50er Jahren war die BRD-Literatur ästhetisch ertragreicher als die DDR-Literatur durch die Romane von Wolfgang Koeppen und Heinrich Böll, durch die Preisträger der Gruppe 47 wie Ingeborg Bachmann, Martin Walser und Günter Grass. Ulrich Greiner von der »Zeit« sah 1969 die BRD-Literatur als beendet an. Er ignorierte dabei die direkt politische, eingreifende Literatur der 60er Jahre: Hochhuths »Stellvertreter«, »Das Verhör von Havannah« von Enzensberger, die Stücke von Peter Weiss, die Prosa von Christian Geißler, den parabelhaften Roman »Die Unberatenen« von Thomas Valentin. »Die Deutschstunde« von S. Lenz war 1968 der letzte große Roman der BRD-Literatur.

In dem Maße, wie die BRD-Literatur verfiel, stieß die DDR-Literatur vor auf der Basis der moralisch-ästhetischen Emanzipation der DDR-Literatur (Lyrik-Welle der mittsechziger Jahre, verkörpert vor allem durch Volker Braun und Karl Mickel).

Ich habe hervorgehoben, was mir am 4. deutschen Schriftstellerkongress bewahrenswert erschien. Der Kongress war auch gesamtdeutsch orientiert, was besonders im Referat Georg Meurers über deutsche Lyrik in Ost und West zum Ausdruck kam. Er war gesamtdeutsch ausgerichtet auf der Basis der damaligen voluntaristischen Vorstellungen Ulbrichts und der SED, gegen die besonders Stefan Heym opponierte. Heym war auch in dieser Hinsicht eine Hauptfigur des Kongresses.

Ich habe keine Veranlassung, mein authentisches Zeiterleben zu verwerfen. Über Stefan Heym als Mitglied und Alterspräsident des Bundestages, dem die CDU-Fraktion den Respekt verweigerte, hat unsere Vorsitzende, Frau Dr. Monika Runge, innerhalb der Stiftung informiert. Sie berichtete, wie sehr Heym innerhalb der PDS-Fraktion auf Gregor Gysi fixiert war. Der Vater Klaus Gysi war in den 50er Jahren übrigens Leiter des Volk- und Wissen-Verlages, zu dem unser damaliger Direktor Dr. Kögler guten Kontakt besaß.



## Zur Stalinismus-Debatte. 50 Jahre nach dem XX. Parteitag der KPdSU

Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der  
Linkspartei.PDS<sup>1</sup>

### I.

Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 markiert eine Wegscheide in der Entwicklung des Sozialismus. Die sogenannte Geheimrede N. S. Chruschtschows »Über den Personenkult und seine Folgen« ließ alle anderen Erklärungen des Parteitages – so die zu friedlicher Koexistenz der Staaten, zur Möglichkeit friedlicher Übergänge zum Sozialismus sowie zur Vielfalt seiner Formen – in den Hintergrund treten. Die Kritik an Stalin – und damit auch an politischer Ordnung und gesellschaftlicher Verfasstheit der Sowjetunion – löste ein politisches Erdbeben aus. Es erfasste über die KPdSU und die Sowjetunion hinaus die gesamte kommunistische Bewegung sowie die sozialistischen Staaten. Dies nicht nur, weil die in der Sowjetunion nach dem Tode Stalins eingeleitete Entstalinisierung nun öffentlich als politisches Programm verkündet wurde. Darüber hinaus wurde eine Wegscheide, eine Alternative für die Entwicklung des Sozialismus sichtbar.

In dem Maße, wie die Kritik am Stalinkult, der – wie Chruschtschow offenbarte – die »brutale Verletzung der innerparteilichen und Sowjetdemokratie« bewirkt und »Massenterror gegen die Parteikader« mit sich gebracht hatte, die internationale Öffentlichkeit erreichte und beschäftigte, verstärkten und veränderten sich die Reaktionen. Mili-

<sup>1</sup> Die vorliegende Erklärung wurde im Auftrag der Historischen Kommission von Ernst Wurl unter Mitwirkung von Jochen Ěerný verfasst.

Text nach: Pressedienst. Nummer 07 vom 17. Februar 2006. S. 11–15.

tante Antikommunisten sahen sich in ihren alten Anwürfen bestätigt. Viele Kommunisten und andere Freunde der Sowjetunion fühlten sich von einem sie seit langem belastenden Druck befreit, doch auch tief enttäuscht, wenn nicht sogar betrogen und verraten. Zugleich stieß die Verurteilung Stalins in einigen kommunistischen Parteien, insbesondere in der chinesischen, auf Zurückhaltung oder erbitterten Widerstand. Die Verteidiger Stalins sahen im XX. Parteitag den Beginn einer Abkehr vom Sozialismus und verurteilen ihn deswegen heute noch. Das Stalinsche Herrschafts-, Politik- und Parteiverständnis gilt ihnen als historisch notwendig und die als sozialistisch deklarierte Ordnung als Prototyp des Sozialismus.

In einigen kommunistischen Parteien entwickelten sich Diskussionen, welche über die von der sowjetischen Parteiführung gezogenen Grenzen hinausgingen. Namentlich der Generalsekretär der Italienischen Kommunistischen Partei, Palmiro Togliatti, kritisierte die in Moskau abgegebenen Erklärungen für die Herausbildung des Stalinschen Systems in einem Interview, dessen Übersetzung ins Deutsche von der noch legalen KPD im Juni 1956 veröffentlicht wurde. Togliatti mahnte eine marxistische Analyse an, verwies auf die »Überspitzung der Bürokratie« im Gefolge altrussischer Tradition, auf einen »neuen Typ bürokratischer Führung [aus] dem Schoße der neuen führenden Klasse«, und konstatierte das Fehlen von »demokratischen, wesentlichen Merkmale der sozialistischen Gesellschaft« in der UdSSR.

Ungeachtet solcher Einwände entschloss sich die sowjetische Partei- und Staatsführung dazu, die Kritik auf den sog. Personenkult zu beschränken und die unter Stalins Ägide gültige Auffassung von Sozialismus in ihrer Substanz zu verteidigen. Die schon Jahrzehnte zurückreichende Verwurzelung des Stalinkultes in den eigenen Reihen wie im Volke und die Macht der Bürokratie erwiesen sich als Barrieren, die nicht rasch zu überwinden waren. Der Kalte Krieg, als akute Bedrohung der Sowjetunion und ihres Imperiums wahrgenommen, bewog ebenfalls, Risiken im Inneren zu vermeiden.

Für die DDR bestand ein kompliziertes Bedingungsgefüge. Sie war einerseits vom Streben der BRD bedroht, die Wiedervereinigung auf Grundlage des bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsmodells her-

beizuführen, andererseits politisch und ökonomisch von der UdSSR abhängig und in ihrem Spielraum eingengt. Walter Ulbricht, die in der SED-Führung dominierende Persönlichkeit, hielt an der Stalinischen Interpretation der Diktatur des Proletariats fest. Die Erschütterung ihrer Macht hatte die Parteiführung 1953 darin bestärkt, die politische Festigung der DDR nicht durch eine demokratische Öffnung, sondern durch die Ausformung der etablierten Ordnung herbeizuführen. Für die SED gab es also mehr als einen Grund, in der Gefolgschaft der KPdSU zu verharren.

Zunächst auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 den Delegierten vorgetragen, dann in Kurzfassungen auch der Parteimitgliedschaft zur Kenntnis gebracht, löste der Geheimbericht Chruschtschows anfänglich Bestürzung aus – und auch Ablehnung bei vielen SED-Mitgliedern, die auf Stalin fixiert politisch aufgewachsen waren. Doch bestimmten tiefer lotende Fragen zunehmend die Diskussion: Wie es zu einer solchen »Deformierung« in der KPdSU hätte kommen können, wie sich die Führer der KPD im sowjetischen Exil zu den Repressalien – auch in den eigenen Reihen! – verhalten hätten, ob es nicht auch in der DDR Personenkult und Restriktionen gebe und welche Schlussfolgerungen die SED ziehen wolle.

Nach und nach konzentrierte sich die Kritik auf Walter Ulbricht, der als Stalins Vollstrecker in der DDR gesehen wurde, und drang zu Grundfragen des innerparteilichen Lebens, zu »demokratischem Zentralismus« und »Parteidisziplin« vor. In der Bevölkerung verstärkten sich die Forderungen nach Demokratisierung und die Kritik an der Medienpolitik. Unter Hinweis auf Vorgänge in anderen sozialistischen Staaten wurden vor allem von Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern sowie in der Studentenschaft Ansprüche auf Meinungs- und Informationsfreiheit und auf Öffentlichkeit ohne Gängelung und Bevormundung laut. Im Zentralkomitee und auch im Politbüro verstärkte sich die Kritik an mangelhafter Kollektivität der Leitung, verursacht durch Walter Ulbrichts Führungsstil, seine Selbstherrlichkeit und Eigenmächtigkeit. Einige Mitglieder der Parteiführung – namentlich Fred Oelbner, Karl Schirdewan, Fritz Selbmann, Paul Wandel, Gerhart Ziller – waren bestrebt, mehr innerparteiliche Demokratie, mehr Offenheit und größere Nähe zum Volk herbeizuführen.

Die Behauptung, in der DDR habe es weder Personenkult noch unge-rechtfertigte Repressalien gegeben, sodass sich aus dem XX. Parteitag in dieser Hinsicht keine Schlussfolgerungen ergäben, konnte Ulbricht nicht lange aufrechterhalten. Bald schwenkte die Parteiführung auf Ablenkungsmanöver und Teilkonzessionen ein. Unter den Losungen »Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht« und »Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie« wurde die Arbeitsweise der örtlichen Staatsorgane verbessert. Es kam zur Rehabilitierung von Opfern der Stalinschen Repressionen. Viele Personen, die in den Vorjahren be-zichtigt worden waren, Agenten und Saboteure zu sein, entließ man aus den Strafanstalten. In den Gesellschaftswissenschaften wurden einige Dogmen Stalins aufgegeben, so die Doktrin von der permanen-ten Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus. Die Führung bekannte sich zu Meinungsfreiheit und kritischem wis-senschaftlichen Meinungsstreit, behielt sich allerdings deren Begren-zung vor. Die Rückbesinnung auf die »Mannigfaltigkeit der Wege zum Sozialismus« vergrößerte den politischen Spielraum – immer auf dem Boden des gültigen Sozialismusmodells.

Vielen Intellektuellen genügte das nicht. Zentren der Kritik an der SED-Führung entstanden in Hochschulen – insbesondere in Berlin, Halle, Leipzig, Jena und Weimar. In Berlin fanden sich etwa 35 Perso-nen, überwiegend Schriftsteller und Künstler, im »Donnerstagskreis« zusammen. Sie wollten ein von Parteien unabhängiges legales und öffentliches Forum für den Gedankenaustausch über Schritte zu einer »besseren DDR« schaffen. Die Sicherheitsorgane sahen darin eine Nachahmung des ungarischen »Petöfi-Klubs« – für sie ein ideologi-scher »Hort der Konterrevolution«.

Die einzige Gruppierung, die unter dem Einfluss des XX. Parteitages zu einem systemtranszendenten politischen Konzept fand, sammelte sich um den Leiter des Aufbau-Verlages Walter Janka und den Philo-sophen Wolfgang Harich, der dieses Konzept zu Papier brachte. Aus-gangspunkt seiner Überlegungen war die Orientierung auf eine »zu-künftige sozialistische Umgestaltung Gesamtdeutschlands«. Die Anziehungskraft und das Vorbild der DDR sollten die »fortschrittli-chen, demokratischen und sozialistischen Kräfte« mobilisieren und die Massenbasis verbreitern. Für eine solche »gesamtnationale Ziel-

setzung des Sozialismus« sah Harich in der DDR jedoch keineswegs »ein begeisterndes Beispiel«. Die SED müsse »tiefgreifende umfassende Selbstkritik« üben und einen »Personalwechsel in der Führung« vornehmen. Es müssten Reformen durchgeführt werden, »die den besonderen deutschen Bedingungen maximal angepasst« wären. Mit deutlichen Unterschieden zum sowjetischen Typus müssten die »besonderen deutschen Formen des Sozialismus« gefunden werden. Harich hielt es für erforderlich, Wirtschaftsreformen »etwa nach dem jugoslawischen Beispiel« und unter Auswertung auch anarcho-syndikalistischer Literatur durchzuführen, die Industrie zu dezentralisieren, die Eigenverantwortung der Betriebe zu erweitern, den kapitalistischen Elementen in der Wirtschaft breiteren Raum zu geben. Die Mittel der politischen Meinungsbildung sollten in der Hand der Partei bleiben, aber in Wissenschaft, Kunst und Literatur habe sie jede »autoritäre Intervention« zu unterlassen. Auch den Justiz- und Sicherheitsapparat wollte Harich der Partei unterordnen, doch die Strafprozessordnung an den »Traditionen fortschrittlicher Rechtspflege in den Staaten des Westens« ausrichten.

Harich stellte die Macht der Partei nicht in Frage. Mit den Forderungen nach Demokratisierung innerhalb der Partei, nach ihrer persönlichen Erneuerung und mit dem Projekt eines besonderen deutschen Weges zum Sozialismus durchbrach er allerdings das sowjetische Gesellschaftsmodell – zwar punktuell, doch in einem solchen Maße, dass sich die Perspektive eines demokratischen Sozialismus eröffnete. Doch die Gruppe um Harich und Janka hatte faktisch keine Chance, ihre Pläne auch nur ansatzweise zu realisieren. Sie verfügte weder über die Organisation noch über die Mittel dazu und suchte Hilfe bei der KPdSU. Deren Führung hielt jedoch an Ulbricht fest und ließ ihm freie Hand.

Während in den meisten sozialistischen Staaten die Stabilisierung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung Vorrang gegenüber substantziellen Veränderungen erlangte, wurden in Polen und Ungarn die Hoffnungen und Bestrebungen immer stärker, echte demokratische Veränderungen durchzusetzen. Zudem gab es Spannungen, die sich auch in der DDR in sozialpolitischen Forderungen und Arbeitsniederlegungen äußerten und die Situation zunehmend verschärften. Im

Herbst 1956 brach die – nach 1953 – zweite Entstalinisierungskrise aus. In Polen stabilisierte sich die Situation mit der Übernahme der Parteiführung durch Wladyslaw Gomulka, der als jahrelang inhaftierter »Nationalist« große Autorität besaß. Doch in Ungarn eskalierte eine studentische Solidaritätsdemonstration für Polen zum bewaffneten Volksaufbruch mit antikommunistischen Exzessen. Der im Vorjahr aus der Partei ausgeschlossene Imre Nagy trat an die Spitze der Regierung. Es gelang ihm jedoch nicht, die Situation unter Kontrolle zu nehmen. Als er am 30. Oktober den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt verkündete, entschied sich die sowjetische Führung zur militärischen Intervention und warf die Erhebung im November blutig nieder. Sie befürchtete einen Einbruch des Westens in ihren Machtbereich mit unmittelbaren Auswirkungen auf die eigene Sicherheit. Zur Verunsicherung trug auch die im Sommer 1956 ausgebrochene Suezkrise bei, zumal sie sich im Oktober/November zum Überfall Großbritanniens, Frankreichs und Israels auf Ägypten auswuchs.

In der DDR gab die Partei- und Staatsführung nunmehr die Losung aus »Sichert den Frieden im Innern und nach außen!« und ging mit aller Härte gegen vermeintliche Gegner vor. Mit der Kriminalisierung der Harich-Janka-Gruppe und den hohen Zuchthausstrafen für ihre Protagonisten sollten vor allem Intellektuelle gewarnt und eingeschüchert werden. Gemäßregelt wurden angesehenen Wissenschaftler und Künstler, darunter die Ökonomen Fritz Behrens und Arne Benary, deren Buch über eine Wirtschaftsreform in der DDR nicht ausgeliefert wurde, der Philosoph Ernst Bloch, der Schriftsteller Erich Loest sowie Mitarbeiter des Aufbau-Verlages und der Wochenzeitung »Sonntag«. Die auf Anweisung Ulbrichts nach dem Harich-Prozess ausgearbeitete »Analyse der Feindtätigkeit« in der Intelligenz verdächtigte viele namhafte Intellektuelle, überwiegend Mitglieder der SED, einer als Kampf gegen den Stalinismus getarnten Mitwirkung an der ideologischen Diversion des Gegners.

Beginnend mit der 30. ZK-Tagung Anfang 1957 setzte sich Ulbricht auch gegen seine Kritiker in der Parteiführung durch. Der V. Parteitag im Juli 1958 besiegelte das Scheitern von Oelßner, Schirdewan, Wollweber u.a. Alle waren aus dem Zentralkomitee ausgeschieden, Gerhart Ziller dem Parteiverfahren mit seinem Freitod zuvorgekommen.

Mit der Losung »Der Sozialismus siegt!« bekräftigte der Parteitag die Entschlossenheit, am sowjetischen Grundmodell festzuhalten.

Der XXII. KPdSU-Parteitag im Oktober 1961 gab der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus einen neuen Anstoß, der um so stärker war, als sie sich fortan auf Diskussionsbeiträge beziehen konnte, die alle veröffentlicht wurden. Im »Neuen Deutschland« und vollständig in der »Presse der Sowjetunion« konnte 1961 jedermann vieles nachlesen, was den nur mündlich übermittelten und mehr oder minder allgemein gehaltenen Parteiinformationen über Chruschtschows Rede vom Februar 1956 nicht zu entnehmen gewesen war. Allerdings fand in der SED diesmal keine solche Diskussion statt, wie es sie 1956 gegeben hatte. Zum Verständnis von »Stalinismus als System« gelangte auch 1961 weder die KPdSU, noch eine der auf Moskau orientierten Parteien. Nach der Ablösung Chruschtschows durch L. I. Breschnew im Oktober 1964 war selbst der Personenkult kein Thema mehr.

Erst Michail Gorbatschow, im März 1985 an die Spitze der KPdSU gelangt, sprach am 70. Jahrestag der Oktoberrevolution wieder von den »Massenrepressalien« der 50er Jahre, von der »Schuld Stalins und seiner engsten Vertrauten« und stellte fest: Die »Wiederherstellung der Gerechtigkeit« wurde nach dem XX. Parteitag »nicht zu Ende geführt und Mitte der 60er Jahre praktisch eingestellt«. In einer gleichzeitig veröffentlichten »Handreichung für den Lehrgang Geschichte der KPdSU« erklärte hingegen die SED: »Die großartige Bilanz des Vormarsches der UdSSR in den zwanziger und dreißiger Jahren« werde »nicht durch die tragischen Ereignisse am Ende der dreißiger Jahre beeinträchtigt«, in denen es zu »ungerechtfertigten Maßnahmen und Gesetzesverletzungen seitens J. W. Stalin kam. Die KPdSU erwies sich stets als fähig, die dem Sozialismus fremden Erscheinungen zu überwinden«. – Dass hier nicht nur Geschichtsbilder divergierten, sondern politische Konzepte wurde spätestens 1988 offenkundig.

Die XIX. Parteikonferenz der KPdSU 1988 beschloss, die Partei werde »niemals mehr eine Wiederholung dessen zulassen, was mit den Perioden des Personenkults und der Stagnation in Verbindung steht, die tiefe Deformationen in der sozialistischen Gesellschaft hervorriefen, deren Entwicklung für ganze Jahrzehnte aufhielten und zu gewalti-

gen menschlichen Opfern sowie ungezählten moralischen und ideellen Verlusten führten«. Noch deutlicher wurde die in Auflösung begriffene sowjetische Gesellschaftsordnung im ZK-Bericht an den XXVIII. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 als »Variante des stalinistischen autoritär-bürokratischen Systems« charakterisiert. Als wichtigste Anliegen der »Perestroika« beschrieb Gorbatschow die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie, die Abgrenzung der Funktionen von Partei- und Staatsorganen, die Herausbildung eines sozialistischen Rechtsstaats, die Gewährleistung der Meinungsfreiheit und die Aktivierung des intellektuellen Potentials der Gesellschaft.

Die Kennzeichnung »stalinistisch« wurde auch in der DDR zur »negativ identitätsstiftenden Bezugs- und Orientierungskategorie«. Was nicht zuletzt ein großer Teil der SED-Mitgliedschaft für die DDR erstrebte und zu fordern begann, war durch »Glasnost« und »Perestroika« quasi sanktioniert - jedenfalls nach dem bis dahin gültigen Verständnis der Vorbild- und Führungsrolle der KPdSU. Die Honecker-Führung versuchte nun, sich mit dem Gleichnis Kurt Hagers vom nicht erforderlichen Tapetenwechsel von der KPdSU zu distanzieren. Ab 1988 reduzierte sie die Veröffentlichung von Übersetzungen einschlägiger Texte aus dem Russischen, verbot den Vertrieb der auch in Deutsch erscheinenden sowjetischen Zeitschrift »Sputnik«, und entgegen altem Brauch wurden UdSSR und KPdSU in den Losungen zum 1. Mai 1989 nicht mehr erwähnt.

Der Außerordentliche Parteitag vom Dezember 1989, den die revoltierende Mitgliedschaft der SED erzwungen hatte, war von der Erkenntnis bestimmt: »Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus«. Der Bericht über den ersten Beratungstag machte diesen Bruch öffentlich und bezeichnete als Ziel den demokratischen Sozialismus »jenseits von stalinistischem Pseudosozialismus und Herrschaft des Profits«. Die Absage an stalinistische Herrschaftspraktiken und jenes Gesellschaftsmodell wurde und blieb bestimmend für Statut und Programm der PDS.

## II.

Der Begriff Stalinismus wird in der Linkspartei.PDS vornehmlich politisch gebraucht. Seine historische Rolle und gegenwärtigen ideologischen Funktionen sind umstritten. Das hat hauptsächlich zwei Gründe.

Zum einen sind sie in der politischen Vergangenheit vieler älterer Mitglieder zu suchen, die mit dem Stalin-Kult ideologisch »aufwuchsen« und die stalinistisch geprägte SED mehr oder weniger als die gebotene Gestalt einer wirklich sozialistischen Partei ansahen. Der ideologische Kanon des Marxismus-Leninismus als orientierende Dogmatik, ein feststehendes Sozialismusbild mit klaren Kriterien, die Parteauffassung (Partei neuen Typs) und die politische Praxis der Führungsrolle der SED – sie schienen angesichts des rasanten Aufstiegs der UdSSR und ihrer herausragenden Rolle im Zweiten Weltkrieg »gesetzmäßig« begründet zu sein und ein adäquates politisch-ideologisches Denken und Handeln zu verlangen. Die diffamierende pauschale Verwendung des Begriffes durch politische Gegner gegen alles, was in Geschichte und Gegenwart linkssozialistisch auftritt, provozierte überdies Abwehrreaktionen.

Zum anderen: Hinter dem alltäglichen politischen Gebrauch von »Stalinismus« verschwindet, dass er zugleich ein wissenschaftlicher Begriff ist, eine Kategorie der Politik- und der Geschichtswissenschaft. Mit dem Aufstieg Stalins an die Spitze der KPdSU bedeutete »Stalinist« anfangs subjektiv allein ein Glaubensbekenntnis zu einer politischen Linie; doch dies wurde in dem Maße, wie Stalin seine Sozialismusvision umsetzte und sein Terrorregime ausbaute, zum universellen Kampfbegriff seiner politischen Gegner. Dies insbesondere seit den Moskauer Schauprozessen und den Massenrepressalien der 30er Jahre. Diese negative Verwendung gewann nach dem XX. Parteitag noch an Boden. Ihre Dominanz zog zugleich nach sich, dass es innerhalb der kommunistischen Bewegung, in der SED wie in anderen regierenden sozialistischen Parteien, ausdrücklich verpönt war und auch emotional abgelehnt wurde, von »Stalinismus« zu sprechen.

In die Wissenschaft ging diese Bezeichnung praktisch erst nach 1945 ein, obwohl die wissenschaftliche Analyse der Sowjetunion in den 20er Jahre eingesetzt und in den 30er Jahren vor allem Trotzki mit scharfsinnigen polemischen Analysen vorgearbeitet hatte. Wissenschaftlich stellt Stalinismus eine Kategorie der Systemanalyse dar, die zur Typisierung und Klassifizierung von Staat und Gesellschaft der UdSSR in allen Dimensionen beitragen soll. Dabei stehen Aspekte der Macht und Herrschaft, ihrer Organisation, die Instrumentarien der politischen Ordnung, des Wirtschafts- und geistigen Lebens – hier insbesondere der Ideologie – im Mittelpunkt. Wie der Faschismus diente das sowjetische Modell in seinen entscheidenden Herrschaftsaspekten seit den 30er Jahren den Totalitarismustheoretikern als »Material«; die strukturelle Analyse ignorierte vollkommen die fundamentalen sozialökonomischen, politischen und ideologischen Gegensätze zwischen beiden Ordnungen.

»Stalinismus« ist im wissenschaftlichen Gebrauch originär kein Kampfbegriff, er wird erst zu einem solchen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse politisch instrumentalisiert und missbraucht werden. So wird der Umgang mit »Stalinismus« im Alltag zu einer Gratwanderung, die man nur bestehen kann, wenn nicht leichthin und unbedacht, sondern in Kenntnis seines konkreten, substanziellen Inhalts sowie des Objekts mit ihm umgegangen wird. Dies ist deshalb sehr schwierig, weil »Stalinismus« im wissenschaftlichen wie politischen Bereich für eine zusammenfassende Charakteristik aller typischen Phänomene der Stalinschen Machtausübung steht. Aus »Stalinisten« wurde »Stalinismus« als ein komplexes System der Machtausübung und Gesellschaftsgestaltung. »Stalinismus« assoziiert zugleich wissenschaftlich wie politisch Denk- und Verhaltensweisen aus dem Arsenal einer kommunistischen Partei dieser Art. Es ist allerdings nicht zu ignorieren, das manche Verhaltensweisen, die als »stalinistisch« angeprangert werden, zum allgemeinen Repertoire politischen Handelns gehören. Deshalb wird es stets darauf ankommen, zu welchem Zweck dieser Begriff benutzt wird.

Doch unabhängig davon wird »Stalinismus« nach wie vor in einer engeren und einer weiter gefassten Auslegung verwendet: entweder ausschließlich für die Geschichte der UdSSR während der Machtaus-

übung Stalins, oder übergreifend für alle sozialistisch orientierten Staaten, Parteien und politischen Bewegungen, die substanziell seine Merkmale erfüllen. Diese Fragestellung trat ansatzweise bereits mit der »Bolschewisierung« kommunistischer Parteien anderer Länder im Laufe der 20er Jahre auf, als diese, eingebunden in die Kommunistische Internationale, an der Parteiauffassung der Bolschewiki ausgerichtet wurden. Aber erst nach 1945, als die Sowjetunion in Osteuropa ein System von ihr abhängiger Staaten und Parteien schuf, stellte sich das Problem ernsthaft. Alle diese Länder (anfangs auch Jugoslawien) übernahmen in den Grundzügen das Sozialismus-, Gesellschafts- und Parteiverständnis, das unter der Führung Stalins in der UdSSR praktiziert wurde. Der XX. Parteitag der KPdSU nahm daran nur Modifikationen vor: Er wählte einen Weg ohne Stalin und die brutalsten, unverhüllt terroristischen Elemente seiner Herrschaft, aber mit dem von ihm geprägten und kanonisierten Marxismus-Leninismus, der in die Rolle einer wissenschaftlich verbrämten Glaubens- und Erlösungslehre geraten war, und mit den spezifischen Mechanismen des Stalinischen politischen Systems.

Es liegt nahe, »Stalinismus« als ein solches System zu sehen und nicht auf die persönliche Diktatur eines einzelnen Menschen einzugrenzen. Stalin stützte sich auf einen Stab ihm ergebener Funktionäre, dem eine ganze Schicht, in gewissem Sinne eine »neue Klasse«, diente. Sie betrieb ein von ihr mit aufgebautes autoritäres, bürokratisches und zentralistisches System, das Stalins Tod überlebte. Dieses System garantierte die unantastbare »führende Rolle der Partei« mit ihrem Machtmonopol, den Ausschluss der politischen Mitwirkung des Volkes mittels des »demokratischen Zentralismus«, die Knebelung der Meinungsfreiheit und Unterdrückung einer kritischen politischen Öffentlichkeit.

Inzwischen wird bezweifelt, ob die stalinistische UdSSR überhaupt ein sozialistischer Staat war, vergleicht man sie mit dem humanistischen und demokratischen Geist der Auffassungen von Marx und Engels. Die Emanzipation des Individuums und die Aufhebung der Entfremdung waren ausgeblieben – an ihre Stelle die Sucht nach der umfassenden Kontrolle des Bürgers getreten. Die Idee der Räte war zur Vergötzung des Staates entartet. Der Stalinkult widersprach der

Einstellung von Marx und Engels zur Rolle der Persönlichkeit. Voluntarismus und Subjektivismus des »Führers« – wie Stalin sich nennen ließ – nahmen die Stelle wissenschaftlich ausgearbeiteter Strategie ein. Stalin konnte an Elemente des Leninschen Werkes anknüpfen, verballhornte sie jedoch, verallgemeinerte widersinnig Maßnahmen aus dem Bürgerkrieg, brach mit Lenins Strategie eines langen Weges zum Sozialismus und ignorierte dessen Sorgen, es könnte zur Bürokratisierung der Parteiherrschaft und zur Aushöhlung der Räteidee kommen.

Der Stalinismus war kein unvermeidliches Resultat der Geschichte. In ihm verknüpften sich objektive und subjektive Faktoren in einer Weise, die nicht wiederholbar sein wird. Er zeigte nicht den einzig gangbaren Weg zum »Sieg des Sozialismus« in der UdSSR, auch nicht die einzig mögliche »Übergangsperiode« für andere Länder. Der Bolschewismus, aus dem er sich speiste, trug das Erbe russischer Geschichte mit all ihren Belastungen in sich. Er passte sich diesen Bedingungen an und versuchte, in einem rückständigen Lande den Weg zum Sozialismus zu finden. Der Bürgerkrieg und die Existenz als einziger sozialistischer Staat in einer feindlichen Umwelt konnten eine militärartige Organisation und Disziplin der Partei sowie eine straffe zentralisierte Führung rechtfertigen. Erst der Versuch, die Entwicklung zu »beschleunigen«, in kürzester Zeit das Land zu industrialisieren und die Landwirtschaft zu kollektivieren, was mit einer späten »ursprünglichen Akkumulation« eine gigantische soziale Umwälzung nach sich zog, erzeugte den Handlungsdruck und die Vorstellungen, die die Person Stalin wirksam werden ließen. Der Massenterror sollte nicht nur Partei und Gesellschaft durch Schrecken stabil halten, sondern zugleich die soziale Umwälzung durch die Reduzierung oder Vernichtung »feindlicher« Schichten wie der Kulaken vorantreiben – eben eine »Säuberung« der Gesellschaft von Millionen Menschen. Die mangelhafte Wirkung einer solchen politischen Praxis potenzierte wiederum den Vernichtungswahn.

Die Verallgemeinerung der Erfahrungen der russischen Revolution, des Weges der UdSSR zu allgemeinen »Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus« und zum Grundmodell des Sozialismus bot den entstehenden sozialistischen Staaten Europas zunächst hilfreiche, vielleicht auch

notwendige Orientierungen. Sie führte sie jedoch auf einen Weg, der den Widerspruch zwischen dem Ziel »Sozialismus« und den Mitteln dazu unter den veränderten Bedingungen zwar zeitweise mindern, doch nicht aufheben konnte. Die SED bemühte sich am Ende nur noch um die Bewahrung und Reparatur des bestehenden, »Realsozialismus« genannten, doch an die Grundprinzipien des Stalinismus gebundenen Systems.

Das Scheitern des ersten weltgeschichtlichen Anlaufs zum Sozialismus wies den Stalinismus in all seinen Varianten als eine selbstzerstörerische und sozialismusfeindliche Ideologie und politische Praxis mit verheerenden Folgen für die Gesellschaft und die Lebenswirklichkeit der Bürger aus. Er erzeugte eine Parteimentalität und Denkweisen, die vom Glauben an den Sozialismus in der Überzeugung getragen waren, eine historische Mission zu erfüllen – über allem stehend und jedes Opfer, auch die Selbstaufgabe rechtfertigend, wie es die Moskauer Prozesse der 30er Jahre bezeugten: die Bereitschaft, trotz des Wissens darum, das einem Unrecht widerfuhr, sich der Partei zu opfern, damit diese das »große Werk« irgendwann vollenden könne.

Den Stalinismus trug mit einer Marx und Engels widersprechenden deterministischen Geschichtsauffassung eine Ideologie, die ihren Selbstwiderspruch zwischen Prophezeiung und realem politischen Prozess niemals auflöste. Das von allgemeinen Prämissen ausgehende Sozialismusbild unterlag nicht einer kontinuierlichen Anpassung an eine sich verändernde Welt und verlor zusehends seine visionäre Kraft und gesellschaftliche Leitfunktion. Die politische Diktatur, ausgeübt von der Führung einer Partei, die zentralistisch-bürokratische Verwaltung der Gesellschaft, die Unterdrückung kritischen und eigenständig konstruktiven Denkens jenseits des von der Führung fixierten - dies und viele andere Restriktionen und Grenzziehungen individueller Entfaltung ließen den Realsozialismus letzten Endes als eine Gesellschaftsform erscheinen, die mit dem emanzipatorischen, freiheitlichen und humanistischen Wesen der Sozialismusidee nur noch abstrakt und propagandistisch, nichts aber mehr real zu schaffen hatte.

Der Stalinismus schuf eine Gesellschaft ohne historische Perspektive, weil er mit der politischen und geistigen Entmündigung der Bürger keine selbstragenden Triebkräfte seiner Entwicklung hervorbrachte, sondern sie organisieren musste und ihr damit die Fremdbestimmung seiner Bürger zugrunde legte. Diese zu überwinden ist jedoch das Anliegen der sozialistischen Idee, nur auf dieser Basis kann die Befreiung des Menschen aus seiner Unmündigkeit Wirklichkeit werden.

Berlin, Februar 2006

## Autorenverzeichnis

*Prof. Dr. Joachim Biener*  
Ferdinand-Lassalle-Str. 2  
04109 Leipzig

*Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe*  
Bergerschachtweg 6  
01705 Freital

*Prof. Dr. Siegfried Prokop*  
An der Wildbahn 12  
16521 Bernau

*Ingrid Zwerenz*  
Brunhildensteg 18  
61389 Schmitten

*Gerhard Zwerenz*  
Brunhildensteg 18  
61389 Schmitten

